



TITELTHEMA

Bildung für nachhaltige Entwicklung



Landesdelegiertenversammlung 2014

Zukünftig wird die GEW Hessen von zwei gleichberechtigten Vorsitzenden geleitet. Zuvor hatte die Landesdelegiertenversammlung (LDV) die Satzung der GEW Hessen geändert, so dass die Funktion des oder der ersten Vorsitzenden auch von zwei Personen ausgeübt werden kann. Das neue Tandem bilden der bisherige langjährige Landesvorsitzende *Jochen Nagel* und die bisherige stellvertretende Vorsitzende *Birgit Koch* (Foto: rechts). *Karola Stötzel* (Foto: Mitte) wurde als eine von zwei stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt. Neu im Vorsitzendenteam ist *Maike Wiedwald* (Foto: links), eine der beiden Vorsitzenden des GEW-Bezirksverbands Frankfurt, die ebenfalls zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde.

Die HLZ berichtet in dieser Ausgabe auf den Seiten 7 bis 11 über den Verlauf, die Wahlen und die Beschlüsse der LDV, die vom 20. bis 22. November in Wetzlar stattfand. Die Berichterstattung wird in der Januar-Ausgabe der HLZ fortgesetzt. Alle wesentlichen Beschlüsse der LDV findet man auch auf der Homepage der GEW Hessen (www.gew-hessen.de > Aktuelles > Themen).

Inhaltlich befassten sich die fast 300 Delegierten aus den Kreisverbänden und den Fach- und Personengruppen vor allem mit den Herausforderungen der Tarifrunde 2015. Die LDV stimmte dem Antrag des Landesvorstands zu, „auf eine Arbeitsniederlegung der beamteten Lehrkräfte hinzuwirken, sollte die Landesregierung bei ihrer Ankündigung einer 18-monatigen Nullrunde bleiben und sich weigern, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen“. Weitere Schwerpunkte waren die Besoldung der Grundschullehrkräfte, die Inklusionspolitik der Landesregierung und der Entwurf für das „Tarifeinheitsgesetz“.



Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe
- 6 Meldungen
- 34 Recht: Aufsichtsverordnung
- 36 Magazin

Titelthema: Nachhaltige Entwicklung

- 12 Nicht-Nachhaltigkeit verstehen
- 14 Interdisziplinäres Lernen
- 16 Global denken, lokal handeln
- 18 Kreatives Schreiben: Etwas fehlt...
- 20 Bäume sind Gedichte...
- 22 Projekte für die Praxis

Seite 7 bis 11: Die Landesdelegiertenversammlung der GEW in Wetzlar

Einzelbeiträge

- 23 Aus Griechenland nach Kassel
- 24 Krise und Demokratie:
Im Gespräch mit Pavlos Charamis
- 26 Hochschulfinanzierung in Hessen
- 28 Die Aberkennung des Doktorgrads
- 29 Josef Mengele und die Goethe-Uni
- 30 Die Fertigmacher: Profis zur
Bekämpfung der Gewerkschaften
- 32 Bücher für die Schulbibliothek
- 33 Film: Roma in Frankfurt



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (069) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Angela Schefels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lüthmann (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:

Harald Knöfel, Michael Heckert +

Titelthema: Franziska Conrad, Harald Freiling

Illustrationen:

Thomas Plabmann (Titel, S. 15, 24, 35), Dieter Tonn (S. 28), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos:

GEW (S. 2, 6-11, 30), Michael Habes (S. 21), panthermedia/Oliver Jank (S. 19), David Schommer (S. 29), Sinclair-Haus (S. 20), Clara Veit (S. 27)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Peter Vollrath-Kühne
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Hände weg vom Streikrecht

Der Streik der Lokführergewerkschaft GDL hat die Gemüter nicht nur erhitzt, sondern sich in den Medien zu einer regelrechten Hysterie gesteigert. Die Rede war von „Geiselhafte“ und „Monsterstreiks“. BILD druckte auf der Titelseite die Büronummer des GDL-Chefs ab mit der Aufforderung, dem „Bahnsinnigen“ die Meinung zu zeigen. Auch die SPD kommentierte, die GDL habe jedes Maß verloren. Bei der Stimmungsmache geht es jedoch nur vordergründig um den Lokführerstreik, unter Beschuss steht vielmehr das Streikrecht aller Beschäftigten.

Die Aufregung über den Streik der Lokführer ist groß, weil hier eine Gruppe kämpferisch und wirkungsvoll für ihre Interessen eintritt. Dies mag betroffenen Reisenden einige Tage Unannehmlichkeiten bereiten, aber einen Streik macht im Kern aus, dass er Abläufe stört und Routinen unterbricht. Ein Streik, den keiner merkt, ist kein Streik.

Nichts ist weiter entfernt von der Wahrheit als der Eindruck, Deutschland versinke im „Streikchaos“. In Deutschland wird weit weniger gestreikt als in anderen europäischen Ländern: Pro 1.000 Beschäftigten fielen in Deutschland zwischen 2005 und 2012 im Jahresdurchschnitt 16 Arbeitstage durch Arbeitskämpfe aus, in Frankreich 150 Tage, in Dänemark 106 und in Großbritannien 26 Tage.

Dabei hätten die Beschäftigten in Deutschland allen Grund, häufiger ihre Arbeitskraft zu verweigern. Die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen, sinkt seit Jahren. Damit wird den Beschäftigten ein fairer Anteil an dem Wohlstand vorenthalten, den sie selbst erwirtschaftet haben. 2012 waren in Deutschland nur noch 58 Prozent aller Beschäftigten von einem Tarifvertrag erfasst.

Dieselben Arbeitgeber, die durch die Zersplitterung der Tariflandschaft einen Wettbewerb nach unten betreiben, echauffieren sich nun lautstark über Arbeitskämpfe in den Betrieben. Das Ergebnis von Outsourcing, Leiharbeit, Scheinfirmen und der Flucht aus Tarifgemeinschaften und Flächentarifverträgen ist auch bei der privatisierten Deutschen Bahn zu beobachten: Der Konzern besteht mittlerweile aus mehreren hundert selbstständigen Unternehmen mit unterschiedlichen Tarifverträgen. Im öffentlichen Dienst gibt es statt eines BAT für alle Angestellten nun den TVöD, den TV-L, den TV-H, den TV Goethe-Uni, den

TV TU Darmstadt und viele mehr. Doch solange die plötzlich beklagte Tarifkonkurrenz von den Arbeitgebern betrieben wurde, führte sie weder zum medialen Aufschrei noch zu Gesetzentwürfen der Politik.

Das soll jetzt geschehen - und zwar zu Lasten der Gewerkschaften. Das SPD-geführte Arbeitsministerium hat auf Druck der Arbeitgeber einen Gesetzentwurf zur „Tarifeinheit“ vorgelegt, der vorsieht, dass nur noch die Mehrheitsgewerkschaft in einem Betrieb einen eigenständigen Tarifvertrag abschließen und zu dessen Durchsetzung streiken darf. Kleineren Gewerkschaften wird so faktisch das Streikrecht entzogen. Das Streikrecht ist ein Grundrecht und damit ein hohes Gut. Ohne die Möglichkeit zu streiken, werden Gewerkschaften zu zahnlosen Tigern und Beschäftigte ihrer wirkungsvollsten Waffe beraubt.

Die Stimmungsmache gegen den Streik der Lokführer dient nicht zuletzt dazu, das umstrittene Gesetz der Großen Koalition politisch durchzusetzen. Der DGB hat sich auf dem letzten Bundeskongress zwar für eine Tarifeinheit ausgesprochen, doch dürfe diese nicht zur Einschränkung des Streikrechts führen. Die Tarifeinheit ist wichtig, damit Beschäftigtengruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie muss aber politisch zwischen den Gewerkschaften hergestellt werden (was meistens auch gelingt), nicht durch gesetzliche Regelungen. Die führen zwangsläufig zur Einschränkung des Streikrechts - mit fatalen Konsequenzen für alle Beschäftigten und Gewerkschaften.

Die Landesdelegiertenversammlung hat das klare Nein der GEW Hessen zu dem Gesetzesvorhaben einmütig bekräftigt. Dieselben klaren Worte hätten wir auch vom DGB erwartet!

Carmen Ludwig



Carmen Ludwig

Carmen wurde als Mitglied des Leitungsteams des Referats Tarif, Besoldung und Beamtenrecht im GEW-Landesvorstand bestätigt (HLZ S. 7 - 11).

Sind Sie der Hausmeister?

„Mama, wir haben heute eine neue Erzieherin bekommen: Herrn Karwitz!“

„Max-Marvin, schau mal, ein Mann. – Darf er Sie mal anfassen? Mein Sohn hat noch nie einen Mann aus der Nähe gesehen. Ich bin doch alleinerziehend. – Wenn Sie möchten, könnte ich auch mal was Schönes für uns drei kochen!“

„Sie dürfen ruhig Klartext mit meinem Sohn Basti reden. Ihre Kolleginnen sind immer viel zu lieb.“

Erzieher werden? Och nö. Das war nicht gerade Pauls dringendster Wunsch. So was mit Musik und Theater wäre ihm lieber gewesen. Aber seine Mutter meinte: „Geh doch mal zu der Informationsveranstaltung. Die suchen ganz gezielt Männer. Da hast du gute Zukunftschancen! Schauspieler ist doch kein ordentlicher Beruf!“ Paul, damals 17, geht widerstrebend los und stellt fest: Im Saal sitzen 200 junge Frauen. Und vier junge Männer. „Da kommen ja auf jeden von uns an die 50 Mädels!“ Das reinste Schlaraffenland. Sein Entschluss steht fest: „Ich werde Erzieher!“ Ein Kumpel kichert: „Was, du willst Basteltante werden? Trägst du dann auch in 'ner Kittelschürze Nachttöpfe durch die Gegend?“

Das angenehme Zahlenverhältnis setzt sich in der Ausbildung fort: 25 Frauen und zwei Männer sind in der Klasse. Endlich begreift Paul den Ausdruck „Hahn im Korb“. Als er sein Praktikum in einem Hort absolviert, drückt ihm die Leiterin als erstes eine Rohrzanze in die Hand: „Auf der Jungstoilette ist was undicht. Könnten Sie mal nachsehen?“ Leider kann Paul auch keine Klospülungen reparieren. Als er später die lieben Kleinen im Hof einsammeln will, fragt eine Mutter irritiert: „Sind Sie der Hausmeister? Was machen Sie da mit Jill-Alina? Ich will nicht, dass Sie meine Tochter anfassen!“

Gleich nach der Prüfung bekommt Paul eine Vollzeitstelle in einer Kita. Seine Mitbewerberin, drei Jahre an Erfahrung reicher, begrüßt ihn bei der nächsten Begegnung: „Hallo Quotenmann!“ Noch bevor Paul am neuen Einsatzort einen Finger rührt, heißt es ergriffen: „Ach, hier arbeitet ein Mann? Das ist ja wundervoll!“ Bei drei Prozent Männern in deutschen Kitas ist er ein Paradiesvogel.

Die neuen Kolleginnen freuen sich: „Wir sind so ein Hühnerhaufen und quatschen gern. Ein Mann bringt da endlich mal Struktur rein.“ Bei Pauls Amtsantritt haben sie brennende Teelichter von der Straße bis zum Büro aufgestellt. „Herzlich willkommen!“ steht auf einem bunten Schild. Die Kolleginnen haben auch schon gute Ideen, was Paul alles übernehmen könnte: sämtliche Lagerfeuer und Schneeballschlachten, Tauziehen, Sexuaufklärung für die Jungen und „Überlebenstraining im Wald“. Die Survival-Kits dafür liegen auch schon bereit: Taschenmesser, Kompass, Feuerstarter, Pflaster, Aludecke und ein Insekten-Kochbuch. Pauls Begeisterung hält sich in Grenzen. Er hat schon als Schüler nichts vom Zelten gehalten. All die Ameisen und Käfer, die einem ins Ohr krabbeln. Und die sanitären Anlagen kilometerweit entfernt. Schnitzen und Nahkampf kann Paul zur Enttäuschung seiner Kolleginnen auch nicht. Aber Gitarre spielen und Pantomime. Paul freut sich, als er nach einem Jahr einen großflächig tätowierten Kollegen bekommt, der für die „Kids“ sofort eine Gummizelle zum Toben und eine Holzwerkstatt fordert.

Seine Kolleginnen teilt Paul heimlich in drei Gruppen: potentielle Flirts, Ersatzmuttis und Hüterinnen des Grals. Von der letzten Sorte gibt es glücklicherweise nur eine: „Ein Mann kann doch gar nicht mit kleinen Kindern umgehen!“ Tief befriedigt konstatiert sie, wie ein paar Küken in Tränen ausbrechen, als Paul seine Stimme erhebt. „Der redet viel zu laut, die haben ja Angst!“

Zu den Ersatzmuttis gehört Pauls Chefin. Vorm ersten Elternabend bügelt sie noch schnell sein Hemd auf: „Der erste Eindruck ist entscheidend!“ Andere Kolleginnen servieren ihm Apfelstückchen und Kuchen: „Der lebt doch alleine. Den versorgt niemand.“ Sie verzeihen ihm sogar, dass überall seine dreckigen Kaffeetassen rumstehen.

Paul bereut seine Berufswahl keine Sekunde. „Kleine Kinder sind so unbefangen und offen. Man bekommt für seine Arbeit so viel von ihnen zurück!“, schwärmt er seinen Freunden vor.

Auf einer überregionalen Tagung gibt Pauls Chefin kund: „Ätsch, wir haben jetzt zwei Männer! Und einen Riesenzulauf von alleinerziehenden Muttis!“ – „Mein Sozialassistent kann Bogenschießen und boxen.“ – „Und ich habe einen Praktikanten, der spielt Fußball wie Messi! Und er baut mit den Kids ein Baumhaus!“ – „Unser Quereinsteiger ist Malermeister und renoviert gerade alle Gruppenräume!“ – „Schade, Bärbel, dass in eurer Kita nur Frauen sind. Da haben die Jungs überhaupt kein Vorbild.“

Bärbel zuckt die Schultern: „Bogenschießen und Renovieren kann ich selber. Ich fände es auch toll, wenn viel mehr Männer Erzieher würden. Vielleicht könnten die sich dann frei entfalten und müssten nicht eure Rollen-erwartungen erfüllen....“

Gabriele Frydrych



Betr.: HLZ 9-10/2014
Tarifrunde 2015

Auf den Punkt gebracht

Ich finde es sehr gut, dass die GEW in der Tarifrunde aktiv wird. Auch der Artikel des Landesvorsitzenden Jochen Nagel in der HLZ 9/10-2014 hat die Punkte hervorragend zusammengefasst. Ich war sehr lange nicht im Schuldienst, sondern in der Wirtschaft und dann beim Staatlichen Schulamt und im Hessischen Kultusministerium tätig. Seit einem Jahr bin ich wieder im Schuldienst und ich kann nur sagen: Eine Zumutung, was die Arbeitsbedingungen betrifft! Ich arbeite jetzt im zweiten Jahr als Deutschlehrerin mit halber Stundenzahl, um mich einzuarbeiten, da ich Ansprüche an die Qualität meiner Arbeit habe und die Schülerinnen und Schüler keine Versuchskaninchen sind. Wo gibt es das sonst, dass die Einarbeitung nicht finanziert wird, sondern auf eigene Kosten geschieht? 25 Schülerinnen und Schüler im kleinen Klassenraum mit einem Migrantenanteil im Einzelfall von bis zu 95 Prozent, Lärm, keine Pausenräume und viel zu viele Zusatzaufgaben. 20 Unterrichtsstunden Vollzeit wären angemessen statt 26 oder mehr, maximal 20 Schülerinnen und Schüler in der Klasse, je nach Schülerklientel auch 15 oder mit Doppelbesetzung. Ich würde mir wünschen, dass unsere Forderungen etwa so und nicht zu zaghaft sind, um deutlich zu machen, dass es um fundamentale Verbesserungen gehen muss.

Name der Red. bekannt

Betr.: HLZ 11/2014
Inklusionskonferenz

Vielfalt der Bedürfnisse

Ausgelöst durch den Bericht über die „Allendorfer Inklusionskonferenz“ und auf dem Hintergrund von 16 Jahren GU-Erfahrung und zehn Jahren BFZ-Erfahrung im Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung möchte ich meiner Enttäuschung darüber Ausdruck geben, dass gerade körperbehinderte und chronisch kranke Kinder aus meiner Sicht zu den Verlierern der Inklusion in Hessen gehören. Gerade diese Kinder erleben seit Beginn der Inklusion in Hessen eine massive Verschlechterung ihrer Chancen in den Regelschulen. Dasselbe gilt tendenziell auch für Kinder mit dem Förderschwerpunkt Sehen oder Hören. Ich

hatte mir immer eine gute Weiterentwicklung des GU in Richtung auf tatsächliche Inklusion gewünscht. Aber was chronisch kranken und körperbehinderten Kindern zurzeit zugemutet wird, ist ein Rückschritt auf der ganzen Linie. Und oft können nicht einmal engagierte, kämpferische Eltern das Scheitern aufhalten! Deshalb ärgert es mich sehr, dass dieser Aspekt der Umsetzung der Inklusion so gar nicht thematisiert wird, auch nicht in der HLZ!

Die Diskussionen orientieren sich fast ausschließlich an den Bedürfnissen der – zugegeben zahlenmäßig viel größeren – Gruppe der Kinder mit Förderschwerpunkt Lernen oder Emotionale und Soziale Entwicklung. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch im pädagogischen Bereich wird immer von den Bedürfnissen „der behinderten Kinder“ gesprochen, ohne zu bedenken, dass diese sehr unterschiedlich sind: Was zum Beispiel für ein Kind mit Verhaltensproblemen nötig ist, muss noch lange nicht gut sein für ein Kind mit einem Anfallsleiden, auch wenn die Symptome aggressiven Verhaltens gleich sein mögen.

Christine Erner-Loebel, Kassel

Betr.: HLZ 11/2014
Lehrerbildung

Ein zukunftsweisendes Format

Mit Joachim Euler haben wir in der hessischen Bildungslandschaft einen Experten, der seit der Errichtung von Studienseminaren als Selbstständige Organisationseinheit Reformen in der Lehrerbildung maßgeblich mitgestaltet und kritisch mahnend begleitet hat. Jede Reform erhebt den Anspruch, bestehende Verhältnisse zu ändern und bessere Bildungsergebnisse hervorzurufen. Optimierung und Nachhaltigkeit werden zur Begründung angeführt. Doch Unzufriedenheit bei vielen Akteuren wie auch Irrungen und Wirrungen meandern larmoyant bis sentimental vorgetragen in vielfältigen Ausbildungssituationen. Hier setzt Joachim Euler, ehemaliger Leiter eines Studienseminars, an und skizziert eine völlig neue Form der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern mit der Perspektive der Einphasigkeit. Seine Vorschläge sind zu begrüßen, da sie ein zukunftsweisendes Format abbilden und für eine selbstständige, eigenverantwortliche und demokratische Schulentwicklung herangezogen werden können. Für eine neue Vision, für

eine „fundamentale Reform“ werden Leitidee und Handlungsfelder beschrieben, die bei genauem Hinsehen doch noch sehr moderat erscheinen. Für eine ehrliche Wirksamkeit bedarf es jedoch noch einer schärferen Ausformulierung und des Muts, Besitzstandswahrungen aufzugeben, um dem Neuen Chancen zu bieten. Es kommt allen zu Gute. Sein Beitrag fordert zur Diskussion und Umsetzung auch in der GEW heraus. Fangen wir damit an!

Gerhard Knoblauch, Hofheim

Betr.: HLZ 11/2014
Im Labyrinth des Schweigens

Workshop im Kinosaal

Den Film „Im Labyrinth des Schweigens“ (HLZ 11/2014) über die Vorgeschichte der Auschwitzprozesse kann man in den E-Kinos an der Frankfurter Hauptwache sehen und anschließend in einem Workshop des Pädagogischen Zentrums von Fritz-Bauer-Institut und Jüdischem Museum bearbeiten. 20 Jahre nach dem Holocaust standen KZ-Wärter in Frankfurt vor Gericht. Was bedeutete dieses Verfahren für Überlebende, für Angeklagte, für „normale Deutsche“? Filmeintritt und der zweibis dreistündige Workshop mit Ton dokumenten aus dem Gerichtssaal, Interviews und Presseartikeln kosten 9 Euro pro Teilnehmerin und Teilnehmer.

• Kontakt: Gottfried.Koessler@stadfrankfurt.de

„Lehrerbildung“ in der DDS

„Lehrerbildung“, Titelthema der HLZ 11/2014, ist der Schwerpunkt in Heft 4 der Zeitschrift „DDS – Die Deutsche Schule“ der GEW. Die Beiträge befassen sich mit dem „Dauerbrenner“ Theorie-Praxis-Bezug in der Lehrerbildung (Colin Cramer, Uni Tübingen), den psychosozialen Belastungen in der zweiten Ausbildungsphase (Marie Drüge, Karin Schleider, Anne-Sophie Rosati, PH Freiburg), der Herausforderung, Studierende auf ein „inklusives Schulsystem“ vorzubereiten (Günther Wolfswinkler, Annemarie Fritz-Stratmann, Petra Scherer, Uni Duisburg-Essen) und dem „Forschenden Lernen“ in verlängerten Praxisphasen (Martin Rothland, Sarah Katharina Boecker, Uni Gießen).

• Die DDS kann man online – auch einzelne Artikel – und auch gedruckt beziehen. Weitere Infos: www.dds-home.de

Aktionstag der Lehrbeauftragten an Hochschulen

Die GEW Hessen forderte aus Anlass des bundesweiten Aktionstages am 6. November 2014 von der hessischen Landesregierung und von den Hochschulen eine deutliche Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten. *Angela Graf*, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Darmstadt und Mitglied der GEW-Fachgruppe Hochschule und Forschung, wies darauf hin, dass Lehrbeauftragte heute entgegen der eigentlichen Bestimmung von Lehraufträgen einen erheblichen Anteil der grundständigen Lehre erbringen: „Dort, wo Lehrbeauftragte Daueraufgaben in der Lehre wahrnehmen, müssen reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse eingerichtet werden. Die Vergütungssätze für Lehrbeauftragte müssen an das tatsächliche Arbeitspensum angepasst und deutlich angehoben werden sowie der regelmäßigen Lohnanpassung unterliegen.“

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes gibt es an den hessischen Hochschulen 6.721 Lehrbeauftragte und 3.489 Professorinnen und Professoren. An der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt, neben der Justus-Liebig-Universität Gießen ein Schwerpunkt der Proteste, entfallen knapp zwei Drittel des gesamten Lehrangebotes auf Lehrbeauftragte, an den hessischen Fachhochschulen liegt der Anteil zwischen 24 und 44 Prozent.

- *Infos zum Aktionstag, die „Berliner Erklärung“ der Veranstalter und die Forderungen der GEW findet man unter www.gew.de > Presse > 6.11.2014*



DGB zum Landeshaushalt: Zu Lasten der Beschäftigten

Gemeinsam mit dem GEW-Vorsitzenden *Jochen Nagel* und dem GdP-Vorsitzenden *Andreas Grün* präsentierte die neue Vorsitzende des DGB-Bezirksverbands Hessen-Thüringen *Gabriele Kailing* auf einer Pressekonferenz die Schwerpunktforderungen des DGB Hessen-Thüringen zum hessischen Landeshaushalt. Kern ihrer Kritik war die „Kürzungspolitik zulasten der Beschäftigten des Landes, der notwendige Investitionen in Bildung, Soziales und Infrastruktur zum Opfer fallen“.

Schon im Vorfeld hatte sich der DGB klar gegen die angekündigte Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten positioniert. GdP und GEW kündigten weitere Protestmaßnahmen an. GEW-Vorsitzender Nagel verwies auf die Landesdelegiertenversammlung der GEW im November 2014, die sich auch mit einem Streik der Beamtinnen und Beamten befasste (HLZ S. 7 - 11).

NORAH-Studie: Kinder und Fluglärm

Die Lärmwirkungsstudie NORAH (Noise-Related Annoyance, Cognition and Health) ist die bisher umfangreichste Studie zu den Auswirkungen des Lärms von Flug-, Schienen- und Straßenverkehr auf Gesundheit und Lebensqualität. Für eine erste Teilstudie wurden möglichst vergleichbare Klassen der Jahrgangsstufe 2 in Regionen mit unterschiedlicher Fluglärmbelastung untersucht. Erste Ergebnisse bestätigten den negativen Zusammenhang von Lärmbelastungen und Lernleistungen. Alarmierend ist auch das Ergebnis von Befragungen, wonach die Kinder in lärmbelasteten Regionen häufiger unter Kopfschmerzen leiden und häufiger Medikamente einnehmen.

- *Weitere Infos: www.laermstudie.de*

Unterschriften: Lernen für den Frieden

Am 9. Oktober übergaben Vertreterinnen und Vertreter der von der GEW unterstützten Kampagne „Lernen für den Frieden“ über 23.000 Unterschriften an die Vorsitzende der Kultusministerkonferenz *Sylvia Löhrmann*. Die Unterschriftensammlung wird bis zum Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 2015 fortgesetzt.

- *Infos: www.lernenfuerdenfrieden.de*

GEW-Geschäftsstelle vom 22.12. bis 2.1. geschlossen

Die Landesgeschäftsstelle der GEW Hessen ist vom 22. Dezember 2014 bis zum 2. Januar 2015 geschlossen. Ab 5. Januar sind wir wieder erreichbar. Damit ist in diesem Zeitraum auch die Landesrechtsstelle nicht besetzt. In dringenden oder fristgebundenen Angelegenheiten können sich Mitglieder an die DGB Rechtsschutz GmbH wenden.

- *www.dgbrechtsschutz.de > Wir > Vor Ort*

Oberstufeneinsatz und Teilzeitbeschäftigung

Wie berichtet stellte das Verwaltungsgericht Gießen in einem von der GEW unterstützten Klageverfahren fest, dass die Regelungen der Pflichtstundenverordnung zu Anrechnungstunden für den unterrichtlichen Einsatz in der Oberstufe gegen das europarechtliche Verbot der Diskriminierung Teilzeitbeschäftigter verstoßen. Seit dem Schuljahr 2012/2013 steht auch teilzeitbeschäftigten Lehrkräften erst dann eine Anrechnungsstunde zu, wenn sie mindestens acht Wochenstunden an einer Gymnasialen Oberstufe unterrichten. Da mehr Frauen als Männer in Teilzeit beschäftigt sind, sind besonders weibliche Lehrkräfte von der Schlechterstellung betroffen, die nach der europäischen Rechtsprechung als mittelbare Diskriminierung von Frauen verboten ist. Nachdem das Land Hessen seine Berufung gegen das Urteil zurückgezogen hat, ist es jetzt rechtskräftig. Die GEW erneuerte ihre Forderung an das Kultusministerium, umgehend eine Novellierung der Pflichtstundenverordnung auf den Weg zu bringen.

Beamtenprotest am 15. 12. in Wiesbaden und Kassel

Die GEW Hessen ruft zur Unterstützung der Protestaktionen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und des DGB gegen Stellenstreichungen, Beihilfekürzungen und Nullrunden für Beamtinnen und Beamte in Hessen auf. Die Protestversammlungen und Demonstrationen finden am Montag, dem 15. 12., statt:

- in Wiesbaden um 10 Uhr: Kranzplatz gegenüber der Staatskanzlei
- in Kassel um 15.30 Uhr mit einer Demonstration vom Staatstheater zum Scheidemannplatz und einer Abschlusskundgebung um 16.30 Uhr

Debatten, Wahlen und Beschlüsse

Die Landesdelegiertenversammlung 2014 in Wetzlar

Landesgeschäftsführer *Ulrich Martin* und die Beschäftigten in der Landesgeschäftsstelle vom Versand und der Druckerei über die Sekretariate bis zur Buchhaltung und Rechtsabteilung hatten harte Wochen der Vorbereitung hinter sich, als fast 300 Delegierte aus den Kreisverbänden und den Fach- und Personengruppen in der Wetzlarer Stadthalle eintrafen, um sich an zweieinhalb Tagen bei der 31. Landesdelegiertenversammlung (LDV) der GEW Hessen mit ihren satzungsmäßigen Aufgaben und den Schwerpunkten der Politik der GEW in den nächsten drei Jahren zu befassen. *Walter Schäfer* begrüßte die Delegierten als Vorsitzender des gastgebenden GEW-Kreisverbands in der Stadt Wetzlar, die sich lieber mit *Goethe* schmücke als mit *August Bebel*, obwohl Goethe nur wenige Monate, Bebel aber sieben Jahre in Wetzlar gelebt hat. Mit einem Zitat von August Bebel (1840-1913) stimmte Schäfer die Delegierten auf einen zentralen Schwerpunkt der LDV, die Tarifaueinandersetzungen im Jahr 2015, ein. 1879 formulierte Bebel „drei Bedingungen bei der Arbeit“: „Erstens, daß die Arbeit im Zeitmaß mäßig sei und keinen überanstrengt; zweitens, daß sie möglichst angenehm ist und Abwechslung bietet; drittens, daß sie möglichst ergiebig ist, weil davon das Maß der Arbeitszeit und das Maß der Gönisse abhängt.“

GEW-Bundesvorsitzende *Marlis Tepe* (Foto unten links), die erstmals auf einer Delegiertenversammlung der GEW Hessen sprach, brachte verbale Blumen mit: Wenn die GEW auf dem Weg zur viertgrößten Einzelgewerkschaft demnächst die Marke von 270.000 Mitgliedern knacken werde, dann habe der Landesverband Hessen mit seiner außerordentlich positiven Mitgliederentwicklung daran einen wichtigen Anteil. Das Ziel „Mehr Geld für Bildung“ werde man nur erreichen, wenn die GEW weiter für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums kämpfe und dafür Bündnispartner gewinnen könne. Vom DGB fühle man sich manchmal allein gelassen, aktuell vor allem in der Frage des Tarifeinheitsgesetzes. Der Gesetzentwurf werde in Gänze nur durch die DGB-Gewerkschaften GEW, NGG und ver.di abgelehnt.

Klare Worte fand Tepe auch für die Freihandelsabkommen TTIP und CETA: „Wir werden es nicht hinnehmen, dass alle Bereiche der Gesellschaft und damit auch die Bildung einem ungezügelter Gewinnstreben ausgesetzt werden.“

Als einzige DGB-Gewerkschaft ist die GEW Mitglied der europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA. Weiter setzte sich Tepe für die Aufhebung der Kooperationsvereinbarungen nicht nur des hessischen Kultusministeriums mit der Bundeswehr und eine

„Willkommenspolitik“ ein: Flüchtlingskindern dürfe das Recht auf Bildung nicht verwehrt werden. Sehr persönlich berichtete Tepe über ihre Besuche in Israel und Palästina und die Traumatisierung von Kindern auf beiden Seiten der Grenzen. Sie wolle sich auch weiter für Kontakte zwischen israelischen und palästinensischen Lehrgewerkschaften einsetzen, die als einzige Einzelgewerkschaften diese verweigern.

Bei den **Ergänzungen zum Geschäftsbericht** hob die bisherige stellvertretende Vorsitzende *Birgit Koch* das Engagement der GEW Hessen in der Kampagne „Wir wollen rein“ für das Recht der Kinder von zugewanderten Familien auf Bildung und in der *Gruppe Inklusionsbeobachtung GIB* hervor. *Karola Stötzel*, die später in ihrer Funktion als stellvertretende Vorsitzende bestätigt wurde, wies darauf hin, dass die GEW 2015 einen „Tarifmarathon“ bewältigen muss. Neben den Tarifverhandlungen für die Landesbediensteten und dem Kampf für die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten steht auch die Forderung nach einer Eingruppierung der Sozial- und Erziehungsberufe (SuE) auf der Agenda. Am Abend der LDV brachte das Theater Grüne Soße mit seiner ErzieherInnen-Revue die „Entgeltordnung SuE“ in kabarettistischer Form auf die Bühne (Foto Seite 8).



Marlis Tepe, GEW-Bundesvorsitzende



Delegierte (Fotos S. 7-11: Hanna Hoefl, H.G.Klindt, Bernhard Trillig)

Landesvorsitzender *Jochen Nagel* kündigte in seinem ergänzenden Bericht gar eine Reaktivierung „alter Häkel-Kenntnisse“ an, da ihm der hessische „Bildungsgipfel“ mit eher unverbindlichen Gesprächsrunden in regierungs-lastiger Zusammensetzung offensichtlich wenig Begeisterung entlockt.

Berichte, Satzung und Haushalt

Peter Eickelmann und *Walter Otto-Holthey* trugen den Kassenbericht vor. Die Revisoren lobten die Führung der Kasse und beantragten die Entlastung der Schatzmeister und des Vorstands.

In den Beratungen über die vorliegenden Anträge zur Änderung der Satzung der GEW Hessen kam nicht zum ersten Mal ein Problem zur Sprache, das die GEW mit anderen gesellschaftlichen Großorganisationen teilt: die Bewältigung des Generationenwechsels in den haupt- und ehrenamtlichen Funktionen. Trotz der guten Mitgliederentwicklung sind die Zeiten der Gegen- und Kampfkandidaturen vorbei. Schon lange vor der LDV begann die Suche nach einer Nachfolge für den Landesvorsitzenden *Jochen Nagel*, der bei der letzten LDV 2011 in Fulda seine „letzte Amtszeit“ angetreten hatte. Trotz vieler Gespräche hatte sich allerdings (noch) kein jüngerer Kollege und keine jüngere Kollegin bereit gefunden, diese herausgehobene Funktion im Vorsitz der GEW Hessen alleine zu übernehmen. Daraus entstand die Idee einer „Doppelspitze“ als einer zusätzlichen Option für die Gestaltung der Teamarbeit im Vorsitz. Die notwendige Satzungsänderung fand mit 244 von 287 Stimmen die erforderliche Zweidrittelmehr-

heit. Weitere satzungsändernde Anträge betrafen die Bildung einer neuen Fachgruppe „Sozialpädagogische Fachkräfte im Schuldienst des Landes Hessen“ und die Umbenennung der Fachgruppe Berufliche Schulen in „Berufsbildende Schulen“. Außerdem erweiterte die GEW ihr Bekenntnis zum „Arbeitskampf als Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeiter“ auch auf „politische Forderungen“ im Sinn eines politischen Streiks.

Bei den Beratungen über den Haushalt der GEW für 2015 bis 2017 beschrieb *Peter Eickelmann* sein Selbstverständnis als alter und (im Team mit *Ulrike Noll*) auch neuer Schatzmeister als Mahner für einen zurückhaltenden und sparsamen Umgang mit den Mitgliedsbeiträgen. Trotz steigender Mitgliedszahlen stünden der GEW Hessen schwierige Jahre bevor. Zwei Haushaltstitel würde er jedoch gern ausweiten: die für Aktionen und zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit.

Kandidaturen und Wahlen

Im Vorfeld der LDV war ein konsensfähiger Vorschlag für das neue Landesvorsitzendenteam entwickelt worden, der auch die Delegierten überzeugte. Dass *Jochen Nagel* nach sechs Jahren als stellvertretender Vorsitzender und zwölf Jahren als Landesvorsitzender gemeinsam mit der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden *Birgit Koch* für die neu geschaffene „Doppelspitze“ kandidierte, war der beschriebenen Kandidatenlage geschuldet. 2014 nicht mehr anzutreten, sei allerdings das einzige von ihm gebrochene Versprechen:

„Es hat sich anders ergeben und ich mache mit derselben Lust und Kraft weiter wie bisher. Ich stehe für die Streitkultur der hessischen GEW: Wir streiten, aber am Ende fassen wir einen Beschluss, den wir dann gemeinsam umsetzen.“

Mit *Birgit Koch* habe er seit ihrer Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden 2011 unabhängig von der Hierarchie der Satzung immer gleichberechtigt zusammengearbeitet. Zum neuen „Team“ gehören auch die beiden stellvertretenden Vorsitzenden *Karola Stötzel*, die mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde, und *Maike Wiedwald*, die erstmals für dieses Amt kandidierte. *Maike* ist eine der beiden Vorsitzenden des GEW-Bezirksverbands Frankfurt. In ihrer Vorstellung wurde deutlich, wie eng der berufliche Werdegang der 47-jährigen Gymnasiallehrerin (Sport, Biologie) mit ihrem politischen und gewerkschaftlichen Engagement verbunden ist: Politisierung an der Universität Hamburg („als es an Hochschulen noch die Drittelparität gab“), Schulsozialarbeit, feministische Mädchenarbeit, Referendariat in ihrer hessischen Heimat, Personalratsarbeit in der Schule und im Gesamtpersonalrat Frankfurt. Ernüchternde Erfahrungen sammelte sie beim Aufbau von Ganztagsangeboten an drei Schulen: „Die Bedingungen gehen zu Lasten der Beschäftigten und der Kinder.“

Anträge, Debatten, Beschlüsse

Engagierte Debatten entzündeten sich am Grundsatzantrag zur Positionsbestimmung der hessischen GEW (HLZ S.10) und zu den Herausforderungen der Tarifrunde 2015 (DS 10). Ausführlich diskutierten die Delegierten über

Birgit, Karola, Maike und Jochen ehrten stellvertretend für viele engagierte Mitglieder (von links): Jürgen Jäger, Volker Mergner, Rainer Georg Lilling, Marliese Fent, Herbert Haub, Dietmar Becher, Helge Tisser, Wolfgang Hartmann und in Abwesenheit Werner Guttmann.

26 Jahre musste Erzieherin Melanie (Verena Specht-Ronique) im Stück „Neues vom EGO“ des Jugendtheaters Grüne Soße warten, bis sie endlich die höchste Tarifstufe erreichte. Mit ihr freuen sich Kollege Andi (Sigi Herold) und am Keyboard Elvira Plenar.



die Stimmung in den Lehrerkollegien, die steigenden Arbeitsbelastungen und die Möglichkeiten, für Aktionen gegen die geplante Nullrunde und die Deckelung der Besoldungserhöhungen ab Juli 2016 zu mobilisieren. Delegierte machten deutlich, dass neben Aktionen gegen das „Besoldungsdiktat“ auch der Kampf um Arbeitsentlastung und Arbeitszeitreduzierung unverzichtbar ist. Der Antrag, auf eine Arbeitsniederlegung der beamteten Lehrkräfte hinzuwirken, wenn die Landesregierung die Übertragung der Tariferhöhungen verweigert, wurde fast einstimmig angenommen (HLZ S.11).

Die GEW erneuerte ihre Forderung nach einer Höherstufung der Grundschullehrkräfte nach A13 und verabschiedete einen Aktionsplan (B1). Die Tarifrunde soll genutzt werden, „um die Öffentlichkeit auf die ungerechten Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte an Grundschulen aufmerksam zu machen und die Kolleginnen und Kollegen für die Forderung *A 13 für alle!* zu sensibilisieren und sie darin zu unterstützen.“

Zustimmung fanden auch die Forderungen der Jungen GEW und des Landesstudierendenausschusses zu Verhandlungen über einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte (B2) und zum „Entfachen eines Diskurses über die sogenannten ‚Frauenberufe‘“ (B3, B4).

Ausführlich befasste sich die LDV mit der verheerenden Inklusionspolitik des Kultusministeriums, die Lehrkräfte an Regelschulen und Förderschullehrkräfte gleichermaßen verschleißt. „An allen Ecken und Enden fehlen die Ressourcen“, erklärte *Harald Freiling* bei der Begründung des Antrags des Kreisverbands Groß-Gerau, in dem die

Forderung der GEW nach einem „Aktionsplan und Sofortprogramm der Landesregierung zur Umsetzung des Rechts auf inklusive Beschulung“ konkretisiert wird (E4). Die GEW fordert die Inklusion „vom Kopf auf die Füße zu stellen“. Dazu gehören eine grundlegende Novellierung der Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung, die Zuweisung einer Förderschullehrkraft für jeweils drei Klassen mit inklusivem Unterricht, die Versorgung der Schulen mit sozialpädagogischen Fachkräf-

ten und die verlässliche und dauerhafte Integration der Förderschullehrkräfte in die Kollegien der Regelschulen.

Große Zustimmung fand auch der Antrag der Arbeitsgruppe LesBiSchwuler Lehrkräfte in der GEW zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt mit der Forderung nach einem „wertschätzenden Umgang“ mit unterschiedlichen Lebenskonzepten in der Schule, im Unterricht, in den Schulbüchern und in der Gewerkschaft (A2).

Harald Freiling

Wahl der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands

Funktion	Kandidatinnen und Kandidaten	gültig	ungültig	ja	nein	Enthaltung
Vorsitz (im Tandem)	Birgit Koch Jochen Nagel	276	5	233	26	17
stellvertretende Vorsitzende	Karola Stötzel	275	3	221	32	22
stellvertretende Vorsitzende	<i>Maike Wiedwald</i>	273	5	218	32	23
Schatzmeister (Team)	Peter Eickelmann <i>Ulrike Noll</i>	257	4	243	8	6
HLZ-Redakteur	Harald Freiling	nein: 0 Enthaltungen: 0 *				
Leitung der Landesrechtsstelle	<i>Reinhard Besse</i>	nein: 0 Enthaltungen: 2 *				
Schule und Bildung (Team)	Christoph Baumann Juliane Kothe <i>Stefan Edelmann</i>	nein: 3 Enthaltungen: 5 *				
Hochschule und Forschung (Team)	<i>Nina Ulbrich</i> <i>Wolfgang Richter-Girard</i> Gunter Quaißer	nein: 1 Enthaltungen: 1 *				
Sozialpädagogik	Moni Frobels	nein: 1 Enthaltungen: 0				
Weiterbildung und Bildungsmarkt	H.G. Klindt	nein: 0 Enthaltungen: 0 *				
Tarif, Besoldung und Beamtenrecht (Team)	Carmen Ludwig Peter Zeichner <i>Markus Heberling</i>	nein: 0 Enthaltungen: 0 *				
Mitbestimmung u. gewerkschaftliche Bildung (Team)	Angela Scheffels <i>Heike Rickert-Fischer</i> <i>Sebastian Schackert</i>	nein: 0 Enthaltungen: 0 *				
Aus- und Fortbildung (Team)	Heike Lühmann Franziska Conrad <i>Andrea Gergen</i>	nein: 0 Enthaltungen: 0 *				

* Die Wahl erfolgte in offener Abstimmung.

kursiv: Kolleginnen und Kollegen, die in dieser Funktion erstmals in den geschäftsführenden Vorstand gewählt wurden

Mit *Maike Wiedwald*, *Jochen Nagel*, *Karola Stötzel* und *Birgit Koch* wählten die Delegierten das neue Vorsitzendenteam der GEW Hessen (von links nach rechts).



Die Beschlüsse der Landesdelegiertenversammlung (LDV) als höchstem Beschlussgremium des GEW-Landesverband sind die Leitschnur für die Politik der GEW in den nächsten drei Jahren. Alle wesentlichen Beschlüsse der LDV, die vom 20. bis 22. November in Wetzlar stattfand, findet man auch auf der – neu

gestalteten – Homepage der GEW Hessen (www.gew-hessen.de > Aktuelles > Themen). In dieser Ausgabe dokumentieren wir Auszüge aus dem Grundsatzbeschluss „Herausforderungen der GEW“ und aus dem Beschluss zur Tarifrunde 2015. Die Berichterstattung wird in der Januar-Ausgabe der HLZ fortgesetzt.

Konsequente Interessenvertretung

Die GEW Hessen bleibt die konsequente GEWerschaftliche Interessenvertretung

- für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in allen Bildungseinrichtungen,
- für die Aufwertung der Professionen im Bildungswesen und
- für ein demokratisches und sozial gerechtes Bildungswesen.

Die GEW Hessen bleibt die konsequente Vertretung der fortschrittlich und sozial orientierten Beschäftigten im hessischen Bildungswesen. Sie bleibt eine starke Stimme für eine Gesellschaft, die auf den Prinzipien des Humanismus und der Aufklärung basiert. Uns ist dabei bewusst, dass eine unauflösbare Wechselwirkung zwischen einem sozialen und humanen Bildungswesen und einer sozialen und humanen Gesellschaft besteht. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Hieraus leiten wir weiterhin unser Mandat ab, auch in allgemeinen gesellschaftlichen Bereichen politisch Position zu beziehen.

Die rote Linie der politischen Arbeit der GEW Hessen besteht nach wie vor darin, mit aller Kraft den Herausforderungen einer Politik zu begegnen, die weiteren Sozial- und Demokratieabbau vorantreibt und staatliche Aufgaben auf dem Hintergrund von Schuldenbremsenpolitik zunehmend herunterfährt und vernachlässigt, einer Politik, die die professionellen Standards im Bildungsbereich – wie in allen sozialen Bereichen – immer weiter abbauen will und die die sozialen Benachteiligungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Bildungseinrichtungen sogar noch weiter vorantreibt.

Zur Durchsetzung unserer Ziele wird die GEW Hessen auch in Zukunft alle gewerkschaftlichen Mittel – vom politischen Gespräch über Verhandlungen bis hin zu Demonstrationen und Streiks – einsetzen. Wir sehen dabei den Streik als elementaren Bestandteil eines umfassenden Koalitionsrechts für

alle im Bildungswesen Beschäftigten unabhängig von ihrem Status an. (...)

Spätestens seit Veröffentlichung des schwarz-grünen Koalitionsvertrages ist klar: Die neue bürgerliche Koalition im hessischen Landtag hat vereinbart, dass die Beschäftigten des Landes zur Deckung eines Großteils der Kosten ihrer Schuldenbremsenpolitik herangezogen werden sollen. Die bundesweit höchsten Arbeitszeiten sollen aufrecht erhalten und zusätzlich sollen die Gehälter von Beamtinnen und Beamten zunächst eingefroren und dann unterhalb der Inflationsrate gedeckelt werden. Bei Tarifbeschäftigten wurde die hessische Sonderrolle außerhalb der Tarifgemeinschaft der Länder festgeschrieben, um gegebenenfalls auch hier weiter abkassieren zu können. Insgesamt ist damit eine weitere Abwertungsspirale der Tätigkeiten im öffentlichen Dienst, die insbesondere erneut die Beschäftigten im Bildungswesen ins Visier nimmt, politisch in die Wege geleitet worden. (...)

Im Weiterbildungsbereich bleibt der massive finanzielle Druck auf die Träger (...) aufrechterhalten oder wird sogar weiter verstärkt. In aller Regel wird er dort an die Beschäftigten weitergegeben, die in ihrer überwiegenden Mehrheit nach wie vor prekär beschäftigt sind. Auch für und mit diesen Kolleginnen und Kollegen gilt es konkret und in der Frage der Aufwertung des Bildungswesens insgesamt zu kämpfen.

Im Bereich der frühen Bildung und der sozialen Arbeit wird die Frage einer angemesseneren Bewertung der Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen im Mittelpunkt der Tarifauseinandersetzung des kommenden Jahres stehen. Ziel ist eine bessere Eingruppierung – und damit auch Höherbewertung – der sozialen Berufe.

Insgesamt wird die GEW Hessen in den kommenden drei Jahren weiterhin mit großem Nachdruck die Frage der gesellschaftlichen Wertschätzung des Bildungswesens und der dort geleisteten Arbeit in den Mittelpunkt ihrer Poli-

tik stellen. Wir werden nach wie vor denjenigen ins Wort fallen, die in Sonntagsreden gerne die Bedeutung von Bildung und der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen herausstellen, um dann am Montag leichter deren schlechende Abwertung vorantreiben zu können.

Aber ohne aktive kollektive gewerkschaftliche Gegenwehr dürfte ein Stoppen oder gar eine Umkehr dieser Politik nicht zu erreichen sein. Deshalb mobilisiert die GEW Hessen verstärkt für die Tarifrunde Hessen 2015 und für den Kampf für die vollständige Übertragung eines Tarifergebnisses – einschließlich der ausstehenden Arbeitszeitverkürzung – auf alle Lehrkräfte unabhängig von ihrem Status. Für uns ist und bleibt dabei das Mittel der Arbeitsniederlegung von Lehrkräften ein legales – und bei einer absehbar ignoranten Haltung der Landesregierung auch völlig legitimes – Mittel zur Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen. (...)

Als Bildungsgewerkschaft wird sich die GEW Hessen auch in den kommenden Jahren für ein der Emanzipation verpflichtetes staatliches Bildungswesen ohne soziale Ausgrenzung von der frühen Kindheit bis zum hohen Alter engagieren. (...) Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung stehen für uns nach wie vor die konsequente Ablehnung aller Strukturen, die die soziale Selektivität im Bildungswesen forcieren, und der Einsatz für Strukturen, mit denen Bildungsbenachteiligung abgebaut werden kann und wird. Folgerichtig stehen für uns die Forderungen nach Gebührenfreiheit für Kindertageseinrichtungen, nach Inklusion, nach längerem gemeinsamen Lernen bis zur Klasse 10 in Gesamtschulen, nach einem flächendeckenden Angebot von Ganztagschulen und die Öffnung von Hochschulen für weitere soziale Gruppen nicht zur Disposition. Der Aufbau neuer sozialer Strukturen wird aber immer nur dann erfolgreich sein, wenn auch die Bereitstellung der materiellen und personellen Gelingensbedingungen gewährleistet ist. (...)

Wir lassen uns nicht abhängen!

Die GEW Hessen macht die Tarif- und Besoldungsrunde im Frühjahr 2015 zu einem zentralen Auseinandersetzungspunkt mit der Landesregierung für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Bildungswesen des Landes Hessen. In dieser Auseinandersetzung sucht die GEW Hessen den engen Schulterschluss mit dem DGB Hessen und den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes.

Über mögliche Warnstreiks oder Streiks der Tarifbeschäftigten während der Tarifverhandlungen hinaus wird die GEW Hessen auf eine Arbeitsniederlegung der beamteten Lehrkräfte hinarbeiten, sollte die Landesregierung bei ihrer Ankündigung einer Nullrunde bleiben und sich weigern, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Dabei wird es ebenfalls um die Übertragung der 40-Stunden-Wochen aus dem Tarifvertrag gehen und damit um die Reduzierung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden und der Pflichtstunden aller Lehrkräfte um eine Stunde. Die Vorhaben der Landesregierung sind ein direkter Angriff auf unsere Arbeitsbedingungen und führen zur weiteren gesellschaftlichen Abwertung des Lehrerberufs! Wir lassen uns nicht spalten, sondern werden in der Tarif- und Besoldungsrunde statusübergreifende und sichtbare gemeinsame Aktionen durchführen.

Für Arbeitsniederlegungen gilt dabei:

- Beamtinnen und Beamte unterstützen mögliche Streiks der Tarifbeschäftigten während der Tarifverhandlungen
- Tarifbeschäftigte unterstützen Beamtinnen und Beamte bei der Arbeitsniederlegung, wenn die Übertragung des Tarifergebnisses verweigert wird.

In ihrem Koalitionsvertrag hat die schwarz-grüne Koalition vereinbart, einen Großteil der Kosten ihrer Schuldenbremsenpolitik bei den Beschäftigten des Landes Hessen abkassieren zu wollen. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass bereits die Tarifverhandlungen von Seiten des Landes sehr konfrontativ geführt werden und jedes Zehntelprozent Gehaltserhöhung durch breiten Druck der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erkämpft werden muss.

Der schwarz-grüne Koalitionsvertrag sieht weiterhin vor, dass die Besoldung der hessischen Beamtinnen und Beamten bis zum 30. Juni 2016 festgeschrieben werden soll. Das bedeutet, dass die Landesregierung vorhat, die Beamtinnen und Beamten von den Lohnerhöhungen, die im Rahmen der Tarifrunde 2015 durchgesetzt werden, komplett auszuschließen. Nach dieser 18-monatigen Nullrunde soll die Besoldung ab dem 1.7.2016 jährlich per Gesetz nur noch um ein Prozent steigen. Damit würde die reale Kaufkraft der Beamteneinkommen – je nach Inflationsrate – um mindestens 5 Prozent bis

zum Ende des Jahres 2018 sinken! Für eine Lehrkraft in der Besoldungsgruppe A13 wäre dies ein finanzieller Schaden von 2.300 bis 3.350 Euro pro Jahr.

Diese Ankündigung ist eine Kampfansage an die hessische Tarifrunde 2015, um dort ebenfalls möglichst niedrige Abschlüsse zu erzielen, und Ausdruck einer Politik nach Gutsherrenart, welche die CDU-Regierung schon während der Operation „Düstere Zukunft“ mit drei Nullrunden, Gehaltskürzungen bei den Sonderzahlungen und der Erhöhung der Pflichtstundenzahl demonstriert hat. Die gesellschaftliche Abwertung des Lehrerberufs möchte die Landesregierung weiter fortsetzen. (...)

Die schwarz-grüne Koalition will „die wöchentliche Arbeitszeit im Beamtenbereich im Jahr 2017 auf 41 Stunden absenken“. Keine Aussage gibt es zur Arbeitszeit der Lehrkräfte. Zu vermuten ist, dass sie auch hier außen vor bleiben und weiter abgehängt werden sollen! Denn im *Darmstädter Echo* vom 3.3.2014 erklärte *Mathias Wagner* (Grüne), die Einführung der 41-Stunden-Woche für Lehrkräfte sei nicht bezahlbar. Für die Kolleginnen und Kollegen im Schuldienst bedeutet dies, dass die bisherige Überlastung weitergehen soll. (...) Deshalb soll in der Tarif- und Besoldungsrunde auch die steigende Arbeitsbelastung thematisiert und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht werden.

Schritte zur Mobilisierung

Zur Vorbereitung möglicher Arbeitsniederlegungen erarbeiten der Landesvorstand und die Kreisverbände vielfältiges Infomaterial, das beispielsweise bei Personalversammlungen eingesetzt werden kann. Nach § 47 HPVG darf die Personalversammlung „alle Angelegenheiten behandeln, die die Dienststelle oder ihre Beschäftigten betreffen, insbesondere die aktuelle Entwicklung von Tarif-, Besoldungs- und Sozialangelegenheiten“. Für Schulaktionen wird die GEW Transparente zur Solidarisierung mit den Tarifbeschäftigten vorbereiten. Im Vorfeld eines Streiks zur Umsetzung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sind öffentliche Kundgebungen geplant. Über regionale und überregionale Tarif- und Besoldungskonferenzen und ein Mitgliedervotum werden die Kolleginnen und Kollegen in die Diskussion einbezogen. Die Landesrechtsstelle wird über die Rechtslage und mögliche Disziplinierungen ausführlich und rechtzeitig informieren. Die Tarifrunde 2015 ist auch Schwerpunktthema der HLZ 1-2/2015.





Nicht-Nachhaltigkeit verstehen

Pädagogik soll richten, was politisch nicht gelingt

Die von der UN ausgerufene Weltdekade einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) geht 2014 zu Ende. Mit dem Auslaufen der Dekade beginnt das Nachdenken über eine Fortsetzung (1). Jede Neubestimmung des Bildungsprogramms sollte zur Kenntnis nehmen, dass die Daten der Umweltsituation erschreckend sind und Veränderungen an der doch teilweise sehr selbstgefälligen Nachhaltigkeitsstrategie erzwingen. Kein geringerer als *Dennis Meadows*, dessen „Grenzen des Wachstums“ 1972 die globale Nachhaltigkeitsdiskussion entscheidend prägte, hat diese öffentlich für gescheitert erklärt und hält die Phase der Resilienz für gekommen. Für eine Nachhaltigkeitsbildung, die am Grundsatz der Mündigkeit orientiert ist, hat folglich das „Verstehen“ der historisch neuen menscheitsgefährdenden Nicht-Nachhaltigkeit und des als Antwort darauf entworfenen Globalkonzepts einer nachhaltigen Entwicklung im Zentrum von Unterricht zu stehen. Anders als über simplifizierende Greening-Vorstellungen gewinnt man ein Verständnis der Nachhaltigkeitsproblematik zuallererst „genetisch“, d.h. durch die Einsicht in ihre Entstehung, ihre Begründung und in die Widersprüche sowohl ihres Konzepts als auch ihrer Praxis (2).

Die Genese vom „Naturschutz“ über den „Umweltschutz“ und die Einsicht in die „Grenzen des Wachstums“ bis hin zum UN-Konzept einer „nachhaltigen Weltentwicklung“ markieren inhaltlich wesentliche Stationen, damit die Sachprobleme (ökonomisches Wachstum, Ernährung, Energie, Wasser, Stadtentwicklung, Mobilität, Artenvielfalt usw.) sowie die damit unmittelbar verbundenen politischen Konstellationen (globale politische Machtverhältnisse, multinationale Konzerne, Widerstandsbewegungen usw.) einem Verstehen überhaupt zugänglich werden können.

Vom Umweltschutz zur Nachhaltigkeit

In diesem Prozess der jüngsten Menschheitsgeschichte vollzieht sich eine radikale Zäsur im Verhältnis von Natur und Kultur, durch die in relativ kurzer Zeit auch Natur zum bloßen Mittel der Kapitalverwertung degeneriert. War in der Gattungsgeschichte die Natur das Bedrohliche, mit dem die Menschen sich auseinanderzusetzen hatten, erscheint nun zunehmend die Natur als bedroht. Doch der daraus historisch

100 Schulen für den Klimaschutz

Im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ unterzeichneten 100 hessische Schulen eine „Charta für den Klimaschutz“, in der sie sich dazu verpflichteten, energiesparende Maßnahmen umzusetzen und ein nachhaltiges Bewusstsein zu verbreiten. Neben der Einsparung der Energiekosten und der Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes stand das praxisorientierte Lernen im Vordergrund. Die Namen der 100 Schulen sowie deren Erfahrungsberichte findet man im Internet unter <https://www.hessen-nachhaltig.de/web/100-schulen-fur-den-klimaschutz>

erwachsene „Naturschutz“ schien schon Mitte des 20. Jahrhunderts zu kurz zu greifen, wurde doch deutlich, dass damit „unsere“ Umwelt, also unsere materialen Lebensbedingungen insgesamt in Gefahr waren. Dafür etablierte sich seit etwa 1970 der „Umweltschutz“, eine Lehnübersetzung von *Environmental Protection* (3). Doch auch diese Fassung des Problems wurde von der industriekapitalistischen Entwicklung überrollt, was dramatisch in der 1972 veröffentlichten Studie „The Limits of Growth“ zum Ausdruck kam, die eine Auflage von drei Millionen Exemplaren erreichte und in 30 Sprachen übersetzt wurde. Sie hat „den empfindlichsten Nerv moderner Gesellschaften getroffen“, das Wachstum, „also das pulsierende Herz eines Typs Ökonomie, der zur Lösung von Problemen jeglicher Art nichts anderes zu bieten hat als Expansion“ (4).

Ein „Weiter so“ war aus naturwissenschaftlichen Gründen mit menschlichem Überleben unvereinbar geworden. Im Zuge der Einsicht des Meadow-Reports in die katastrophalen Folgen exponentiellen Wachstums mündeten rege Aktivitäten auf UN-Ebene 1987 im Brundtlandbericht „Unsere gemeinsame Zukunft“. Im Grunde handelt es sich um eine „integrative globale Politikstrategie“ (5), in deren Zentrum der politische Leitbegriff *Sustainable Development*, in der deutschen Übersetzung die „nachhaltige Entwicklung“ steht. Der Schutz der Natur und der natürlichen Ressourcen wird verpflichtend mit dem Ziel einer sozial gerechten Entwicklung aller Menschen verbunden. Drei Faktoren sind seitdem für eine nachhaltige Entwicklung entscheidend:

- Effizienz im Sinn einer Ressourcen-Produktivität
- Konsistenz im Sinn von naturverträglichen Technologien und Praxen
- Suffizienz im Sinn des Rückbaus des „Überverbrauch(s) von Gütern und damit von Stoffen und Energie“ (6)

Wie die jeweiligen Faktoren in welchem Land der Erde und bezogen auf welche Schichten und Klassen zur Geltung zu bringen sind, markiert das prinzipielle Politikum, da eine grundlegende Transformation gefordert ist. Einen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ fordert auch das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“ aus dem Jahr 2011. Vor allem die Suffizienzforderung kollidiert grundsätzlich mit einer Ökonomie, die ihrem Wesen nach „Umsätze und Profite zu sichern und zu steigern“ hat (7).

Die UN-Dekade als pädagogischer Flügel

Aufgrund wachsender Nichtnachhaltigkeit hat der UN-Weltgipfel in Johannesburg 2002 seine Nachhaltigkeitspolitik um einen „pädagogischen Flügel“, die „Dekade für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erweitert. So richtig die Einsicht in die Notwendigkeit einer umfassenden Bildung ist, so stark sind pädagogische Maßnahmen von einem Widerspruch bestimmt, nämlich das, was politisch nicht gelingt, zur pädagogischen Aufgabe zu erklären. Entsprechende administrative Verlautbarungen erwecken daher oft den Eindruck,

„als gebe es trotz strikter Wachstums-Orientierung Rettungs-Konzepte für die sinkende Titanic und als könnten diese ausge-rechnet von den schwächsten Gliedern der Gesellschaft (...) re-lisiert werden“ (8).

Pädagogisch ist daher an der „Nicht-Nachhaltigkeit“ anzu-setzen, die unsere Gesellschaft und ihre Politik bestimmt. Einer Bildung im Sinne der Mündigkeit sollte es entschieden um das Verstehen des wissenschaftlich-politischen Zusam-menhangs der Problematik gehen. Wer über Nachhaltigkeit nachdenkt, darf die Dominanz der an der Kapitalverwer-tung ausgerichteten Wirtschaft nicht ausblenden. Nachhalt-ige Entwicklung verlangt eine prinzipielle Neuausrichtung von Produktion und Konsum hin zur Verträglichkeit mit den „biophysikalischen Grenzen unseres Systems Erde“, wodurch einzig denkbar ist, „allen heute lebenden Menschen und zu-künftigen Generationen ein Leben in Würde, Gerechtigkeit und Frieden zu sichern“ (9).

Gestaltungskompetenz fördern

Die unterrichtliche Bildungsarbeit kann diesbezüglich durch-aus am politischen Kern des BNE-Konzepts anknüpfen. So umfasst die Hamburger Erklärung der Deutschen UNESCO-Kommission aus dem Jahr 2003 neben eher klassisch-öko-logischen Themen wie Wasser- und Energieversorgung, Ge-sundheit und Lebensqualität auch und gerade Themen wie Konsumverhalten, Armutsbekämpfung, Gerechtigkeit zwi-schen den Generationen und Menschenrechte – also eben keine reinen Ökothemen! BNE verlangt die Identifizierung, Bekämpfung und Überwindung von Inhumanität und damit die Kritik herrschender „Missbildung“ (10). BNE darf daher keine bloße curriculare Erweiterung sein, sondern Anlass zur „Re-Vision des Bildungsbegriffs“ (11), die der „Steigerung gesellschaftlicher Reflexionsfähigkeit bei der Beobachtung und Mitgestaltung von Transformationsprozessen“ (12) ver-pflichtet ist. Das schließt aber gerade auch die Kritik von po-litisch-ökonomischen Funktionalisierungen von „Nachhaltig-keit“ entschieden mit ein.

Bildung im Kontext von „Nachhaltigkeit“ beruht auf der kritischen Analyse des Zusammenhangs wissenschaftlicher Fachkenntnisse mit sozial-politischen Konstellationen. Auf dieser Basis ist dann auch Gestaltungskompetenz zu fördern (13) und ein Anschluss an das Weltaktionsprogramm mög-lich, das aller Voraussicht nach von der UN-Vollversamm-lung im Spätherbst 2014 beschlossen wird.

Peter Euler

Peter Euler ist Professor für Allgemeine Pädagogik mit dem Schwer-punkt der Pädagogik der Natur- und Umweltwissenschaften an der Technischen Universität Darmstadt. Eine Langfassung des Artikels mit weiteren Literaturhinweisen findet man auf der Homepage der GEW Hessen: www.gew-hessen.de > Publikationen > HLZ 2014 > Ausgewählte Artikel.

(1) BNE-Portal: www.bne-portal.de > UN-Dekade > Folgeaktivitäten
(2) Zur hier im Anschluss an Martin Wagenscheins Forschungen im Bereich einer Pädagogik der Naturwissenschaften in Anspruch genommenen pädagogischen Kategorie des „Verstehens“ vgl. Peter Euler: Verstehen als pädagogische Kategorie. Voraussetzungen sub-jektiver Sach- und Facherschließung am Beispiel der Naturwissen-schaften. Vierteljahresschrift f. wiss. Pädagogik, Heft 4, 2013, S.484-502; siehe auch Harald Bierbaum: Verstehen-Lehren. Aufgaben und Probleme der schulischen Vermittlung naturwissenschaftlicher Allgemein-Bildung. Hohengehren 2013

(3) Joachim Radkau: Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt. München 2000, S. 360

Nachhaltigkeit lernen



- (4) Harald Welzer und Klaus Wiegandt: Wege aus der Wachstums-gesellschaft. Frankfurt/M. 2013, S. 8
(5) Der aktuelle Begriff: Nachhaltigkeit. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 6/2004, S.1
(6) Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (Hg.): Vom Wissen zum Handeln – Didaktische Module. Stiftung Forum für Verantwortung. Otzenhausen 2008
(7) Harald Welzer und Klaus Wiegandt, a.a.O., S.61
(8) Erhard Meueler: Bildung für nachhaltige Entwicklung oder Se-geln ohne Wind. In: ZEP 28 (2005) 3, S. 9–14, S.11
(9) Klaus Wiegandt: Nachhaltigkeit – Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts, in: Zukunft – Gestalten – Lernen. Bildung für nach-haltige Entwicklung in Hessen. Wiesbaden 2009, S. 7–9 (Download: www.anu-hessen.de)
(10) Gernot Konnefke: Globalisierung und Pädagogik – Bemer-kungen zu einer alten, vertrackten Beziehung. In: Jahrbuch für Pädagogik 2004, Frankfurt/M., S. 237–254, S.252
(11) Yvonne Kehren: Pädagogik und nachhaltige Entwicklung. Re-flexionen einer widerspruchreichen Beziehung, Saarbrücken 2007, S. 72
(12) Uwe Schneidewind: Wandel verstehen – Auf dem Weg zu einer „Transformative Literacy“. In: Harald Welzer und Klaus Wiegandt, a.a.O. S. 139
(13) vgl. G. de Haan: Gestaltungskompetenz als Kompetenzkonzept für Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: I. Bormann und G. de Haan (Hg.): Kompetenzen der Bildung für nachhaltige Entwic-klung. Operationalisierung, Messung, Rahmenbedingungen, Befunde. Wiesbaden. S. 23–44; ders.: Nach der Dekade. Konturen eines Welt-programms zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: Jahrbuch Bildung für nachhaltige Entwicklung 2, Wien 2014, S. 156–166



Interdisziplinär unterrichten

Nachhaltigkeit ist ein Thema für viele Fächer

Nicht nur bei Schülerinnen und Schülern ist die Modemarke Primark zurzeit sehr beliebt. Die Firma lässt Kleidung so billig produzieren und verkaufen, dass sie bei vielen Kunden als „Einwegware“ gesehen wird. Statt gewaschen wird sie in den Müll geworfen und einfach neu gekauft. Die geringe Lebensdauer sorgt für eine stetige Umsatzsteigerung bei dem Bekleidungsunternehmen. Dass die Lebensdauer von Konsumgütern gezielt durch die Hersteller beschränkt wird, ist nicht neu. Bereits 1924 beschlossen die größten Glühlampenhersteller der Welt, die Lebensdauer einer Glühbirne auf 1.000 Stunden zu beschränken. Diese „geplante Obsoleszenz“ ist ein einfaches Mittel, die Nachfrage nach ständig neuen Produkten aufrechtzuerhalten.

Während immer wieder der Eindruck entsteht, dass wir als einzelne Konsumenten machtlos sind, entstehen zeitgleich neue Möglichkeiten und Initiativen, unsere Lebensweise „nachhaltiger“ zu gestalten. So hat fast jede größere Stadt mittlerweile ihre eigene „Free your stuff“-Facebookgruppe, in der Dinge verschenkt oder getauscht werden. In so genannten „Repair-Cafés“ werden defekte Geräte kostenlos wieder funktionstüchtig gemacht, anstatt sie neu zu kaufen. Bio- und Fair-Trade-Produkte erfreuen sich einer immer größeren Nachfrage.

Die UNESCO rief 2005 eine UN-Dekade mit dem Titel „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) aus, um das Thema „Nachhaltigkeit“ auch im Bildungsbereich stärker zu verankern (www.bne-portal.de). Auch das Studienseminar für Gymnasien in Wiesbaden beschäftigte sich im Abschlussjahr 2014 im Rahmen eines Fortbildungstages für die Ausbilderinnen und Ausbilder und die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) mit dem Thema BNE. Für einen einleitenden Vortrag über das Konzept der Nachhaltigkeit konnte *Professor Peter Euler* von der Technischen Universität Darmstadt (HLZ S.12) gewonnen werden.

GEW engagiert sich im „Bündnis Zukunftsbildung“

Das von Greenpeace 2014 initiierte „Bündnis Zukunftsbildung“, in dem unter anderen der BUND, die GEW und die Welthungerhilfe zusammenarbeiten, wandte sich zum Ende der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ an die Bundesregierung, den Bundestag und die Kultusministerien der Bundesländer mit der Forderung, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung „zu einem integralen Bestandteil der Bildungspläne für Kindertagesstätten und Schulen sowie der berufsbildenden und universitären Lehrpläne“ wird: *„Wir brauchen in Deutschland mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung, mehr Erziehung und Bildung hin zu Weltoffenheit, zu Verständnis von globaler Gerechtigkeit, zu Wertschätzung von biologischer und kultureller Vielfalt, zur Anerkennung der Menschenrechte, zu Partizipation und Teilhabe, zu respektvollem Umgang mit Mitmenschen und mit der Umwelt.“*

• Im Wortlaut: www.gew.de > Bildung und Politik > Bildungspolitik aktuell

Daniel Herber, Lehrer für Physik sowie Politik und Wirtschaft (PoWi) an der Leibnizschule in Wiesbaden, leitet einen der Workshops zur Frage, wie man das Konzept der Nachhaltigkeit im System Schule interdisziplinär etablieren kann. Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wurde im deutschen Sprachraum erstmals 1713 durch *Hans Carl von Carlowitz* (1645–1714) im forstwirtschaftlichen Zusammenhang, also rein ressourcenökonomisch verwendet. Seit der UNO-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro hat sich der Begriff *Sustainable Development* (Nachhaltige Entwicklung) dann gegen den begrenzten rein ökologischen Blickwinkel als Leitbild für eine umfassende gesellschaftliche Entwicklung durchgesetzt.

Ökologie, Ökonomie und soziale Ziele

Die Enquete-Kommission der Bundestags „Schutz des Menschen und der Umwelt“ entwickelte 1995 schließlich das „Drei-Säulen-Modell“ einer nachhaltigen Entwicklung. Es basiert auf der Annahme, dass sich die drei Bereiche Ökologie, Ökonomie und soziale Ziele nicht teiloptimieren lassen, da sie sich gegenseitig bedingen und daher alle berücksichtigt werden müssen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll Erwachsenen und Jugendlichen das nachhaltige Denken vermitteln und verdeutlichen, dass das eigene Handeln Konsequenzen für das Umfeld, für Menschen in anderen Regionen der Welt und für künftige Generationen hat. Dabei soll eine Auseinandersetzung mit den immer stärker globalisierten, ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen stattfinden und in Regierungen, Unternehmen und Schulen etabliert werden. BNE kann dabei das vorausschauende Denken schulen, das interdisziplinäre Wissen stärken und somit letztlich die mündige Urteilsbildung und die Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen fördern.

BNE unterrichten – aber wie?

Die Vielfalt der Konzepte für den Unterricht spiegelte sich in Workshops des pädagogischen Tages: vom philosophischen Austausch über das Konzept der Nachhaltigkeit über ein Planspiel zum Thema gerechte Verteilung von Ressourcen bis zur Vorstellung verschiedener Schülermaterialien der Verbraucherschutzzentrale rund um das Thema nachhaltige Lebensmittel.

Es bedarf eigentlich keiner ausführlichen Beispiele, um deutlich zu machen, dass eine Berücksichtigung aller drei Bereiche der Nachhaltigkeit im Sinne des „Drei-Säulen-Modells“ auch in der Schule notwendig ist. Wenn wir uns aber im Fachunterricht mit konkreten Aspekten der Nachhaltigkeit beschäftigen, werden wir feststellen, dass wir naturgemäß an die curricularen und möglicherweise auch an unsere eigenen Grenzen als Fachlehrkräfte stoßen.

Will ich mich beispielsweise als Physiklehrer mit der Atomenergie auseinandersetzen, wird schnell deutlich, dass

ich physikalische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte berücksichtigen muss. Nur durch den fachübergreifenden Blick ist eine differenzierte Urteilsbildung für die Schülerinnen und Schüler als Ziel einer kritisch-konstruktiven Didaktik möglich. Somit sind die drei Säulen der Nachhaltigkeit nicht nur als allgemeine Definition, sondern auch als konkretes Modell für Unterrichtsinhalte zu interpretieren. Aspekte der Nachhaltigkeit sind *per se* interdisziplinär und sollten folglich auch so unterrichtet werden. Fragestellungen zum Thema Nachhaltigkeit sind daher prädestiniert für fächerübergreifenden Unterricht.

Mein Workshop hatte sich zum Ziel gesetzt, thematische Schnittmengen in den Lehrplänen verschiedener Fächer zu identifizieren und konkrete fachübergreifende Unterrichtsreihen zu entwickeln.



Die Umsetzung im Schulcurriculum

Tatsächlich fanden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops in den hessischen Lehrplänen von 2010 (G8) für die Fächer Physik und PoWi, nach denen überwiegend noch unterrichtet wird, Anknüpfungspunkte, um entsprechende Reihenskizzen zu entwerfen. So widmet der hessische Lehrplan im Fach Politik und Wirtschaft ein ganzes Halbjahr der Stufe E dem Thema „Ökologie und wirtschaftliches Wachstum“. Als ein Beispiel, an dem „konkrete Umweltprobleme“ exemplarisch nachgezeichnet werden können, wird der Klimaschutz genannt. In den meisten Lehrbüchern für die Jahrgangsstufe E finden sich daher Abbildungen zum Verständnis des Treibhauseffekts. Auch in Lehrbüchern der Fächer Physik, Erdkunde und sogar Englisch sind ähnliche Abbildungen zu finden.

Im Physikunterricht in Klasse 7 habe ich den Treibhauseffekt schon selbst mehrfach in Schülerexperimenten nachgestellt. In der 9. Klasse wird beim Thema „Energieversorgung“ die „Ökologische Bildung und Umwelterziehung“ explizit eingefordert. Dort sollen sich die Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Kraftwerkstypen und der „Zukunft der Energieversorgung“ beschäftigen. Die „Ökologische Bildung und Umwelterziehung“ steht auch beim Thema „Radioaktivität“ (ebenfalls Jahrgangsstufe 9) auf der Tagesordnung.

Der Deutschunterricht könnte sich durch die einzuübenden Fähigkeiten der Pro- und Contra-Debatte oder der Erörterung bei all diesen Themen im Bereich der differenzierten Urteilsbildung einbringen. Verschiedene Lehrwerke benennen sogar explizit mögliche fachübergreifende Aspekte. Die Beispiele zeigen, dass sich prinzipiell also relativ einfach gemeinsame Themen mit inhaltlichen Anknüpfungspunkten für verschiedene Fächer finden lassen.

Schwierigkeiten ergeben sich dadurch, dass die einzelnen Fächer ihrer jeweils eigenen Fachsystematik folgen und dabei vorhandene fächerübergreifende Aspekte zeitlich nicht aufeinander abgestimmt sind. Der Entwurf einer fächerübergreifenden Reihenskizze auf Grundlage der hessischen Lehrpläne von 2010 gelang den Teilnehmerinnen und Teilnehmern daher zunächst nicht. Die sich anschließende Debatte zeigte, dass verschiedene unterrichtspraktische und schulorganisatorische Hürden überwunden werden müssen, um fächerübergreifenden Unterricht zu ermöglichen.

Zum einen wurden grundsätzliche Probleme bei der Koordination thematisiert. Kolleginnen und Kollegen müssen zum Austausch und ggf. zur Überarbeitung von Unterrichtsmaterialien sowie zur gemeinsamen Planung von Unterricht bereit sein. Ängste vor Ausnutzung oder Kritik müssen überwunden und Vertrauen muss aufgebaut werden.

Bislang basiert die Planung von Projekten oder parallel geführten Unterrichtsreihen auf der Bereitschaft Einzelner, teilweise erheblichen individuellen Zeitaufwand für diese Zusammenarbeit aufzuwenden. Angesichts der ohnehin stetig steigenden Anzahl zusätzlicher Aufgaben, die der Lehrberuf in den letzten Jahren mit sich brachte, wurde dies als eine der entscheidenden Hürden für den fachübergreifenden Unterricht betrachtet. Jede Schule sollte individuell prüfen, inwiefern entsprechende Veränderungen in der Stundenplanstruktur und in den Planungen für das eigene Schulcurriculum eine Zusammenarbeit begünstigen könnten. Unterricht in Doppelstunden und Koordinationsstunden für die Lehrkräfte würden die Umsetzung entsprechender Konzepte maßgeblich begünstigen.

Fächerübergreifender Unterricht

In Themenwochen oder auf Klassenfahrten arbeiten Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Fachbereichen schon jetzt in der Projektarbeit zusammen. Schülerinnen und Schüler bewerten solche Projekte regelmäßig als motivierend und relevant. Eine weitere Möglichkeit sah die Gruppe darin, den Unterricht zumindest zeitweise jahrgangsübergreifend zu gestalten. Warum sollten beispielsweise Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 9 nicht im Unterricht der Jahrgangsstufe E mitwirken und umgekehrt? Als Expertinnen und Experten ihres Faches könnten sie die anderen Jahrgangsstufen in einzelnen Stunden besuchen, ihr Wissen weitergeben und eigene Kompetenzen dabei stärken.

Letztendlich lässt sich festhalten, dass Unterricht zum Thema Nachhaltigkeit *per se* fächerübergreifende Konzepte notwendig macht, die momentanen Voraussetzungen, diese an den Schulen umzusetzen, allerdings einige Hürden mit sich bringen.

Die Gestaltung der schuleigenen Curricula könnte eine aktuelle Chance sein, diese leichter zu überwinden.

Daniel Herber



Global denken – lokal handeln

Pädagogische Antworten auf die Globalisierung

Wussten Sie, dass 34% der weltweiten Getreideproduktion nicht von uns gegessen, sondern an Tiere verfüttert werden? Oder dass die Herstellung einer einzigen Jeans 8.000 Liter Wasser benötigt? Wie viele Menschen müssen täglich ihre Heimat verlassen, weil der Preis, den wir für Produkte wie Kaffee oder Kakao zahlen, kein Leben in Würde ermöglicht?

Was ist eigentlich „Globales Lernen“?

Konsum und Produktion haben vielfältige weltweite Konsequenzen für unsere, aber auch für nachfolgende Generationen. Kaum ein Lebensbereich – sei es Ernährung, Mobilität oder Energie – hängt heute nicht mit globalen Prozessen zusammen. Die Auswirkungen unseres Lebensstils auf Mensch und Natur rund um den Globus sind komplex. Sich der eigenen Verantwortung bewusst zu werden kann dabei schnell ein Gefühl der Überforderung auslösen. Doch wenn wir gesellschaftliche Handlungsnormen entwickeln wollen, durch die allen Menschen – heute und in Zukunft – ein „gutes Leben“ ermöglicht werden kann, kommen wir nicht umhin, uns mit diesen globalen Zusammenhängen und daraus resultierenden Chancen und Herausforderungen auseinanderzusetzen. Ziel des Globalen Lernens ist es, diese Auseinandersetzung anzustoßen und zu fragen: Wo sind die Wegweiser zum „guten Leben für alle“ und wie schaffe ich es, mich in dieser globalisierten Welt für mein persönliches Leben zu orientieren?

Globales Lernen (GL) nahm seinen Anfang in entwicklungspolitischen und internationalistischen sozialen Bewegungen. Es hat sich inzwischen als pädagogische Antwort auf Globalisierungsprozesse etabliert und soll Menschen befähigen, Gesellschaft als aktive Weltbürgerinnen und -bürger mitzugestalten. In diesem Sinne soll es einerseits die individuelle Orientierung in der globalisierten Weltgesellschaft unterstützen und andererseits zu einer globalen Transformation hin zu zukunftsfähigen, nachhaltigen und gerechten Lebensweisen beitragen (1). Daher setzt Globales Lernen Themen der Globalisierung in Bezug zur eigenen Lebenswelt, um sie subjektiv erfahrbar zu machen. Die Auswirkungen von Globalisierungsprozessen werden dabei nicht nur punktuell und lokal, sondern ganzheitlich und global reflektiert.

Wie mit den ständig neu entstehenden und sich verändernden Herausforderungen der Globalisierung umgegangen werden soll, ist die grundlegende Frage, für die es jedoch nicht nur *eine* Antwort geben kann. Ziel ist vielmehr die gemeinsame Suche nach Handlungsoptionen. Somit ist Globales Lernen kein erzieherisches Konzept, sondern orientiert sich an den bildungspolitischen Grundgedanken des Beutelsbacher Konsens aus den 1970er Jahren und dementsprechend an den Ansprüchen der Zielgruppenorientierung, Kontroversität und des Überwältigungsverbots.

Besonders wichtig ist die thematische und emotionale Anknüpfung an die Lebenswelten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, seien es Kinder, Jugendliche oder Erwachsene:

„Handlungsleitend werden entwicklungspolitische Einsichten erst dann, wenn sie als subjektiv bedeutsam für das eigene Leben erkannt werden und wenn sich Möglichkeiten bieten, dies auch in privaten wie politischen Handlungen zum Ausdruck zu bringen.“ (Georg Krämer, Welthaus Bielefeld) (2)

Damit darf sich Globales Lernen nicht auf die Vermittlung „objektiver“ Wissensbestände zum Erwerb kognitiver Fähigkeiten beschränken. Soziale und emotionale Fähigkeiten spielen eine zentrale Rolle, damit die Informationsflut nicht zu einem entpolitizierenden Ohnmachtsgefühl führt. Die Widersprüche der globalisierten Welt, Unsicherheit, Unwissen oder Wertekollisionen explizit zu machen und zu bearbeiten, stellt eine der größten pädagogischen und politischen Herausforderungen dieses Bildungsansatzes dar.

Durch interaktive Methoden soll das Globale Lernen zum Perspektivenwechsel ermutigen und damit ebenso Empathiefähigkeit und kritisches Denken fördern. Um unsere Wirtschafts- und Lebensweise global und nachhaltig zu verändern und damit eine „Große Transformation“ anzustoßen, bedarf es nicht nur eines Bewusstseinswandels, sondern tatkräftiger Veränderungsbestrebungen. Vor diesem Hintergrund möchte das Globale Lernen individuelles und kollektives Handeln anregen und Vernetzungen mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren fördern, die sich für eine andere Welt stark machen.

Was kommt nach der BNE-Dekade?

Mit der Ausrufung der Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) der Vereinten Nationen (UN) für die Jahre 2005 bis 2014 fand das Globale Lernen einen neuen internationalen Bezugsrahmen. Das Ende der UN-Dekade in diesem Jahr und das Auslaufen der großen Weltprogramme „Education for all“ und „Millennium Development Goals“ (MDGs) stößt weltweit Diskussionen über zukünftige globale Entwicklungssagenden an. Bereits jetzt werden auf internationaler Ebene „Sustainable Development Goals“ (SDGs) verhandelt, die explizit auch die reichen Industrieländer in die Verantwortung nehmen sollen. Wie bei den MDGs ist auch hier Bildung ein fester Bestandteil. Für die Post-2015-Phase nach der UN-Dekade BNE hat die UNESCO bereits ein neues Rahmenprogramm erarbeitet: Das Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ soll auf der UNESCO-Weltkonferenz im November 2014 in Japan verabschiedet werden. Auf nationaler Ebene ist die Deutsche UNESCO-Kommission für die Umsetzung des Weltaktionsprogramms verantwortlich. Ihre Aufgabe wird es sein, Strukturen zu schaffen und Aktivitäten verschiedener Trägerorganisationen zu koordinieren.

Wenn es um Zukunftsfragen für unsere Erde geht, ist es unerlässlich, den Blick auch auf soziale Fragen und gemeinsame globale Herausforderungen zu richten, eine rein ökologische Perspektive würde zu kurz greifen. Die internationale Fassung des Weltaktionsprogramms misst der globalen Dimension in der Nachhaltigkeitsbildung und damit dem Globalen Lernen großen Wert bei.

Zivilgesellschaft fordert Dialog

Diskussionen um die Neuorientierung bildungspolitischer Programme in Deutschland werden auch von zivilgesellschaftlicher Seite mitgeführt. Auf dem Kongress „Transformative Bildung“ im Vorfeld der Abschlusskonferenz der BNE-Weltdekade positionierten sich Ende September Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft in der „Berliner Erklärung“ zur auslaufenden UN-Dekade und zum nationalen Umsetzungsprozess des BNE-Weltaktionsprogrammes. Die Erklärung betont die positiven Auswirkungen der UN-Dekade und hebt den entscheidenden Beitrag der Bildungsarbeit auf dem Weg hin zu einer inklusiven und nachhaltigen globalen Entwicklung hervor. Sie ruft zu einem breiten Diskurs zur Gestaltung des neuen BNE-Weltaktionsprogramms auf, an dem staatliche und nicht-staatliche AkteurInnen in einem kooperativen Dialog beteiligt sein sollten:

„Wir brauchen mehr und bessere übergreifende Zusammenarbeit – sowohl bei zivilgesellschaftlichen Organisationen als auch bei den Ministerien. (...) Der Zivilgesellschaft darf bei der politischen Ausgestaltung nicht nur eine Nebenrolle zukommen. Wir fordern einen Umsetzungsplan mit konkreten Zielen und Indikatoren, für deren Umsetzung sich alle Akteure stark machen.“ (Dr. Bernd Bornhorst, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen VENRO) (3)

Nachhaltiges und neues Lernen

In der Abschlusserklärung der BNE-Weltdekade finden sich einige Empfehlungen der Berliner Erklärung wieder. So habe BNE zu einer Wende in der „Bildungskultur“ durch eine „neue inhaltliche und methodische Richtung für das Lehren und Lernen“ beigetragen, in der Lehren und Lernen „von den Lernenden aus gedacht“ werden und sich Lehrende „stärker als Lernende“ verstehen. Aus dem Weltaktionsprogramm wurden die fünf Schwerpunkttempfehlungen in die Abschlusserklärung übernommen. Für den Schulbereich fordert die Abschlusserklärung unter anderem die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern im BNE-Bereich und die Umgestaltung der Bildungseinrichtungen als Institutionen im Sinne der Nachhaltigkeit (*whole institution approach*), wonach Schulen nicht nur mit ihren Lehrinhalten und -formaten nachhaltig bilden, sondern als Institutionen selbst nachhaltig handeln. Die berufliche Aus- und Weiterbildung, in der sich immer mehr Bildungsanbieter engagieren, wird in der Erklärung explizit genannt.

Globales Lernen in der Region

In Hessen gibt es zahlreiche Bildungseinrichtungen und Initiativen, für die Globales Lernen bereits seit vielen Jahren Schwerpunkt ihrer Arbeit ist. Unter dem Dach des Entwicklungspolitischen Netzwerks Hessen (EPN Hessen) sind über 90 kleine und große Mitgliedsorganisationen vertreten, die durch ihre Bildungspraxis und die konkreten Erfahrungen in globalen Partnerschaften zu Expertinnen und Experten des Globalen Lernens geworden sind. Ein weiterer wichtiger Akteur in Mittelhessen ist das Schul- und Bildungsprojekt *épa!* des Marburger Weltladens. 10 bis 20 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine hauptamtliche Person bieten Bildungsprojekte und Bildungsmaterial für den schulischen und außerschulischen Bereich an.



Fair Childhood ist eine gemeinnützige Stiftung der GEW. Sie will Kinderarbeit bekämpfen und mithelfen, das Millenniumsziel einer „Grundbildung für alle Kinder“ zu erreichen. Die mit Unterstützung der GEW erbaute Schule im indischen Bundesstaat Rajasthan ermöglicht Kindern von Steinbrucharbeiterfamilien einen regelmäßigen Schulbesuch. Spenden für Fair Childhood: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 9840000, BLZ: 70020500 (Foto: Fair Childhood, GEW)

Auch wenn wir uns im Globalen Lernen mit schwierigen Fragen und komplexen Problemen beschäftigen, soll das Lehren und Lernen Spaß machen. Wir möchten mit unserer Arbeit zeigen, dass wir der Globalisierung nicht wie einer Naturgewalt ausgeliefert sind, sondern dass wir bewusst mitgestalten können. Wir verändern diese Welt jeden Tag. Globales Lernen bietet Raum und Anstoß, dies bewusst zu tun: mit Kopf, Herz und Verstand!

Lydia Koblofsky

Lydia Koblofsky ist Fachpromotorin für Globales Lernen und Nachhaltigkeit des Entwicklungspolitischen Netzwerks Hessen e.V. (www.epn-hessen.de). Kontakt: Marburger Weltladen, Markt 7, 35037 Marburg, Tel. 06421-1659490, lydia.koblofsky@epn-hessen.de

Weitere Informationen

<http://www.epn-hessen.de/netzwerk/forum-globales-lernen/>
<http://www.epn-hessen.de/schwerpunktthemen/globales-lernen/bildungsangebote/>
<http://www.marburger-weltladen.de>

- (1) agl Positionspapier zum Globalen Lernen Nr. 05 Oktober 2014, www.agl-einewelt.de
- (2) Georg Krämer: Das Globale Lernen – eine Baustelle. In: VENRO Jahrbuch Globales Lernen 2010, S.6 > <http://venro.org>
- (3) Berliner Erklärung vom 20.9.2014
- (4) Bonner Erklärung - Abschlusserklärung der BNE-Weltdekade vom 30.9.2014; www.unesco.de/bonner_erklaerung_2014.html



Kreatives Schreiben über „Nachhaltigkeit“

Etwas fehlt

Da am Rand des Gesprächs ein Reh

Ein Handy klingelt. Die Gesprächspartner greifen gleichzeitig danach. Beide wie aus einem Mund: „Ich dachte, es wäre meins.“ „Was wolltest du eben sagen...?“ Der Gesprächsfaden ist verloren. Er: „Ich muss eh gleich los.“

„Diese Kaffee kapseln produzieren viel Müll.“ „Ja, schlimm.“ „Hm. Diese Firma dürfte so was nicht herstellen. So'n Abfall!“ „Ja, unbedingt!“ „Die tragen schließlich Verantwortung. Für Nachhaltigkeit! Und überhaupt.“ „Absolut.“ „Möchtest du Espresso oder Lungo? Wir haben auch noch Kekse da...“

„Ich habe ein Reh angefahren! Hab ganz kurz aufs Handy geklickt. Superkurz. Konnte gar nicht mehr reagieren; diese großen Augen.... Armes Ding.“ „Ist schlimm hier, in der Wohngegend, mit diesen Waldstücken. Also für Rehe. Auch für Autofahrer. Eine richtige Gefahr. Ich habe neulich was über ein Wildschweinproblem in einem Wohngebiet in Berlin gehört. Da spielen schließlich Kinder!“

Das nur am Rand.

Julia Smollich schrieb den Text „Da am Rand des Gesprächs ein Reh“ in einem Workshop „Kreatives Schreiben“ des Studienseminars Wiesbaden. Im Rahmen eines Projekttagess zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beschäftigten sich 13 Workshops mit unterschiedlichen Beispielen aus der Unterrichtspraxis. Die Ergebnisse wurden auf einem „Marktplatz“ präsentiert. Für den Workshop standen zwei Stunden zur Verfügung. Nach einer Einführung in Schreibtechniken („Automatisches Schreiben“ und „Gelenktes Assoziieren“) bekamen die Teilnehmenden drei Schreibangebote zur Auswahl:

- „Da am Rand des Gesprächs ein Reh“ nach einem Gedicht von Hendrik Rost
- Gedanken zum Thema „Nachhaltigkeit“
- Gedanken zu einer Schule, die sich um nachhaltiges Lernen bemüht. Oder: Vorstellungen von einer „nachhaltigen Schule“

Die meisten Teilnehmenden wählten das erste oder dritte Thema. Während das zweite und dritte Thema argumentative, im weiteren Sinne essayistische Texte ermöglichen, entsteht bei dem ersten Thema, das zeigt auch das abgedruckte Beispiel, am ehesten ein im eigentlichen Sinne kreativer Text. Der kognitive Konflikt, sich ein am Rand eines Gesprächs stehendes Reh vorzustellen und zwischen Reh und Gespräch eine sinnhafte Verbindung herzustellen, kann kreative Prozesse in Gang setzen. Wie dieser Vers des Autors Hendrik Rost sind unterschiedliche Verse aus Gedichten, Titel literarischer Texte (wie Franz Kafkas „Heimkehr“, „Gibs auf“ oder „Wunsch, Indianer zu sein“) oder eine Vielfalt von Textstellen aus literarischen Werken hervorragend als Schreibimpulse geeignet. Wegen der Kürze der Zeit sind die drei Schreibangebote gleichzeitig gemacht worden. Im Rahmen eines Projekttagess oder gar einer Projektwoche zum kreativen Schreiben wäre es ratsam, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nacheinander zu den Angeboten Schreibverfahren sammeln können.

Wachstum um jeden Preis – aber etwas fehlt

„Alle wahrhaft Suchenden werden enttäuscht“, lautet die Überschrift der achten Szene in Brechts „Mahagonny“, in der Paul, einer der Unzufriedenen auf dem Weg in die Goldstadt insistiert: „Etwas fehlt.“ Für Theodor W. Adorno und Ernst Bloch ist es einer der besten Sätze Brechts. (1)

„Etwas fehlt!“ Der Schnickschnack der Konsumtempel stellt menschliches Sehnen, Verlangen, Begehren, Wünschen, Hoffen, Träumen nicht still. Im Gegenteil. Immer fehlt etwas, fehlt noch etwas. Die Dynamik der Konsumwelt lässt nicht zu, dass angemessene Konsequenzen gezogen werden. Kein weltweiter Aufschrei!

Statt halt zu machen, wie Naomi Klein fordert (2), gilt überall ein gnadenloser Steigerungsimperativ begleitet von immer bedrohlicher werdendem Überverbrauch. Der Tauschwert der Waren dominiert den Gebrauchswert, und daraus resultiert das „bornierte Streben nach Profit“ (3). Dabei sind die erforderlichen Konsequenzen, damit es nicht zur Klimakatastrophe kommt, einigermaßen klar:

- Ressourcen- und Energieverbrauch müssen gesenkt werden.
- Produktions- und Lebensweisen müssen verändert werden.
- Den Menschen muss die Angst vor Veränderungen genommen werden.

Ein paar aktuelle Zitate, die anreißen, was fehlt:

„Der Klimawandel verlangt, dass wir weniger konsumieren – doch das Konsumverhalten ist alles, was wir kennen. (...) Im Kern handelt es sich um eine Krise, die aus dem übermäßigen Konsum der vergleichsweise Wohlhabenden wächst.“ (4)

„Zusammenhalt muss höher bewertet werden als Konkurrenz. (...) Wir brauchen andere Denk- und Erkenntnisweisen, um unsere Trennung von der Natur zu überwinden.“ (5)

Ulrich Brand konkretisiert, wie wir uns diese veränderten Denk- und Erkenntnisweisen vorstellen können: Sorge für sich und andere, sorgsamer Umgang mit den natürlichen Grundlagen des Lebens, ein neuer Begriff von Wohlstand („Zeitwohlstand“), andere Formen der Landwirtschaft, der Ernährung, geringere Ressourcennutzung, Bevorzugung langlebiger Produkte, Vermeidung auf dem Weltmarkt hergestellter superbilliger Waren...

Brand fragt, ob sich solche Ziele unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus überhaupt verwirklichen lassen. Ohne einen solidarischen Rahmen der Weltwirtschaft gehe das nicht. Erforderlich sei weltweit die Durchsetzung kürzerer Arbeitszeit, verbunden mit sozial abgesicherten und für die Menschen annehmbaren Lebensweisen. Das erfordere eine sozial-ökologische Transformation des Kapitalismus

„als weiter Horizont, als konkrete Programmatik, als zu verändernde Kräftekonstellation, als Vielheit bestehender, zu stärkender und zu beginnender Alternativen. Und damit als Projekt einer Transformationslinken, die aus der politischen Defensive herauskommt und sich einer solidarischen und gerechten, demokratischen und emanzipatorischen Zukunft annimmt.“ (6)

Immer wieder geht es um die Frage, was fehlt. Was kann Schule in dem Zusammenhang bewirken, eine Schule, in der

Foto: Oliver Jank/
panthermedia.net

Die Lichtung

Jedes Gespräch hat sein Reh,
ein Reh tritt durch die Gespräche,
es äst am Rand der Gespräche,
wendet den Kopf, wenn einer was sagt,
schweigt, solange es sich zeigt,
fragt nicht oder wartet, bis er endet,
und flieht, wenn es ihn reden sieht.
„Da am Rand des Gesprächs ein Reh.“

Hendrik Rost: Im Atemweg des Passagiers. Gedichte. Göttingen 2006. Mit freundlicher Genehmigung des Wallstein-Verlags Göttingen



alle unter den herrschenden Steigerungsimperativen ächzen und stöhnen? Es ist richtig und notwendig, wenn in der Schule gebremst, auch mal „Halt“ gesagt wird. Schule sollte sich nicht aufhalsen lassen, dass vor allem sie für das, was fehlt, zuständig sei. Pädagogisches Handeln, schreibt der Reformpädagoge und Psychoanalytiker *Siegfried Bernfeld* (1892-1953), kann nicht die in der Gesellschaft herrschenden Grenzen außer Kraft setzen.

Gerechtigkeit ist wie Nachhaltigkeit ein universeller Begriff. Die meisten Menschen, und das gilt für die Schülerinnen und Schüler natürlich ebenso, wollen nicht unbedingt Gerechtigkeit für alle, sondern mehr davon für sich. Zu diesem Schluss kommt auch *Sergio Benvenuto* in seiner Analyse des Phänomens *Berlusconi* (7).

Menschen sind aber bekanntermaßen nur schwer dazu zu bringen, etwas einzusehen, wenn ihr vorgestelltes Wohlbefinden erfordert, dass sie eben gerade nicht verstehen. Wenn Schülerinnen und Schüler die Notwendigkeit einer gerechten, einer nachhaltigen Welt gepredigt würde, könnten sie denken und vielleicht auch sagen:

„Eure Generation und die davor haben uns den ganzen Schlamm eingebracht. Ihr habt eure Konsumparty gehabt, habt es euch übermäßig gut gehen lassen und lasst es euch weiter supergut gehen, und wir sollen jetzt den Gürtel enger schnallen? Wir sollen nicht mit dem Auto (dem eigenen) zur Schule fahren? Sollen uns nicht von der supergeilen Konsumwelt bezirren lassen? Sollen nicht in den Kurzurlaub fliegen, am besten gar nicht mehr fliegen? Ohne uns! Soll doch die nächste Generation Verzicht leisten.“

Tagträume vom besseren Leben

Einen möglichen Weg für die Schule weist *Ernst Bloch* in seinem Werk „Prinzip Hoffnung“, in dem er für die Erschließung des „Noch-nicht-Bewussten“ auf die Tagträume setzt. Menschen haben nach Bloch immer „vom besseren Leben geträumt, das möglich wäre. Das Leben aller Menschen ist von Tagträumen durchzogen“ (8). Bloch unterscheidet zwischen kleinen und großen Tagträumen. Während kleine Tagträume auf mehr oder weniger illusionistische Selbsterweiterung zielen, intendieren große Tagträume, die an den Grenzen der kleinen Tagträume entstehen, die Verbesserung der Welt und implizieren nach Bloch den Wunsch nach Realisierung. Als Beispiele für große Tagträume nennt Bloch „utopische Archetypen“, die sich „in allen großen Dichtungen, Mythen, Religionen, in der Philosophie“ finden (9):

„Es ging mir um das, was vor uns dämmert, um das, was erscheint in der Jugend, in Wendezeiten wie Renaissance, Sturm

und Drang, in der Französischen Revolution, in der Frühromantik und in dem Pathos des Neuen, dem eigentümlichen Pathos des Kreativen im Menschen selber.“ (10)

„Das, was vor uns dämmert, (...) was erscheint in der Jugend!“ Liegen hier nicht Chancen von Bewusstwerdung? Projekttagge, Projektwochen zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“ können ein Fundament legen, um Schülerinnen und Schüler in Schreibwerkstätten im Blochschen Sinne zum Tagträumen anzuregen und damit auch zu Antworten ermutigen auf die Frage: „Was fehlt?“ Was fehlt heute, was fehlt hier? Denn: Etwas fehlt in jeder Schulklasse, in jeder Schule, an jedem Ort, in diesem Land, in dieser Welt. Dazu kann jede Schülerin, kann jeder Schüler einiges schreiben. Und darüber gilt es mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. In dem „Lehrbuch des Kreativen Schreibens“ von *Lutz von Werder* finden sich Beispiele für eine solche „Zukunftswerkstatt“, für den Tagtraum „Flucht aus der Schule“, für Wunschbilder und Grundrisse einer besseren Welt, für die Vorstellungen von erfüllten Augenblicken und Hinweise zu einem utopischen „Alltagsspuren-Projekt“. *Jürgen Habermas* bleibt deshalb optimistisch:

„Dem Kapitalismus zum Trotz können Menschen in einer ausdifferenzierten Öffentlichkeit über den Austausch und die Bewertung von Begründungen zu einem vernünftigen Konsens über die bessere Gestaltung der Welt finden.“ (11)

Auf die aktive Mitgestaltung einer so verstandenen Öffentlichkeit sollte Schule vorbereiten.

Thomas Adamczak

(1) Ernst Bloch und Theodor W. Adorno: Etwas fehlt ... Über die Widersprüche der utopischen Sehnsucht. Ernst Bloch im Gespräch mit Theodor W. Adorno. In: Ernst Bloch (Hrsg.): Tendenz, Latenz, Utopie. Werkausgabe Ergänzungsband. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1985, S. 350-367; jour fixe initiative berlin (Herausgeber): Etwas fehlt. Utopie, Kritik und Glücksversprechen. Berlin 2013

(2) Naomi Klein: Machen wir Halt: Der Kampf unseres Lebens, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2014, S. 55-60

(3) Ulrich Brand, FAZ vom 16.7.2014

(4) Naomi Klein, a.a.O.

(5) Vandana Shiva: Öko-Apartheid – Krieg gegen die Erde, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2014, S. 55-60

(6) Ulrich Brand, a.a.O.

(7) Sergio Benvenuto, Den Führer lieben, in: lettre international, Sommer 2014, S. 74 ff.

(8) Ernst Bloch: Prinzip Hoffnung, Bd. 1, Frankfurt/M., S. 1

(9) Lutz von Werder: Lehrbuch des kreativen Schreibens, Berlin 1993, S. 196

(10) Ernst Bloch: Prinzip Hoffnung, a.a.O. S. 200

(11) zitiert aus einem Artikel von Sebastian Dörfler über die Kontroverse Habermas-Adorno, in: FAZ, 19.12.2012

Bäume sind Gedichte ...

Bad Homburg: „Bäume in der zeitgenössischen Kunst“

Die Schönheiten und Wunder der Natur, die der Fotograf *Sebastiao Salgado* im Film „Das Salz der Erde“ feiert, existieren auch vor unserer Haustür. Alte Bäume zählen dazu, wie die 200 Jahre alte Libanon-Zeder am Bad Homburger Landgrafenschloss. In all den Jahren wuchs sie über 20 Meter in die Höhe und 35 Meter in die Breite. Ihr Stamm hat einen Umfang von 6,40 Meter erreicht, ihre kaum sichtbaren Wurzeln ermöglichen den Wuchs himmelwärts. Der eindrucksvolle Nadelbaum stammt aus England, aus den berühmten *Royal Kew Gardens*. Seine Vorfahren aber sind Libanesen, die auf den heute abgeholzten Hügeln der Levante wuchsen.

Als Exoten waren Zedern in den Parks der englischen *Upper Class* so beliebt, dass der *Duke of Cambridge* im Jahr 1818 seiner Schwester *Elisabeth* 16 kleine Bäumchen zu ihrer Hochzeit mit *Landgraf Friedrich VI.* schenkte. Bis auf zwei pflanzte man sie sofort in den Schlosspark, wo sie im Winter prompt erfroren. Die beiden übrigen ließ man noch vier Jahre, also bis 1822, in ihren Kübeln, so dass sie in der Orangerie überwintern und sich akklimatisieren konnten. Eine der beiden Davongekommenen entwickelte sich derart prächtig, dass sie die andere nun „in den Schatten stellt“. Lässig kann sie eine ganze Schulklasse beschirmen und wird das wohl auch bis zum 22. Februar 2015 häufig tun.

Denn gleich gegenüber, im spätbarocken Sinclair-Haus vor dem Schlosspark, residiert das Museum der Altana-Kulturstiftung. Und das zeigt bis zum 22. Februar die Ausstellung

„VERZWEIGT! - Bäume in der zeitgenössischen Kunst“. Die präsentierten Künstlerinnen und Künstler, unter ihnen *Gerhard Richter*, *Georg Baselitz*, *Rebecca Horn*, die Britin *Laura Ford*, der Amerikaner *Alex Katz*, der Arte-Povera-Künstler *Giuseppe Penone* und der Fotograf *Jeff Wall* sind allesamt Ikonen der Gegenwartskunst.

Sie nähern sich ihrem Motiv „Bäume“ auf sehr unterschiedliche Weise, je nachdem, was sie nachhaltig beeindruckte. Die einen konzentrieren sich auf ihre Ästhetik und sehen, so wie der Dichter *Khalil Gibran*, in Bäumen „Gedichte, die die Erde in den Himmel schreibt“. Andere bestaunen die Langlebigkeit dieser Lebewesen im Vergleich zur Dauer der eigenen Existenz und wieder andere bewundern das Wunder der Photosynthese. Bäume sind den Schülerinnen und Schüler bekannt, so dass sie wohl leichter einen Zugang zu den künstlerischen Interpretationen finden. Auch erlaubt der klar definierte Ausschnitt aus dem größeren Thema „Natur“ eine Erweiterung in viele Richtungen, so dass nicht nur Kunstlehrerinnen und Kunstlehrer den Besuch dieser Ausstellung mit ihrer Lerngruppe attraktiv finden werden.

Nach einer Führung durch die Ausstellung, nach der Betrachtung der Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen und Fotografien könnte der Weg zur nahen, auch im Winter blaugrünen Libanonzeder führen. Schülerinnen und Schüler, die den Baum bewusst *in natura* erforschen, die schrundige Rinde fühlen und in das Astgebirge über sich blicken, werden die Kreativität der Künstlerinnen und Künstler umso besser würdigen können, aber auch schon im Original ein Kunstwerk erkennen. Der offene Lernort gibt ihnen (hoffentlich) Mut, die gesehenen Kunstwerke noch freier zu interpretieren. Wenn dann jemand in *Laura Fords* „Nature Girl“ eine Parodie auf die Verwandlung der mythologischen *Daphne* in einen Olivenbaum sieht, so ist das eine gute Idee. So lernen die Schülerinnen und Schüler besser sehen, die Natur bewusster wahrnehmen und lieben. Denn erst wenn ich etwas schätze, kann ich auch sein Verschwinden wahrnehmen und beklagen.

Naturzerstörung – nur ein Thema am Rande

Das Faktum der Naturzerstörung ist in der Ausstellung allerdings unterrepräsentiert. Als einer der ersten Künstler thematisierte *Josef Beuys* das Problem. Er ist ebenfalls in der Bad Homburger Ausstellung vertreten. Bereits auf der *Documenta 7* rückte er mit seiner Aktion „7.000 Eichen“ die ökologische Katastrophe spektakulär in den Blick. Unter dem Motto „Stadtverwaltung statt Stadtverwaltung“ bezog er ganz Kassel ein und schuf als neue Kunstform die Soziale Plastik. Symbolisch materialisierte sie sich in dem vorm *Fridericianum* aufgetürmten Berg aus 7.000 Basaltstelen, der sich im Verhältnis zur gepflanzten Zahl der 7.000 Eichen verkleinerte. Seit 1982 hat die Naturmissachtung stetig zugenommen und mit ihr die Klimaveränderung.

Zwar zeichnen wir Baumriesen wie die Libanonzeder als Naturdenkmal aus, doch die Zahl der Bäume schrumpft welt-



Laura Ford: *Nature Girl*, Galerie Scheffel Bad Homburg (Foto: Sinclair-Haus)



Der Autor Matthias Göritz bei einer Lesung im Park (Foto: Michael Habes, Frankfurt)

weit rasant: um Straßen Platz zu machen, um Papier für sinnlose Werbeprospekte zu gewinnen und um anstelle der Regenwälder Palmöl- oder Sojaplantagen für das Agrobusiness zu pflanzen. Das bekannte Verdikt *Bertolt Brechts* ist längst obsolet. Er hatte 1939 in seinem Gedicht „An die Nachgeborenen“ das Gespräch über Bäume in die Nähe eines Verbrechens gerückt, weil es Wichtigeres zu besprechen gäbe. Heute wird ein Gespräch über Bäume geradezu zur Pflicht. Das Museum im Sinclair-Haus hat das begriffen. Alle seine Ausstellungen kreisen um das Thema „Natur“, ebenso die Werke seiner beträchtlichen Kunstsammlung. Ob es im Bereich der Kunst Abbitte leisten will für das, was der Chemiekonzern Altana AG, der über seine Kulturstiftung das Museum finanziert, real an Natur zerstört?

KulturTagJahr in Bad Homburg

Das sei dahingestellt, jedenfalls steht das Museum Sinclair-Haus für eine vorbildliche, vom Kultusminister unterstützte museumspädagogische Arbeit. So läuft etwa seit einigen Jahren das Projekt „KulturTagJahr“, an dem zur Zeit jeweils ein ganzer Jahrgang der IGS Nordend, der Charles-Hallgarten-Schule, der Bettinaschule Frankfurt und der Hölderlin-Schule Bad Homburg sowie der Waldkindergarten Bad Homburg teilnehmen. An einem festen Wochentag wird ein Jahr lang klassen- und fächerübergreifend gearbeitet. Das findet meist außerhalb der Schule statt, wo keine Schulklingel die Zeit zerhackt: in der Natur oder im Atelier des Museums.

Allein von der IGS Nordend nehmen pro Jahr 100 Schülerinnen und Schüler teil, der gesamte Jahrgang 8. Sie wählen sich nach einer Orientierungsphase in den Bereich Kunst, Musik, Literatur oder Tanz ein. Künstler und Autoren von außerhalb leiten diese Gruppen, bringen kreative Ideen und ein neues Gesicht ein. Sie kommen von so namhaften Institutionen wie der *Forsythe Company*, dem *Ensemble Modern*, dem Schauspiel Frankfurt, der Hochschule für Darstellende Kunst und dem Atelier Goldstein. Die Statements der Schülerinnen und Schüler auf den vier ins Internet gestellten Videos zeigen, wie intensiv und begeistert an diesem regelmäßigen Wochentag „gearbeitet“ wird und wie sie zunehmend kreative und kommunikative Kompetenz sowie Selbstvertrauen gewinnen (www.altana-kulturstiftung.de > Suche: Kulturtagjahr > IGS Nordend). Leider können keine weiteren Schulen am Projekt KulturTagJahr teilnehmen, aber Lehrkräfte anderer Schulen dürfen hospitieren, um sich Anregungen zu holen (Kontakt: Eva Schmitt, Tel. 06172-404-135).

Ein abgespecktes, eigenständiges Projekt ist wohl an jeder Schule möglich. Das Thema „Bäume/Natur“ eignet sich ideal für eine fächerübergreifende Entfaltung, so dass die Hürden einer terminlichen und inhaltlichen Absprache mit Kolleginnen und Kollegen genommen werden müssen. In der Rhein-Main-Region kann man mit einem Besuch der Ausstellung und der Libanonzeder beginnen. Das Museum, das morgens nur für Klassen öffnet, bietet altersspezifische Führungen, an die sich auf Wunsch eine kreative Phase im Museumsatelier anschließt. Die Führung und die Arbeit im Atelier dauern jeweils eine Stunde und kosten zusammen 50 Euro pro Gruppe und 2 Euro für Material pro Person. Ein 90-minütiger Museumsbesuch und ein gleich langer Künstlerbesuch in der Schule an einem zweiten Termin kosten 4 Euro pro Termin (Anmeldung und Beratung: Tel. 06172-404-135 oder -127).

Ausstellung im Sinclair-Haus noch bis zum 22.2.

Warum eigentlich nicht schon vor den Weihnachtsferien nach Bad Homburg fahren? In den Ferien könnten die Schülerinnen und Schüler dann interessante Bäume in ihrer Umgebung oder am Ferienort aufspüren und mit Foto oder Text, Zeichnung oder Gedicht festhalten. Selbst um Referentinnen und Referenten kümmern müssen sich die Fächer, die den ökologischen Aspekt diskutieren. Er sollte breiten Raum bekommen, denn die Schülerinnen und Schüler von heute sind später die Leidtragenden der globalen Klimaänderung. Und die ist trotz aller Sonntagsreden und unverbindlicher Konferenz-Absprachen bislang nicht gestoppt! Der UN-Weltklimabericht von Kopenhagen erneuerte Anfang November die ernsthafte Mahnung, die Treibhausgase bis 2050 um 70% zu verringern, damit das Klima nicht außer Kontrolle gerät. Aber ist das überhaupt möglich, solange „Wachstum“ ein Fetisch bleibt? Gleich nach dem SOS aus Kopenhagen wiederholte der BDI seinen Ruf nach mehr „Wachstum“. Doch auch das von der Industrie beschworene „nachhaltige Wachstum“ verzögert die unheilvollen Prozesse nur ein wenig.

Umweltorganisationen wie RobinWood Rhein-Main (Tel. 06033-9278967), Greenpeace (040-30618-0), BUND Hessen (069-677376-12) oder NABU Hessen (06441-679040) stellen Info-Material und Referentinnen und Referenten zur Verfügung, die mit den Klassen diese globalen Probleme erörtern. Beim Verein „Rettet den Regenwald“ (040-4103804) bekommt man dessen Vierteljahreszeitschrift im Klassensatz. Motivierter Lernende werden sicher weitere Ideen beisteuern.

Ursula Wöll

Energiewende: Ein Thema für die GEW?

Was haben denn die GEW und ihre Mitglieder mit der Energiewende zu tun? Eigentlich könnte man meinen: nicht viel. Schließlich wurde an vielen Schulen Strom gespart, Heizung und Lüftung wurden besser geregelt und sogar der Wasserverbrauch in den Toiletten gedrosselt. Also genug getan?

Seit einiger Zeit wird deutlich, was sich unser Land mit der Energiewende vorgenommen hat. Inzwischen gibt es Widerstände von Bürgerinitiativen und manche Partei möchte wohl inzwischen am liebsten zur Atomkraft zurückkehren. Dabei werden die Rohstoffe knapper und teurer. Unsere Abhängigkeit von anderen Ländern steigt und das Kohlendioxid in der Atmosphäre steigt „dank“ der Stein- und Braunkohleverbrennung auch bei uns weiter an. Also gibt es wohl noch einiges zu tun und auch unsere Schülerinnen und Schüler sollten verstehen, worum es geht. Es geht schließlich um nichts weniger als die Zukunft unserer Kinder in einer lebenswerten Umwelt. Für den Unterricht kann man prüfen, ob die Themen auftauchen:

- **Physik:** Funktionsweise von Photovoltaik- und Windkraftanlagen, Stromübertragung, Batteriespeicher
- **Chemie:** Power to Gas: Elektrolyse, Herstellung von Methan aus Wasserstoff, Großtechnologie (vgl. Haber-Bosch-Verfahren)
- **Biologie:** Funktionsweise von Biogasanlagen, Landwirtschaft zur Energiepflanzenenerzeugung

- **Mathematik:** Größe eines Windrades (Vergleich mit bekannten Größen), Strommenge, Windgeschwindigkeit, verbautes Material, Finanzierung (Kredit, Zinsen), Schattenwurf, Geräuscentwicklung

- **Politik:** Funktionsweise politischer Prozesse am Beispiel des EEG, Genossenschaften im Vergleich zu anderen Geschäftsbetrieben, öffentliche Auseinandersetzungen um den Aufbau von Windkraftanlagen, Rolle der Energie- und Rohstoffversorgung in der Geschichte und in den aktuellen Konflikten auf der Erde

Dies ist sicher nur eine Auswahl, die einem bei kurzem Überlegen einfällt. In Nordhessen engagieren sich Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen von Energiegenossenschaften und versuchen so die dezentrale Energiewende voranzubringen. Hürden, die die Politik für bürgerliches Engagement aufgebaut hat, müssen erst noch überwunden werden. Diese Kolleginnen und Kollegen stehen auch als Ansprechpersonen für Schulen zur Verfügung.

Willi Kammelter

Willi Kammelter arbeitete als Lehrer für Chemie und Gesellschaftslehre und ist Mitglied der Genossenschaft Bürger Energie Kassel (www.be-kassel.de). Er leitet im Team mit Ilse Wagner und Henriette Leng die Personengruppe Seniorinnen und Senioren im GEW-Bezirksverband Nordhessen. Kontakt: kammelterw@gmx.de

Schuljahr der Nachhaltigkeit

Auf einem Festakt in Wolfsburg wurde das Programm „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ Ende April 2014 als offizielle Maßnahme der UN-Dekade BNE für seine Vorreiterfunktion bei der strukturellen Verankerung der BNE ausgezeichnet. Das Projekt „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ ist seit 2013 ein Baustein der Hessischen Bildungsinitiative Nachhaltigkeit und



wird zurzeit an elf Schulen in fünf hessischen Kommunen eingeführt und weiterentwickelt. Im „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ (SdN) führen Expertinnen und Experten außerschulischer Bildungsträger für 20 Schulstunden Lernwerkstätten zu Schlüsselthemen der nachhaltigen Entwicklung durch. Zusammen mit den Lehrkräften stellen sie Verknüpfungen zum Unterricht her. Fortbildungen und Materialien zum Thema BNE unterstützen die Schulentwicklung. Ziel des SdN ist es, dass die Schülerinnen und Schüler Handlungsmöglichkeiten benennen und für die Gestaltung des eigenen Lebens nutzen können. Das Projekt basiert auf Erfahrungen eines Pilotprojektes von *Umweltlernen in Frankfurt e.V.* und richtet sich an 3. und 4. Grundklassen, die beispielsweise wie die Drittklässler der Grundschule Simmershausen ein Fledermausbeet auf ihrem Schulhof gestalten (Foto: Wassererlebnis Haus Fulda).

Projekträger ist die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung in Hessen (ANU). Kooperationspartner sind das Ausbildungszentrum für Natur- und Umweltbildung im Vogelsbergkreis, die Beratungsstelle für ökologische Bildung e. V. (BöB) Bad Homburg, das Naturschutzhaus Weilbacher Kiesgruben, das Naturschutzzentrum Bergstraße, das Umweltbildungszentrum Licherode und das Wassererlebnishaus Fuldata. Anmeldungen für 2015 sind möglich.

- Weitere Informationen finden Sie unter www.hessen-nachhaltig.de/pm-hinz-bildungsinitiative oder www.anu-hessen.de/6645.html. Kontakt: Jennifer.Gatzke@anu-hessen.de.

Aus Griechenland nach Kassel

Im Gespräch mit Vassia Chioti und Nikos Kalogeros

Kollegin Vassia Chioti und Kollege Nikos Kalogeros aus Griechenland berichteten beim Gesamtschultag des GEW-Bezirksverbands Nordhessen im Oktober in Kassel über die Situation in den Bildungseinrichtungen ihres Landes. Für die Übersetzung sorgte Eleni Papadopoulou, das Gespräch führten Bernd Landsiedel und Birgit Koch (erste, dritter und fünfte von links).

Wie ist die Stimmung in der Lehrergewerkschaft DOE?

Wir haben in den letzten Jahren viele Streiks organisiert, leider sind alle gescheitert. Dadurch hat sich eine starke Resignation breit gemacht. Viele Kollegen hoffen auf eine Syriza-Regierung, die die Verträge mit der Troika kündigen soll. Diese Hoffnungen, die in Wahlen gesetzt werden, können schnell in Enttäuschung umschlagen. Unserer Meinung nach kann eine Syriza-Regierung nichts erreichen, wenn sie nicht von einer massenhaften Mobilisierung und starken sozialen Kämpfen unterstützt wird. Die Hoffnung besteht, dass dann der Funke auf andere Länder in Europa überspringt.

Wie können wir euch unterstützen?

Eine sehr wichtige Unterstützung ist es, die Vorurteile gegen die griechische Bevölkerung kritisch zu hinterfragen. Es gab von 1981 bis 2008 eine Scheinblüte in Griechenland, einen künstlichen Wohlstand. Die arbeitende Bevölkerung Griechenlands war aber nicht auf der Party eingeladen, die zum Platzen der Spekulationsblasen geführt hat. Der Austausch von Erfahrungen ist wichtig, gegenseitige Besuche wie die Solidaritätsreisen deutscher und griechischer Kollegen. Am stärksten wird uns helfen, wenn die Kolleginnen und Kollegen in Deutschland aktiv für ihre Rechte kämpfen.

Wie wirkt sich die Jugendarbeitslosigkeit von 60 % auf die Stimmung der Schülerinnen und Schüler aus?

Die Krise ist wie ein Netz, das sich langsam zuzieht. Selbst die einfache Frage „Lass uns etwas essen gehen“ kann nicht gestellt werden, weil sich

das viele Menschen nicht mehr leisten können. Es gibt keine Inseln im Meer dieser traurigen Verhältnisse. In Familien mit zwei Erwerbslosen besteht die große Gefahr der Verwahrlosung. Oft haben die Kinder dann nicht einmal Hefte oder Stifte. Auch in Ganztagschulen nehmen viele Kinder kein Mittagessen zu sich, weil die Familien zu arm sind. Fatalismus breitet sich aus. Warum sollen sie sich in der Schule anstrengen, wenn sie auch als qualifizierte Beschäftigte nur drei Euro pro Stunde verdienen? Die Jugendlichen suchen nach Gruppen, was die Neonazis ausnutzen. Leider haben sich die Vorstände der Gewerkschaften vor der Krise nur für die Erwerbstätigen interessiert. Die Erwerbslosen und die Jugendlichen waren ihnen relativ gleichgültig.

Wie kann es sein, dass die Staatsschulden nach vier Jahren Sparpolitik von 120 % auf 175 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gestiegen sind?

Das zeigt, dass die Sparpolitik vollkommen perspektivlos ist. Die Gläubiger und die Banken wurden gerettet, das Volk nicht. Das griechische BIP ist von 2008 bis 2013 von 340 auf 235 Milliarden US-Dollar gefallen. Vor der Krise waren die Gläubiger Private, jetzt sind es die EZB, europäische Staaten und damit die Steuerzahler. Auch der Schuldenschnitt wurde nur bei den öffentlichen Gläubigern vorgenommen.

Wie sieht es mit den griechischen Rüstungsausgaben aus?

Vor der Krise hatte Griechenland mit 3,3 % des BIP den höchsten Rüstungsanteil aller NATO-Staaten. In Deutschland sind es „nur“ 1,4%. Zwar wurden die Ausgaben von elf auf sechs Milliarden reduziert, aber noch immer ist es dem griechischen Staat nicht erlaubt, aus den alten Verträgen, besonders mit der deutschen Rüstungsindustrie, auszustiegen.

Welche Gefahr geht von der Goldenen Morgendämmerung aus?

Nach der Ermordung des populären Musikers *Pavlos Fyssas* gab es 2013 eine starke Mobilisierung gegen die

Faschisten. Staat und Justiz wurden plötzlich aktiv, alte Prozesse wurden neu aufgerollt. Alle Vorstandsmitglieder von *Chrysi Avgi* wurden verhaftet. Den stabilen Wählerblock von 10 bis 12% gab es auch schon vor der Krise, er hatte sich nur bei der *Nea Demokratia* versteckt. Die Goldene Morgendämmerung hat ihre Massenbasis bei sozial Abgestiegenen oder Menschen, die ihren sozialen Abstieg befürchten. Im Parlament haben ihre Abgeordneten immer für die Maßnahmen der Troika gestimmt. Die Krise erklären sie als eine Weltverschönerung gegen Griechenland. Sie fordern, die Ausländer aus Griechenland abzuschieben. Die Partei ist sehr straff organisiert ist, ähnlich wie die SA früher in Deutschland.

Welche Perspektive hätte eine Syriza-Regierung?

Syriza könnte bei den nächsten Wahlen die Mehrheit bekommen. Damit verbunden sind Hoffnungen auf einen Schuldenschnitt nach dem Vorbild des Londoner Abkommens von 1953, bei dem Westdeutschland ein großer Teil der Schulden erlassen wurde und der Rest über einen langen Zeitraum zurückgezahlt werden durfte. Eine solche Regierung hat aber nur dann eine Chance, wenn sie von einer aktiven und kämpferischen Massenbasis getragen und verteidigt wird. Insgesamt stehen wir vor der gewaltigen Aufgabe, eine europäische Arbeiterbewegung in kleinen Schritten von unten aufzubauen. Auf die Vorstände des Europäischen Gewerkschaftsbundes können wir uns dabei nicht verlassen.



Krise und Demokratie in Griechenland

Im Gespräch mit Pavlos Chamaris

Für diese HLZ erreichten uns gleich zwei Beiträge über die Situation unserer Kolleginnen und Kollegen in Griechenland und die Krise der Bildung. Auf Seite 23 dokumentieren wir ein Gespräch mit Vassia Chiotti und Nikos Kalogeros, die Anfang Oktober beim Gesamtschultag der GEW in Kassel zu Besuch waren.

Antje Biertümpel, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin an der Technischen Universität Darmstadt, und Ioanna Menhard, Doktorandin und Lehrbeauftragte an der Philipps-Universität Marburg, sprachen Ende Juni 2014 mit Pavlos Chamaris, dem Vorsitzenden von K.E.ME.TE, dem Forschungsinsti-

tut der griechischen Lehrgewerkschaft OLME. Das Gespräch über die aktuellen Entwicklungen im griechischen Bildungswesen fand im Rahmen eines griechisch-deutschen Forschungsprojektes zu der Frage statt, inwiefern die kollektive und multiple EU-Krise auch als individuelle Krise erfahren wird und Anlass für Bildungsprozesse ist. Zuvor hatten Antje Biertümpel und Ioanna Menhard auf der Konferenz „Critical Education In The Era Of Crisis“ an der Aristoteles-Universität Thessaloniki erste Ergebnisse ihrer Studie vorgestellt. Für die Übersetzung des Gesprächs sorgte Ioanna Menhard.

Wie würden Sie das Verhältnis von Demokratie und Bildung beschreiben?

Demokratie muss der breitere Rahmen sein, innerhalb dessen sich die pädagogischen Institutionen entwickeln und arbeiten. Wenn die Gesellschaft eine demokratische Grundlage hat, dann kann auch die Schule demokratischer arbeiten und dazu beitragen, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte zu unterstützen. Aber man kann es auch von der anderen Seite her betrachten: Wenn die Schule einem demokratischen Gedanken folgt und ihre Arbeitsweisen danach ausrichtet, kann sie auch zur Demokratisierung der Gesellschaft

beitragen. Es handelt sich also um eine wechselseitige Beziehung zwischen Schule und Gesellschaft.

Die Schule stellt ein Feld dar, auf dem der Kampf und die Konflikte um Demokratie und Menschenrechte stattfinden. Und auch wenn die gesellschaftliche Umwelt der Demokratie feindlich gegenübersteht und diese nach und nach abbauen möchte, bedeutet das nicht, dass wir nicht innerhalb der Schule dennoch für Demokratie kämpfen können – mit den Mitteln, die wir eben haben.

Gefährden die Entwicklungen der letzten Jahre in Griechenland die Demokratie?

Ein zentraler Punkt ist, dass die Krise, die ökonomische Krise, als Anlass zum Demokratieabbau genutzt wird. Ein weiteres Problem ist die Zunahme von nationalistischem und neofaschistischem Denken. Organisationen wie die *Chrysi Avgi* (Goldene Morgendämmerung) vertreten die Auffassung, dass die Demokratie Schuld an der ökonomischen Krise trage und dass die aktuellen Probleme nur durch eine Diktatur gelöst werden könnten. Außerdem erklären Neonazis und Nationalisten, dass Migrantinnen und Migranten eine Mitschuld an der ökonomischen Krise tragen würden, da sie angeblich den Griechinnen und Griechen die Arbeitsplätze wegnehmen würden.

Inwiefern wirkt sich die EU-Krise auf die Bildung und Ausbildung in Griechenland aus?

Von der Krise am schwersten betroffen sind auf der einen Seite die Migrantinnen und Migranten, auf der anderen Seite die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Griechenland. Die ökonomischen Probleme, mit denen die Ju-

gendlichen und ihre Familien umgehen müssen, reichen bis zur Unterernährung: Wir haben auch hungrige Schülerinnen und Schüler, manche werden in der Schule sogar ohnmächtig.

Die Jugendarbeitslosigkeit liegt aktuell bei etwas über 60% der 20- bis 29-Jährigen. Auch für diejenigen, die es geschafft haben, ein gefragtes Studienfach mit einem M.A. an der Universität oder der Technischen Hochschule abzuschließen, ist es wahrscheinlich, dass sie keine Arbeit finden werden. Daher fragen sich viele, welchen Sinn es noch hat zu studieren? Das sind die Probleme, denen die Jugend heute begegnet. Das gravierendste ist die Perspektivlosigkeit, die fehlende Hoffnung auf eine Zukunft.

Wie haben sich die Rahmenbedingungen pädagogischer Tätigkeit verändert?

Die Ausgaben für den Bildungsbereich werden jedes Jahr gekürzt. Sie lagen einmal bei 3,5% des Bruttoinlandsprodukts, jetzt haben sie 2% erreicht und es sieht so aus, dass die Ausgaben um weitere 0,2% gekürzt werden. In der griechischen Geschichte waren die Ausgaben für den Bildungssektor noch nie so niedrig. Viele Arbeitsplätze im Bildungsbereich wurden bereits gestrichen, weitere sollen folgen. Der gesetzlich verankerte Kündigungsschutz für den öffentlichen Sektor wurde aufgeweicht. Ein Gesetz der Regierung ermöglicht Kündigungen, wenn es nach nationalem Interesse als notwendig angesehen wird. Und in der ökonomischen Krise werden uns Massenentlassungen als nationales Interesse vorgestellt. Außerdem kann die Regierung entscheiden, dass bestimmte Arbeitsbereiche nicht mehr benötigt werden und deshalb gestrichen wer-



den, die betreffenden Personen werden entlassen. So wurde das gesamte Personal der Schulkrankenpflege für überflüssig befunden, auf einen Schlag wurden 2.000 Kolleginnen und Kollegen entlassen. In einer Übergangsfrist von sieben Monaten müssen die betroffenen Personen mit gekürztem Gehalt eine andere Stelle im öffentlichen Dienst finden. Da die Stellen im öffentlichen Sektor aber immer mehr zusammengestrichen werden, ist die Wahrscheinlichkeit doch eher gering, eine neue Stelle zu finden.

Wie wirken sich die Veränderungen im beruflichen Alltag aus?

Die Klassen werden größer, die Zahl der zu leistenden Unterrichtsstunden der Lehrkräfte steigt: mehr Stunden in der Schule, viel Bürokratie, nicht genügend Sekretärinnen. Eines der neuen Gesetze sieht eine Evaluation der Lehrkräfte vor, die bei negativer Bewertung zu Gehaltskürzungen und der zweiten negativen Bewertung sogar zur Kündigung führen kann. Die Evaluationen werden von den Schulleitungen und von Schulinspektionen durchgeführt. Wir befürchten ernsthaft, dass die Schulleitungen neben Fragen der Pünktlichkeit auch politische Äußerungen oder Kritik gegenüber dem Bildungsministerium in ihre Berichte aufnehmen. Das Evaluationsverfahren schließt außerdem von vornherein aus, dass alle Lehrkräfte positive Bewertungen erhalten können. Diesem Modell liegen im Wesentlichen ökonomische Überlegungen zugrunde. Lohnkürzungen sind von Beginn an eingeplant.

Friedensnobelpreis 2014

Der Friedensnobelpreis 2014 ging an die 17-jährige *Malala Yousafzai*, die 2012 in Pakistan auf dem Schulweg durch einen Attentäter der Taliban niedergeschossen wurde, weil sie sich für den Schulbesuch von Mädchen einsetzte, und an *Kailash Satyarthi* (60), der sich seit Jahren gegen Kinderarbeit in Indien engagiert. Als Vorstandsmitglied der *Global Campaign for Education* ist er der GEW-Stiftung *Fair Childhood* eng verbunden. GEW-Vorsitzende *Marlis Tepe* erklärte, die GEW werde nicht nachlassen, „Kinderarbeit anzuprangern und für das Recht auf Bildung für alle Kinder weltweit zu kämpfen.“

Inwiefern ist die verstärkte Zunahme von Nationalismus, Rassismus und Neonazismus im Bildungsbereich spürbar?

Rassismus gibt es in Griechenland schon lange, auch schon vor der Krise. 1997, im europäischen Jahr gegen Rassismus, zeigte eine Studie von UNICEF, dass rassistisches Denken bei Kindern, Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen an griechischen Schulen vorhanden ist. Seitdem sind die Prozentzahlen, was rassistisches Denken und eine derartige Orientierung betrifft, weiter gestiegen. Das war auch schon bei den Olympischen Spielen 2004 spürbar, doch seitdem die *Chrysi Avgi* im griechischen Parlament sitzt, verstärkten sich die Probleme. Wir müssen verstehen, dass Jugendliche in der Schule rassistische, nationalistische Gewalt und Diskriminierungen damit als gerechtfertigt und legitimiert sehen. Es gibt nämlich eine Partei im Parlament, die Gewalt als solcher zustimmt, sie als ein adäquates Mittel zur Lösung von Konflikten ansieht. Und das wirkt sich auch in den Schulen und hinsichtlich rassistischer Gewalt aus. Zur gleichen Zeit zeigt sich der Staat gleichgültig gegenüber rassistischer Gewalt. Es gibt seitens der Regierung keine Form von Intervention, die sich ausdrücklich auf die rassistische Gewalt an Schulen bezieht. Eine Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium ist in der letzten Zeit überhaupt nicht mehr möglich. Die Beziehungen kann man als feindlich bezeichnen. Unsere Gewerkschaft schließt eine Zusammenarbeit in antirassistischen Projekten nicht grundsätzlich aus, doch das Ministerium bevorzugt Nichtregierungsorganisationen. Auch die finanzielle Unterstützung der Projektförderung durch die EU läuft in der Regel über das Ministerium. Auf der anderen Seite möchte die OLME auch nicht unbedingt Mittel der EU nutzen. Von daher gibt es im Prinzip keine Mittel und wir sind auf uns gestellt.

Wie reagieren OLME und K.E.ME.TE auf die rassistischen, nationalistischen und neonazistischen Tendenzen?

Von der Gewerkschaft OLME und von K.E.ME.TE aus haben wir uns schon seit vielen Jahren mit der Rassismusproblematik beschäftigt. Zu unseren Veröffentlichungen gehört ein Ratgeber für antirassistische Bildungsarbeit von *Georgios Tsiakalos*, der kostenlos zum Download bereitsteht. Aber das was wir tun konnten, war bisher zu wenig: Der Faschismus wird wieder stärker,



auch an den Schulen. Deshalb haben wir im letzten Jahr eine Arbeitsgruppe gegründet unter dem Namen „Gruppe für Demokratie und Menschenrechte“. Wir haben uns mit Absicht nicht „Gruppe gegen die Chrysi Avgi“ genannt. Eine unserer Ausgangsfragen bei der Gruppengründung war jedoch, wie wir gegen die *Chrysi Avgi* vorgehen können. Wir haben uns verschiedene Tätigkeitsfelder als Gruppe vorgenommen, darunter

- die systematische Erfassung und Auswertung der Problemlagen in den Schulen, vor allem in Bezug auf rassistische Gewalt,
- die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und anderen relevanten Akteurinnen und Akteuren und Organisationen in Griechenland und international,
- die Organisation von Seminaren und Konferenzen zur Aufklärung und zur Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen,
- die Organisation von Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche mit kulturellem oder fachlichem Bezug,
- das Erfassen von relevanten Dokumenten, die wir auch online zur Verfügung stellen (Texte, Videos usw.) und
- die juristische Unterstützung von Schulen und Kolleginnen und Kollegen, die Probleme mit der *Chrysi Avgi* haben.

Die „Gruppe für Demokratie und Menschenrechte“ startete mit einem Aufruf an die Lehrerinnen und Lehrer. Es haben sich spontan 150 Lehrkräfte aus ganz Griechenland gemeldet. Gemeinsam gehen wir nun diese Themen an!



Hessen als Vorreiter?

Ein Blick auf die Finanzierung der Hochschulen

„Hessen schafft Wissen: Wir gestalten Zukunft.“ Unter diesem Titel hat sich der hessische Wissenschaftsminister *Boris Rhein* am 14. Oktober per Regierungserklärung an die Öffentlichkeit gewendet. Dabei erweckte er den Eindruck, dass den Hochschulen eine rosige Zukunft bevorsteht. So genieße Wissenschaft und Forschung bei der von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getragenen Landesregierung „allerhöchste Priorität“, die an „nachhaltig wirkenden Strategien und Maßnahmen“ festzumachen sei. Allerdings machte der Minister tatsächlich, jenseits von warmen Worten, auch handfeste finanzielle Zusagen. So kündigte er an, dass die Mittel in Höhe von etwa 81 Millionen Euro, die durch die Übernahme der Länderanteile am BAföG durch den Bund ab 2015 frei werden, in vollem Umfang einem „Sonderfonds Hochschule“ zufließen sollen.

Wie bereits im Koalitionsvertrag angekündigt, soll aus diesen Mitteln in der Laufzeit des nächsten Hochschulpaktes ab 2016 die Grundfinanzierung der Hochschulen jährlich um einen Prozentpunkt oberhalb der Inflationsrate angehoben werden, ohne dass dem Kürzungen an anderer Stelle entgegenstünden. Darüber hinaus sollen auch die vom Bund im Rahmen des zwischen Bund und Ländern vereinbarten Hochschulpaktes von 2016 bis 2023 aufgebracht Mittel in jeweils gleicher Höhe durch Landesmittel kofinanziert werden. Schon 2015 soll das Budget der Hochschulen um 26 Millionen auf 1,549 Milliarden angehoben werden. Das Hochschulbauprogramm HEUREKA, die „Landes-Offensive zur Entwicklung Wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz“ (LOEWE) und die Lehrsondermittel (QSL) sollen fortgeschrieben werden. Auch die Studentenwerke sollen ab 2015 pro Jahr zwei Millionen Euro zusätzlich erhalten. All dies gewährleiste „eine hervorragende Finanzierungssituation und verlässliche Planungsperspektiven“. So werde Hessen „letztlich nur noch in Konkurrenz zu Bayern und Baden-Württemberg zum Vorreiter in Deutschland.“

Etwas mehr Geld...

Es stellt sich die Frage, ob diese Ankündigungen, jenseits von politischer Rhetorik, auf eine substanzielle Verbesserung der Studien- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen schließen lassen. Dass sich die gegenwärtige Situation in Hessen von der in einigen anderen Bundesländern wie etwa dem Saarland oder Sachsen-Anhalt unterscheidet, ist anzuerkennen. Dort drohen angesichts der Sparpolitik der jeweiligen Landesregierungen drastische Einschnitte in die Hochschullandschaft. Um die Versprechen der Landesregierung fundiert bewerten zu können, reicht es allerdings bei weitem nicht aus, sich auf absolute Zahlen zu beschränken, die bei Millionenbeträgen zunächst immer als „viel Geld“ erscheinen. Vielmehr müssen diese Beträge in Relation zu geeigneten Vergleichsgrößen betrachtet werden. Darüber hinaus ist auch zu fragen, welche strukturellen Probleme mit den vorgesehenen Finanzierungsmodalitäten verbunden sind.

Das Statistische Bundesamt legt in seiner Broschüre „Hochschulen auf einen Blick“ jährlich zentrale Kennziffern vor. Eine davon ermittelt die finanzielle Ausstattung der Hochschulen in Relation zur Zahl der Studierenden. Das ist eine sinnvolle Vorgehensweise, denn selbstverständlich hängt der von den Hochschulen zu erbringende Aufwand für die akademische Ausbildung in ers-

ter Linie von der Zahl der Studierenden ab. Es zeigt sich, dass die pro Studentin und Student bereitgestellten Mittel bundesweit zwischen 2004 und 2010 von 9.120 auf 8.510 Euro pro Jahr abgesunken sind. Darüber hinaus ist auch der Verlust der Kaufkraft zu bedenken, so dass sich eine deutliche Verschlechterung der Finanzsituation abzeichnet, die im Studien- und Arbeitsalltag von unterfinanzierten Hochschulen sehr deutlich spürbar ist.

...für viel mehr Studierende

An den Fachhochschulen hat sich die Finanzsituation – auf deutlich niedrigerem Niveau – noch drastischer verschlechtert. Hessen unterscheidet sich vom Bundesdurchschnitt insofern, als die Finanzausstattung der Universitäten wie auch der Fachhochschulen deutlich geringer als im Bundesschnitt ausfällt. Einzig in den Jahren von 2006 bis 2008 war die Situation der hessischen Universitäten etwas günstiger, was weniger auf eine bessere Finanzausstattung als auf rückläufige Studierendenzahlen in diesen Jahren zurückzuführen sein dürfte.

Noch aussagekräftiger für die Beurteilung der Studienbedingungen ist das Verhältnis zwischen der Studierendenzahl und den Lehrenden. Hierbei werden alle Lehrenden außerhalb der Humanmedizin, die nicht in Drittmittelprojekten beschäftigt sind, herangezogen und auf Vollzeitäquivalente umgerechnet.

Tabelle 1: Jährliche Ausgaben pro Studentin und Student (1)

	Universitäten		Fachhochschulen	
	Deutschland	Hessen	Deutschland	Hessen
2004	9.120 Euro	8.310 Euro	4.820 Euro	-
2005	8.220 Euro	7.130 Euro	4.130 Euro	-
2006	8.390 Euro	9.180 Euro	3.990 Euro	-
2007	8.420 Euro	9.520 Euro	3.720 Euro	3.130 Euro
2008	8.650 Euro	8.690 Euro	3.740 Euro	3.480 Euro
2009	8.540 Euro	8.210 Euro	3.890 Euro	3.500 Euro
2010	8.510 Euro	8.100 Euro	3.970 Euro	3.520 Euro

(1) Laufende Ausgaben, die der Hochschulträger pro Jahr je Studierenden für Forschung und Lehre zur Verfügung stellt (Quelle: Statistisches Bundesamt: Hochschulen auf einen Blick, 2006 – 2013)

Es zeigt sich, dass Lehrende an hessischen Universitäten 2011 im Durchschnitt mit 21,2 Studierenden zweieinhalb Studierende mehr betreuen als im Bundesdurchschnitt. An hessischen Fachhochschulen kommen mit durchschnittlich 29,7 sogar fünfeinhalb Studierende mehr auf eine Lehrperson. In Hessen haben sich die Betreuungsrelationen sowohl an den Universitäten wie auch an den Fachhochschulen von 2004 bis 2011 deutlich verschlechtert. Zahlen für jüngere Jahre wurden bislang leider noch nicht vorgelegt. Da die Zahl der Studierenden jedoch ab dem Wintersemester 2010/2011 bis zum laufenden Wintersemester 2014/2015 um ein weiteres Fünftel auf nunmehr 237.800 Studierende angestiegen ist, kann von einer weiteren Verschlechterung dieser Kennziffern ausgegangen werden.

Falsch verteilt

Vor diesem Hintergrund sind die zugesagten Verbesserungen für die hessischen Hochschulen nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein! Das kann anhand einer einfachen Überschlagsrechnung verdeutlicht werden: Um die Finanzausstattung der Hochschulen auf das durchschnittliche bundesdeutsche Niveau anzuheben, müssten pro Studierendem etwa 420 Euro im Jahr zusätzlich aufgewendet werden. Bei der oben genannten Studierendenzahl, davon ein Drittel an Fachhochschulen, kommt so ein Bedarf von zusätzlichen 100 Millionen Euro zustande. Somit reicht auch die vollständige Verwendung der mit jährlich 81 Millionen Euro taxierten BAföG-Mittel nicht aus, um lediglich den Durchschnitt der Bundesländer zu erreichen. Die beste Finanzausstattung, bezogen auf die Zahl



Bildungsstreik am 25.6.2014 in Wiesbaden (Foto: Clara Veit)

der Studierenden an Universitäten, ermittelt das Statistische Bundesamt mit 12.000 Euro nicht für Bayern oder Baden-Württemberg – sondern für Niedersachsen. Auch die niedersächsischen Fachhochschulen erhalten pro Studentin und Student deutlich höhere Mittel. Um das niedersächsische Niveau zu erreichen, wären in Hessen zusätzlich über 700 Millionen Euro pro Jahr erforderlich. Und auch dann wären wir noch weit von einer Ausstattung entfernt, wie sie etwa in den skandinavischen Ländern gegeben ist.

Neben der unzureichenden Gesamthöhe ist aber auch die Struktur der Hochschulfinanzierung zu problematisieren. In den vergangenen Jahren haben Drittmittel deutlich an Bedeutung gewonnen, während die Grundfinanzierung der Hochschulen bestenfalls stagnierte. Nun ist zwar die ab 2016 angekündigte leichte Erhöhung der Grundfinanzierung ein Schritt in die richtige Richtung, doch fällt diese viel zu verhalten aus.

Der Bedeutungszuwachs von Drittmitteln bringt mehrere Probleme mit sich: Da sie grundsätzlich nur für eine bestimmte Zeitdauer gewährt werden,

erfolgt auch die Einstellung von wissenschaftlichem Personal in Drittmittelprojekten fast ausschließlich befristet. Dass die wettbewerbliche Drittmittelvergabe über begrenzte Zeiträume tatsächlich wie behauptet die wissenschaftliche Innovation fördert, darf eher bezweifelt werden. *Thomas Eschenhagen*, Direktor des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, hat die Auswirkungen am Beispiel der Entwicklung eines Ebola-Impfstoffs beschrieben:

„Wir leben an den Universitäten zunehmend von der Hand in den Mund. Vielerorts sind die Universitäten von Grundförderungsmodellen umgestiegen auf Projektfördermodelle. In der Praxis bedeutet das, dass wir gegen eine permanent schrumpfende Grundausrüstung kämpfen und den Großteil unseres Bedarfs über Drittmittelverträge reinholen müssen. Diese Projekte laufen über ein, drei oder maximal fünf Jahre. Diese Zeitspannen sind viel zu kurz, um so etwas Mühsames wie Arzneimittel zu entwickeln.“ (taz vom 26.1.2014)

Darüber hinaus haben die Hochschulen unterschiedliche Erfolgchancen in der Einwerbung von Drittmitteln, die weniger mit wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit als mit Netzwerken und Renommee zusammenhängen. Das lässt sich an der hessischen Drittmittelförderung im Rahmen von LOEWE illustrieren: Die Mittel fließen überwiegend an die TU Darmstadt und die Goethe-Universität Frankfurt, in geringeren Ausmaßen auch an die mittelhessischen Universitäten. Die Universität Kassel und die Fachhochschulen profitieren hingegen kaum. Im Haushaltsjahr 2012 wurden insgesamt 100 Millionen Euro für LOEWE bereitgestellt. Da LOEWE fortgesetzt werden soll, können die dafür erforderlichen Mittel nicht für die Grundfinanzierung genutzt werden, wo sie deutlich sinnvoller eingesetzt wären.

Roman George

Tabelle 2: Studierende pro Lehrkraft (1)

	Universitäten		Fachhochschulen	
	Deutschland	Hessen	Deutschland	Hessen
2004	18,0	16,7	25,4	26,9
2005	18,2	16,9	25,5	25,6
2006	18,2	17,9	26,5	26,9
2007	17,6	16,6	26,0	25,3
2008	17,9	18,7	25,3	27,5
2009	17,9	19,6	24,3	29,3
2010	17,9	20,3	23,7	29,0
2011	18,8	21,2	24,1	29,7

(1) Studierende im Verhältnis zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten ohne Humanmedizin und ohne drittmittelfinanziertes Personal (Quelle: Statistisches Bundesamt: Hochschulen auf einen Blick, 2006 – 2013)

Doctor indignus

Zur Aberkennung des Doktorgrads wegen „Unwürdigkeit“

Beim Entzug des Doktorgrades mehrerer Politiker in den letzten Jahren haben die jeweils zuständigen Universitäten, soweit öffentlich bekannt, nur Fragen des wissenschaftlichen Handwerkes zu Grunde gelegt. Rechtsgeschichtlich ist das ein Gewinn, doch nicht alle Verteidiger der plagiatsverdächtigen Bundesbildungsministerin Schavan waren sich dessen bewusst, dass bei Dissertationen das schriftstellerische Urteil nicht das wissenschaftliche überblenden soll.

Die bisherige Rechtsprechung, den überkommenen und schwammigen Begriff der „Unwürdigkeit“ für den Dokortitel auf „wissenschaftsbezogene Verfehlungen“ zuzuschneiden, wurde vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit einem verfahrensrechtlichen Beschluss vom 3. September 2014 bestätigt (1 BvR 3353/13). Dem Beschwerdeführer war der Dokortitel aberkannt worden, allerdings nicht wegen Fälschungen oder Plagiaten in der Doktorarbeit, sondern wegen manipulierter Ergebnisse bei späteren Forschungsarbeiten. Die Kammer stellte insbesondere klar, dass eine Auslegung des Merkmales der „Unwürdig-

keit“, die sich nur auf die Besonderheiten der Wissenschaft und die Bedeutung akademischer Titel bezieht, mit den verfassungsrechtlichen Anforderungen des Bestimmtheitsgebots vereinbar ist.

Den Beschwerdeführer hatte eine badische Universität 1988 zum Doktor der Naturwissenschaften promoviert. Im Jahr 2002 erhob eine Forschungseinrichtung in den USA, wo er nach seiner Promotion arbeitete, den Vorwurf, er habe Daten seiner Versuche manipuliert und falsch dargestellt. Das bestätigte die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die ihn als Postdoktoranden gefördert hatte, zwei Jahre später. Der heimatische Promotionsausschuss entzog ihm im Jahr 2004 wegen seines Fehlverhaltens den Doktorgrad.

Erstinstanzlich gab das Verwaltungsgericht der Klage des Physikers statt, denn das wissenschaftsbezogene Verständnis des im damaligen Hochschulgesetz enthaltenen Begriffes der Unwürdigkeit sei verfassungsrechtlich nicht zulässig und die Unwürdigkeit auf Fälle besonders zu missbilligender Straftaten zu beschränken. Seine Klagen beim Verwaltungsgerichtshof (VGH) und beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) scheiterten, denn die wissenschaftsbezogene Tatbestandsauslegung, die gemäß Landeshochschulgesetz an ein „späteres Verhalten“ anknüpft, sei hinreichend bestimmt.

Der VGH hatte bereits in früheren Entscheiden betont, unwürdig sei man auch durch Fälschungen außerhalb der Dissertation. Bei solchem Mangel an Redlichkeit gehe es auch darum, wegen seiner besonderen Bedeutung Mutmaßungen über die wissenschaftliche Zuverlässigkeit aus dem Titel zu beenden. Davon unterscheidet der VGH akademische Grade, die auf einen berufsqualifizierenden Abschluss abheben, denn sie wiesen nur einen erreichten Ausbildungsstand nach. Für das BVerfG ist dem verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebot beim Begriff der „Würdigkeit“ dann Genüge getan,

„wenn sich aus der gesetzlichen Regelung und ihrer Zielsetzung richtungsweisende Gesichtspunkte für die Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe ergeben. Zwar

ist der Begriff der Würdigkeit an sich un-scharf. Er lässt sich im Wissenschaftsrecht jedoch durch Wesen und Bedeutung des akademischen Grads präzisieren. Ein solches wissenschaftsbezogenes Verständnis erzwingt eine restriktive Handhabung, da sich die Würdigkeit unmittelbar auf die mit dem Doktorgrad verbundene fachlich-wissenschaftliche Qualifikation bezieht.“ Das BVerwG habe zutreffend darauf hingewiesen, dass die Unwürdigkeit ausschließlich wissenschaftsbezogen auszulegen ist und die Entziehung eines akademischen Titels etwa bei Verfehlungen außerhalb des Wissenschaftsbetriebs nicht in Betracht kommt:

„Es verstieße gegen das Bestimmtheitsgebot, für eine Entscheidung über die Unwürdigkeit Kriterien heranzuziehen - wie eine Enttäuschung traditioneller gesellschaftlicher Vorstellungen über den Doktorgrad -, die keine gesetzliche Grundlage haben. Die Hochschulen sind zur Abgabe und Durchsetzung solcher außerhalb der Wissenschaft angesiedelter Werturteile nicht berufen.“

Auch der mittelbare Eingriff in die Berufs- und die Wissenschaftsfreiheit (Art. 12 und 5 GG) des Beschwerdeführers sei angemessen.

Nach dem Landeshochschulgesetz kann der von einer baden-württembergischen Hochschule verliehene Hochschulgrad entzogen werden, wenn sich der Inhaber „durch sein späteres Verhalten der Führung des Grades als unwürdig erwiesen hat“ (§ 36 Abs.7). Rechtsgeschichtlich kam auch außerwissenschaftliches Verhalten in Betracht. 2005 formulierte das Gesetz bei der Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse genauer: „Umstände, die mit dem Wert der Qualifikation (...) nicht zusammenhängen, dürfen nicht berücksichtigt werden.“ (§ 37 Abs.7)

Das „Gesetz über die Führung akademischer Grade“ aus der NS-Zeit wurde erst 2010 aufgehoben. Nach § 4 des Gesetzes vom 7. Juni 1939 konnte ein akademischer Grad wieder entzogen werden, wenn sich

- *„nachträglich herausstellt, daß er durch Täuschung erworben worden ist, oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrtümlicherweise als gegeben angenommen worden sind,*



- *nachträglich herausstellt, daß der Inhaber der Verleihung eines akademischen Grades unwürdig war,*
- *der Inhaber durch sein späteres Verhalten der Führung eines akademischen Grades unwürdig erwiesen hat“.*

In der Folge verloren viele Menschen ihren Grad wegen Politik oder Rasse. Der Marburger Strafrechtler *Erich Schwinge* hatte damals als Juristendekan den Rektor beschiedenen, „gerade in der neuen Zeit“ sei das rechtens. Bereits in der Weimarer Republik wurde

dem Heidelberger Mathematiker *Emil J. Gumbel* nach pazifistischen Reden außerhalb der Hochschule die Lehrbefugnis entzogen. Zuvor hatte er belegt, dass die Justiz politische Untaten links vielfach heftiger verfolgte als rechts.

1964 hatte ein orientalischer Medizinstudent als Mitglied des AstA der Universität Marburg einen Rundbrief versandt, in dem sein König als Diktator beschrieben wurde. Der Ordinarius für Handelsrecht *Schwarz* betrieb daraufhin eifrig das *Consilium Abeun-*

di, weil der Rundbrief gegen die hiesigen außenpolitischen Belange verstöße. Der Senat vertrieb den Ausländer an eine andere Universität.

Das jüngste Urteil des BVerfG bestätigte die bisherige Rechtsprechung, nach der der Gesetzgeber den promovierenden Fachbereich ermächtigen darf, den Doktorgrad auch wegen anderer Fälschungen zu entziehen. Ob er es muss, steht auf einem anderen Blatte.

Ulrich J. Heinz

Josef Mengele und die Goethe-Universität

Beim offiziellen Festakt zum 100-jährigen Bestehen der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe Universität kamen weder Bundespräsident *Joachim Gauck* noch Unipräsident *Werner Müller-Esterl* umhin, auch die Geschichte der Universität in der Zeit des Nationalsozialismus zu erwähnen. Gauck erinnerte daran, dass sich die Universität „sehr schnell und sehr gründlich von ihren jüdischen Lehrenden und Lernenden trennte“, Müller-Esterl sprach vom „Versagen unserer Professenschaft und Studierendenschaft“.

Deutlichere Akzente setzte eine Veranstaltung der Forschungsstelle NS-Pädagogik unter Leitung des GEW-Kollegen *Benjamin Ortmeier* (auf dem Foto beim Grußwort von *Eva Schulz-Jander* von der Buber-Rosenzweig-Stiftung). Ortmeier stellte vor großem Auditorium am 27. Januar seine Recherchen über den weltweit bekanntesten Verbrecher vor, der an der Goethe-Universität promoviert hat: *Josef Mengele* promovierte 1938 an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und arbeitete dort als Assistent von *Prof. Dr. Vershuer* am Institut für Rassenhygiene und Erbbiologie. Später war er als Rassengutachter an der Goethe-Universität und später als mörderischer SS-Arzt im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau tätig, bis er schließlich unter falschem Namen nach Südamerika floh. Zu den Besonderheiten der Nachkriegszeit gehört, dass der deutsche Botschafter in Argentinien Mengele später trotz allem einen deutschen Reisepass auf seinen richtigen Namen ausstellte. Der Fall Mengele zeigt, wie ein Nazi-Verbrecher, der bei der Selektion an der



Rampe, im Krankenbau und in einzelnen Blocks in Auschwitz-Birkenau unzählige Menschen in den Tod schickte und „medizinische“ Versuche an Zwillingkindern und anderen Häftlingen durchführte, seiner Strafe entgehen konnte.

Andere konnten ihre wissenschaftliche Karriere nach 1945 nahezu ungestört fortsetzen, so Mengeles ehemaliger Vorgesetzter Otmar von Vershuer. Viele hätten Vershuer gern wieder an der Goethe-Universität gesehen, aber aus Sorge um einen möglichen Reputationsverlust in der Weltöffentlichkeit entschied man sich gegen eine erneute Berufung, attestierte ihm aber zugleich, dass er angeblich „alle Qualitäten besitzt, die ihn zum Forscher und Lehrer akademischer Jugend prädestinieren“.

Hermann Langbein und anderen Auschwitz-Überlebenden gelang es, die Goethe-Universität dazu zu bewegen, ein Verfahren gegen Mengele zur Aberkennung des Dokortitels einzuleiten. Per Aushang wurde der gesuchte Massenmörder aufgefordert, sich am 6. Juli 1961 „im Dienstzimmer des Rektors“ zu melden. Bis 1964 versuchte Mengele – letztlich vergeblich – gegen die Aberkennung des Doktorgrads vorzugehen. Die Recherchen Ortmeiers und zahlreiche Dokumente sind jetzt als Buch verfügbar. Einen Videomitschnitt der von der GEW Hessen unterstützten Veranstaltung findet man auf der Homepage der Forschungsstelle NS-Pädagogik <http://forschungsstelle.wordpress.com>.

Benjamin Ortmeier unter Mitarbeit von Katharina Rhein und Mirja Keller: Jenseits des Hippokratischen Eids. Josef Mengele und die Goethe-Universität. Verlag Protogoras Academicus Frankfurt, 14,80 €



Foto: David Schommer

Klassenkampf 2.0

Zum Beispiel: Maredo auf der Fressgass

Die Steakhauskette Maredo hat in Deutschland 57 Filialen. In weniger als 10 Prozent der Filialen existiert ein Betriebsrat. Dazu gehörte die Maredo-Filiale auf der Frankfurter Geschäfts- und Flaniermeile „Fressgass“. Die Machenschaften des dortigen Managements sind ein besonders skandalöses Beispiel für „Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung“, die *Elmar Wigand* und *Werner Rügemer* in ihrem neuen Buch „Die Fertigmacher“ analysieren.

Maredo wurde als Mittelstandsunternehmen groß und lukrativ und deshalb wie viele vergleichbare Unternehmen von dem *Private Equity-Fonds ECM*, einer „Heuschrecke“, aufgekauft. Solche Investoren wollen die Kosten rigoros senken, worunter auch die Löhne der Beschäftigten fallen. Und das ist umso leichter, je weniger Betriebsräte es gibt.

Die meisten der Beschäftigten der Frankfurter Filiale waren Mitglieder der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG). Die Löhne waren im Vergleich mit anderen Betrieben der Systemgastronomie hoch, Mitglieder des Betriebsrats sorgten zudem in der Tarifkommission der NGG auch überbetrieblich für eine starke Interessenvertretung. Hier engagierte die Geschäftsleitung nun der Reihe nach folgende Profis: Zunächst zwei Wirtschaftsde-

tekteien, die mit einem verdeckten Ermittler und mit einer heimlichen Videoinstallation Belege für Kündigungen beschaffen sollten, etwa wegen eines „Diebstahls“ von Brotkanten oder ähnlichem. Eines Abends nach Betriebschluss half dann eine **Sicherheitsfirma** bei der überraschenden Einsperrung der Beschäftigten im Restaurant. Dann trat die **Arbeitsrechtskanzlei Buse, Heberer und Fromm** auf, die die eingesperrten Beschäftigten dazu brachte, vorbereitete Selbstkündigungen zu unterschreiben. Als Beschäftigte und Betriebsräte hiergegen dann gerichtlich vorgehen und es zu öffentlichen Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht kam, kümmerte sich die **PR-Agentur Alt und Cramer** darum, die Beschäftigten öffentlich mit Schmutz zu bewerfen und ihre Anliegen in Misskredit zu bringen. Der Agenturmitarbeiter war bereits während der Einsperrung der Beschäftigten anwesend gewesen. Die spezialisierte **Medienkanzlei Schertz und Bergmann** wirkte schließlich auf Redaktionen ein, um unter anderem die Wiederholung eines kritischen TV-Berichts auf RTL zu verhindern sowie einen Beitrag des ZDF bereits während der Vorbereitungsphase zu vereiteln. Gleichzeitig hatte Maredo eine weitere PR-Agentur namens **Faktenkontor** beauftragt, das Unternehmen in die Umfrage „Berlins beste Arbeitgeber“ einzubeziehen. Das führte

dann dazu, dass Maredo von **Faktenkontor** das Zertifikat bekam, zu „Berlins besten Arbeitgebern“ gezählt werden zu können. Dieses Umfrageergebnis ließ die in ihrem Image angeschlagene Firma sofort per Pressemitteilung verbreiten. Nach einem quälenden Jahr war der Betriebsrat zerschlagen, die Beschäftigten wurden weitgehend ausgetauscht und die Löhne sind heute niedriger als vorher.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die Arbeitsverhältnisse werden prekärer und prekärer. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird mehr und mehr privatisiert. Und statt eines wirksamen Kampfes gegen Armut hat die Regierung offenbar den Armen im Lande den Kampf angesagt. Rentenkürzungen, Hartz IV, Druck und Angst und Arbeitszwang zu egal welchen Bedingungen – das sind einige der Auswirkungen.

Hilfstruppen des Union Busting

Warren Buffet, der aktuell drittreichster Mensch der Welt, brachte die Entwicklung auf folgenden Punkt:

„*Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.*“

Doch von Klassenkampf, Klassenanalyse oder Klassenkrieg will niemand etwas wissen. Da sind es dann dumme oder korrupte Regierungen, die sich den falschen Theorien verschrieben oder Herren angedient haben. Da kritisieren Konservative „Verschwörungen“ gegen das Volk, sprechen Marxisten vom „stummen Zwang der gesellschaftlichen Verhältnisse“. Dass eben diese Verhältnisse jedoch auch Profiteure und konkrete Akteure kennen, deren „Geschäft“ das Elend der anderen ist, gerät hierbei schnell aus dem Blick.

Dagegen streiten *Elmar Wigand* und *Werner Rügemer* in ihrem Buch „Die Fertigmacher“, einer Fortschreibung der zuvor in der Studie „Union Busting in Deutschland“ im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung zusammengetragenen Erkenntnisse. Die Autoren untersuchen darin jene Schattenseiten



des vermeintlichen deutschen Jobwunders, die in den Medien weitgehend ausgeblendet bleiben. Sie stoßen auf die Verletzung von Menschenrechten und geltenden Gesetzen durch aggressive Unternehmer und ihre Berater. Zu den Leidtragenden gehören Beschäftigte in Branchen und Unternehmen wie Discountern, Paketdiensten, Speditionen oder Systemgastronomie und im Niedriglohnsektor sowie Arbeitssuchende, die mit Hilfe der Jobcenter in miserable Verhältnisse gepresst werden. Die Gründung von Betriebsräten ist heute, in Zeiten des so genannten Union Busting, der professionellen und bisweilen kriminellen Bekämpfung von Gewerkschaften, oft ein gefährliches Abenteuer. Diese „Fertigmacher“ sind die „Hilfstruppen“, ohne die im heutigen Kapitalismus kein größeres Unternehmen mehr auszukommen meint. Diese bestehen aus drei verschiedenen Gruppen:

- Die erste Gruppe sind diejenigen, die direkt mit den Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaftern zu tun haben: Arbeitsrechtsanwälte, Wirtschaftsdetektive, Überwachungsspezialisten, auf Medienrecht spezialisierte Kanzleien, Unternehmensberater, „christliche“ Gewerkschaften und „gelbe“ Betriebsräte.
- Die zweite Gruppe besteht aus dem großen Spektrum der Unternehmerlobby: Unternehmensstiftungen, verdeckt finanzierte Universitätsinstitute für Arbeitsrecht und andere. Sie machen wissenschaftliche Zuarbeit, veranstalten Konferenzen, bilden Arbeitsrichter und Arbeitsrechtsanwälte aus. Zu dieser Gruppe gehören auch die traditionellen Unternehmerverbände wie BDI, BDA und Gesamtmetall, die politische Lobbyarbeit am Regierungssitz machen, und die neuen Arbeitgeberverbände, die sich zum Beispiel im Bereich der Postzustelldienste, der Leiharbeit und der Werkvertragsarbeit etabliert haben.
- Die dritte und letzte Gruppe wird vom Staat selbst gebildet. Er verändert Rahmenbedingungen, zum Beispiel durch die vier Hartz-Gesetze, die sich zudem laufend weiter verändern. Die Agentur für Arbeit und die Jobcenter disziplinieren dabei einen Teil der Reservearmee der Niedriglöhner. Sie und die Arbeitslosen sind die größten Zulieferer der Leiharbeitsbranche. Und auch die Europäische Kommission fördert europaweit prekäre Arbeitsverhältnisse. Sie setzt zusammen mit dem Internati-

onalen Währungsfonds (IWF) sowie der Europäischen Zentralbank (EZB) Tarifverträge außer Kraft und beschränkt die Handlungsfreiheit von Gewerkschaften, etwa bei der „Sanierung“ von Staatshaushalten.

Und all diese „Profis“ werden bei Bedarf engagiert und eingebunden, um die Interessen der Nicht-Besitzenden zu marginalisieren und deren Durchsetzung zu bekämpfen. Durch ihren Einsatz ist heute bisweilen die gesetzlich garantierte Wahl eines Betriebsrates zu einem riskanten Abenteuer geworden. Wer etwa in einem Call Center, einer Reinigungsfirma, einer Gastronomieketten- oder in einem patriarchalisch geführten, bisher betriebsratsfreien Unternehmen einen Betriebsrat gründen will, dem drohen Strafversetzung, Kündigung und Arbeitslosigkeit. Derlei Optionen sind den Unternehmen dabei viel wert, denn sie rentieren sich für sie. Sie zahlen die Honorare schließlich dafür, dass auf unbezahlte Überstunden, hohe Flexibilität, Kürzungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld und anderes keine betriebsrätliche Gegenwehr einsetzen und somit die Profitmaximierung ungestört forciert werden kann.

Was man heute „Globalisierung“ und „Deregulierung“ nennt, ist daher, so Wigand und Rügemer, auch eine riesige „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“ für die genannten Hilfstruppen. Ob bei Kauf und Verkauf von Unternehmen, bei der Aufspaltung in kleinere Einheiten, bei der Auslagerung ins Ausland oder bei Aufträgen an Subunternehmen – die Unternehmenschefs suchen immer nach neuen Möglichkeiten, um Löhne zu drücken, Arbeitsplätze abzubauen, neue Lohnsysteme einzuführen und Sozialpläne knapp zu halten.

Transnationaler Kapitalismus

Um auf den „Klassenkampf von oben“ mit angemessenen Maßnahmen reagieren zu können, braucht es auch die Erkenntnis, dass Kritik in nationalen Schubladen inzwischen obsolet geworden ist. Die Klasse der Besitzenden versteht sich nämlich längst international und agiert auch entsprechend.

Die transnationale kapitalistische Klasse macht etwa 0,0001 Prozent der Bevölkerung aus, die der gegenwärtig in linken und liberalen Kreisen überschwänglich gelobte französische Starökonom *Thomas Piketty* in seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ allerdings komplett ignoriert. Stattdes-



sen begnügt er sich als Datengrundlage mit der Liste der reichsten Milliardäre aus der US-Zeitschrift *Forbes*. Er rechnet zu deren Vermögen alles Mögliche zusammen: Kontostand, Immobilien, Yachten und Unternehmensanteile. Das bewegt sich auf BILD- und Illustrierten-niveau. Ihn kümmert nur die Verteilung des Reichtums, nicht aber seine Organisationsform und sein Machtgeflecht: „*Es ist nicht meine Absicht, im Namen der Arbeitnehmer gegen die Besitzenden zu Felde zu ziehen.*“

Mit diesen Begriffen diskreditiert er zugleich die Problemlage, vor der wir heute stehen: Es geht nämlich *nicht* nur um Arbeitnehmerinteressen, sondern um die Interessen der Mehrheit, und es geht *nicht* um einen altertümlichen Feldzug, sondern um eine umfassende Strategie für die Durchsetzung der Interessen der Armen und Ausgegrenzten. Und am Beginn einer solchen Arbeit muss zuerst einmal das Verständnis über den herrschenden „Klassenkampf“ stehen. Dazu ist es unabdingbar, Wirkzusammenhänge zu erkennen, Netzwerke offenzulegen und die Profiteure und konkreten Akteure zu benennen.

Jens Wernicke

Rügemer, Werner / Wigand, Elmar: Die Fertigmacher. Arbeitsrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung, PapyRossa Verlag 2014. ISBN 978-3-89438-555-2.

(1) Download: <https://www.otto-brenner-shop.de> > OBS-Arbeitshefte > Heft 77 Union-Busting in Deutschland

Basiswissen für Schulbibliotheken

In Zeiten der Digitalisierung und des Googelns als verbreitetste Form der Informationsgewinnung bei jungen Leuten ist es für Buchverlage zunehmend schwer, substanzielles Material vorzuhalten. Unter solchen Bedingungen ist es ein anspruchsvolles Projekt, relevante Themen aus Geschichte, Politik und Ökonomie in handhabbaren Formaten zusammenzustellen, so dass daraus für interessierte Laien ein erster fundierter Überblick gegeben wird. Der Kölner PapyRossa Verlag, der vor gut 20 Jahren aus dem Pahl-Rugenstein-Verlag hervorging, hat sich mit der Reihe „Basiswissen“ an ein solches Projekt gewagt.

Im Herbst 2010 machte Professor Georg Fülberth (Philipps-Universität Marburg) mit den Bänden *Kapitalismus* und *Sozialismus* den Aufschlag. Inzwischen umfasst die Reihe über 20 Titel aus verschiedenen Bereichen der politischen und gesellschaftlichen Debatten. Auf jeweils etwa 130 Seiten arbeiten die Verfasser ihr Thema so auf, dass historische oder gegenwärtige Erscheinungsformen und Probleme

beschrieben und unterschiedliche theoretische Erklärungsansätze diskutiert werden.

Das Spektrum umfasst im geschichtlichen Teil mittlerweile Themen wie *Die Pariser Kommune*, *Deutschland und der erste Weltkrieg*, *Der Spanienkrieg 1936-39*, *Zweiter Weltkrieg*, *Die italienische Resistenza*, *Geschichte der BRD*, *Geschichte der DDR*, *Der Vietnamkrieg* und *Die Nelkenrevolution in Portugal*. All dies sind Themen, die in Schulbüchern und im unterrichtlichen Alltag oftmals unterbelichtet werden oder deren Behandlung durch eine bestimmte Geschichtsperspektive dominiert wird. Die Bände versuchen hier einen alternativen Blick aus historisch-kritischer Perspektive zu entwickeln.

Den zweiten Schwerpunkt der Reihe bilden Grundbegriffe der politischen Debatte. Bislang liegen Bände zu folgenden Begriffen vor: *Antifaschismus*, *Demokratie*, *Faschismus*, *Feminismus*, *Imperialismus*, *Kapitalismus*, *Marxismus*, *Rechtspopulismus*, *Sozialismus* und *Staatsmonopolistischer Kapitalismus*. Die

Autoren erläutern dabei die historischen und theoretischen Hintergründe der Begriffe und zeichnen die praktischen Konsequenzen dieser Analysen nach.

Mit dem Band über die *Europäische Union* macht die Reihe deutlich, dass auch tagesaktuelle Themen zukünftig in den Blick genommen werden sollen.

Autorinnen und Autoren wie Frank Deppe, Gerhard Feldbauer, Gerd Fesler, Georg Fülberth, Florian Grams, Kurt Pätzold, Peter Rau, Jörg Rösler, David Salomon, Andreas Wehr und Gerd Wiegel sind im weitesten Sinne mit dem politischen und didaktischen Ansatz der Marburger Schule *Wolfgang Abendroths* verbunden. Die Reihe ist insbesondere für die Bibliotheken von Schulen mit Oberstufe und für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit geeignet. 9,90 Euro pro Band stellen keine übermäßige Belastung der meist zu kleinen Bibliotheksetats dar. Weitere Informationen findet man unter <http://shop.papyrossa.de>.

Dr. Ulrich Schneider
Berufliche Schulen Bebra

Ein geschlossenes System

Ein Aufsatz in der Zeitschrift *Soziale Welt* (www.soziale-welt.nomos.de > Archiv > Heft 4/2013) bestätigt einmal mehr die hohe Selektivität des deutschen Bildungssystems, die in den Hochschulen besonders evident ist. Christina Möller, Doktorandin am Lehrstuhl des Elitenforschers Michael Hartmann an der Technischen Universität Darmstadt, untersuchte die Berufungspraxis an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. In Übereinstimmung mit einschlägigen Befunden der Bildungsforschung, die auf einen engen Zusammenhang zwischen der Erreichung hoher Bildungstitel und einer sozio-ökonomisch privilegierten sozialen Herkunft verweisen (1), stammen die untersuchten Professorinnen und Professoren zu einem Drittel (34%) aus der „höchsten“ und nur zu geringen Anteilen (11%) aus der „niedrigen“ Herkunftsgruppe, während die Anteile aus der „mittleren“ und „gehoben“

Herkunftsgruppe je 27% betragen. Zeitverlaufsanalysen des Datenmaterials zeigten dabei, dass in den letzten 20 Jahren durch einen Anstieg der Berufungen aus der höchsten Herkunftsgruppe die Selbstrekrutierungspraxis aus den statushohen Gesellschaftsschichten zugenommen hat (2).

Unter den Professorinnen ist die soziale Selektion noch stärker. Der Anteil von Professorinnen mit „höchster“ sozialer Herkunft liegt aktuell bei 37%, bei den Professoren sind es nur 32%. Nur 7% der Professorinnen haben eine „niedrige“ soziale Herkunft, bei den Männern hingegen sind es 12%. Hartmann sieht in diesen Befunden einen möglichen Zielkonflikt begründet:

„Wenn man nur die Frauenquote im Auge hat, dann kann und wird das dazu führen, dass eben ‚Bürgertöchter‘ in größerer Zahl höhere Positionen erreichen. Aber eben nicht auf Kosten der Bürger-, son-

dern auf Kosten der Arbeitersöhne. Bei der Diskussion um Diversität sollte daher darauf geachtet werden, diese nicht auf die Geschlechterfrage zu verkürzen. Die Klassenzugehörigkeit muss mindestens die gleiche Bedeutung haben.“

Auch bei den Juniorprofessuren greift die soziale Auslese: Nur 7% der Juniorprofessorinnen und -professoren stammen aus der „niedrigen“, 62% aus der „höchsten“ Herkunftsgruppe. Sollten sich diese Professuren weiter verbreiten, rechnet Möller zukünftig mit einer noch schärferen „sozialen Schließung der Universitätsprofessur“.

Jens Wernicke

(1) siehe Michael Hartmann, Leistung oder Habitus? Das Leistungsprinzip und die soziale Offenheit der deutschen Wirtschaftselite (www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/mhn_muenster.pdf)

(2) vgl. auch: Jens Wernicke, Hochschule im historischen Prozess (<http://astafu.blogspot.de/> > Suche: Wernicke)

Roma in Frankfurt

Mit etwa 10 Millionen sind die Roma die größte Minderheit in der Europäischen Union, in Deutschland leben nach Schätzungen des Europarats etwa 105.000 Roma. Im September belegte eine Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, dass die große Mehrheit der Deutschen sehr wenig über diese Minderheit weiß, dafür aber tiefsitzende Vorurteile hat, die in den Nationalsozialismus und darüber hinaus zurückreichen. In Frankfurt gibt es seit Generationen eine große Roma-Gemeinschaft. Zu den Alteingesessenen kommen seit der EU-Osterweiterung Migrantinnen und Migranten vor allem aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Sie alle kommen in einer eindrucksvollen filmischen Dokumentation zu Wort.

Eine Romni, so die weibliche Form im Singular, deren Familie seit Generationen in Frankfurt lebt, ist *Maria Strauß*. Sie beschreibt ihre Kindheit im Frankfurt der Nachkriegszeit. Sie erinnert sich, wie ihre Eltern, die die Konzentrationslager überlebt hatten, überängstlich und misstrauisch auf alles reagierten, was zu einer normalen Entwicklung ihres Kindes gehörte. Sie beschreibt, wie schwer es für ihre Eltern war, eine Wohnung zu finden und wie ihrem Vater keine andere Existenzsicherung blieb, als als „Hausierer“ Putzlappen und Besen zu verkaufen.

Wie sie als Roma-Kinder in Ungarn und Rumänien gelebt haben, beschreiben *Janosch Kelz* und *Andra Marica*. Beide konnten wegen ihrer Herkunft weder öffentliche Kindergärten noch Schulen besuchen und lernten zu Hause autodidaktisch. Als Jugendliche in Frankfurt hatten sie Glück: Mit Hilfe

des Roma-Fördervereins und der von ihm betriebenen, staatlich anerkannten Schule *Schaworalle* konnten sie – wie viele andere Roma in Frankfurt – einen schulischen Abschluss erreichen.

Dass man im Arbeitsleben besser nichts über seine Herkunft sagt, beschreibt *Sonja Böttcher*. Schon als junges Mädchen wollte sie sich aus den traditionellen und beengenden Lebensvorstellungen ihrer Familie lösen. Sie erzählt, wie sie heimlich wegging, bei Freunden wohnte und sich einen Job suchte. Sie verstand sich gut mit ihren Kolleginnen, Kollegen und Vorgesetzten, bis ihre Familie sie entdeckte und am Arbeitsplatz aufsuchte. Als sie auf die Frage einer Kollegin, welche Sprache sie denn da gesprochen habe, antwortete, das sei Romanes, die Sprache der Roma, herrschte Schweigen. Und ab diesem Zeitpunkt waren alle Spinde immer abgeschlossen und keiner ließ mehr seine Geldbörse auf dem Tisch liegen. Sonja Böttcher arbeitet heute als Sozialarbeiterin im Diakoniezentrum Weser 5 in Frankfurt. Im Film übersetzt sie, was obdachlose, bettelnde oder von Abschiebung bedrohte Roma erzählen.

Die Realität auf dem Arbeitsmarkt beschreibt auch *Mihai Balan*, Mitarbeiter des Europäischen Vereins für Wanderarbeiter und des DGB-Projekts Faire Mobilität. Ausbeutung und Diskriminierung bestimmen die Arbeitsbedingungen im Billigstlohnsektor, wo Roma und Sinti als Arbeitsmigrantinnen und -migranten am ehesten Beschäftigung finden.

Ulrike Holler lässt die Menschen ohne Off-Kommentare oder Erläuterungen sprechen. Zu Wort kommen auch diejenigen, die täglich im Frankfurter

Förderverein Roma e.V., in der Schaworalle oder im Diakoniezentrum Weser 5 mit Roma arbeiten, sowie Schülerinnen und Schüler, die offen sagen, dass sie sich noch nie Gedanken darüber gemacht haben, wie die Roma und Sinti, die die Konzentrationslager überlebt haben, in Deutschland heute leben. Zwar ist deren Verfolgung in der NS-Zeit heute im öffentlichen Bewusstsein verankert, trotzdem setzt sich *Romani Rose*, der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma, dafür ein, das Schicksal der Sinti und Roma stärker im Unterricht zu berücksichtigen.

GEW und DGB Bergstraße zeigen den Film mit anschließender Diskussion am 27. Januar 2015 in Bensheim zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Mehr Infos ab Januar unter www.gew-bergstrasse.de oder www.suedhessen.dgb.de.

Ute Schmitt

GEW- und DGB-Kreisverband Bergstraße

- **Roma in Frankfurt.** Ein Film der Margit-Horváth-Stiftung; Laufzeit: 45 Minuten, Kontakt: info@margit-horvath.de. Der Film kann bei der Stiftung als DVD für zehn Euro erworben und als Unterrichtsmaterial eingesetzt werden.

- „**Hornhaut auf der Seele**“ ist der Titel einer mobilen Ausstellung des Verbands der Sinti und Roma in Hessen über die Verfolgung der Sinti und Roma in Hessen in der NS-Zeit. Informationen über die Ausstellung und die Ausleihbedingungen findet man auf der Homepage www.sinti-roma-hessen.de. Dort findet man weitere Publikationen zum Antiziganismus und zur Geschichte der Verfolgung in Fulda, Frankfurt, Bad Hersfeld, Hanau, Darmstadt und Marburg.



Elena Gunici ist obdachlos. Mit dem Geld, das sie auf dem Frankfurter Hauptbahnhof oder an der Hauptwache erbettelt, versorgt sie ihre drei Kinder in Rumänien.



Verletzungen stoppten den Weg von Janosch Kelz zum Profifußballer beim FSV Frankfurt. Jetzt hofft er mit seinem Schulabschluss einen Job oder einen Ausbildungsplatz zu finden.

Aufsichtsverordnung erneut geändert

Proteste aus den Schulen bringen Ministerium zum Nachdenken

Auf Druck der GEW und des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) und nach ungewöhnlich breiten Protesten von Lehrkräften, Personalräten, Schulleitungen und auch von Schülern wurde die neue Aufsichtsverordnung vom 11. Dezember 2013 schon nach kürzester Zeit durch eine Verordnung vom 22. September 2014 erneut abgeändert. Die Änderungen wurden im Amtsblatt 10/2014 veröffentlicht. Auch wenn weitere Kritikpunkte bleiben, zeigt der Vorgang: Protest lohnt sich!

Zurückgenommen wurden das Verbot bestimmter sportlicher Aktivitäten auf Wandertagen von Grundschulen (Rodeln, Fahrradfahren, Baden, Eislauf u. a.) sowie die kritisierte, nicht praktikable Regelung, nach der die Aufsicht auf dem Schulhof „unmittelbar nach dem Pausenzeichen“ beginnen und erst beendet werden soll, „wenn alle Schülerinnen und Schüler den Pausenhof verlassen haben“. Auch die Vorschrift in § 7 Abs. 1, dass die Lehrkraft „den Unterrichtsraum spätestens zu Beginn der Unterrichtsstunde betreten und ihn erst nach den Schülerinnen und Schülern wieder verlassen“ soll, wurde gestrichen.

Protest lohnt sich

Ebenfalls überarbeitet wurde § 3 zum Umfang der Aufsicht an Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs. Die Regelung, nach der sich die Aufsichtspflicht der Schule nicht nur auf Schulbushaltestellen, sondern auch auf Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs erstreckt, „soweit sie räumlich und funktionell dem Schulbetrieb zugeordnet sind“, hatte zu vielen Fragen geführt. Die geänderte Fassung der Aufsichtsverordnung schränkt die zwingende Aufsicht insoweit ein, dass die Haltestelle

„dem Schulbetrieb auch dann noch räumlich zugeordnet [ist], wenn sie sich im Verkehrsraum öffentlicher Straßen befindet, soweit sie insbesondere aufgrund der örtlichen und zeitlichen Nähe zum Schulbetrieb und der Anzahl der an- und abfahrenden Schülerinnen und Schüler unter

Berücksichtigung ihres Entwicklungsstandes eine Gefahrenquelle darstellt, die durch den Schulbetrieb geprägt ist“.

Die neue Formulierung überträgt der Schulleitung einen größeren Entscheidungsspielraum. Sie muss den „Entwicklungsstand“ der Schülerinnen und Schüler einschätzen, um über die Notwendigkeit einer Aufsicht zu entscheiden. Zur Interpretation des Entwicklungsstandes könnte man andere Regelungen des Aufsichtserlasses in § 4 (Grenzen der Aufsicht), § 10 (Aufsicht auf Unterrichtswegen) und § 11 (Aufsicht auf Schulwegen) heranziehen.

Aufsicht an Haltestellen

§ 11 Absatz 4 befasst sich mit der Aufsicht auf Schulwegen, wenn Schülerinnen und Schüler für eine schulische Veranstaltung zu einem „Sammelpunkt außerhalb des Schulgeländes“ bestellt oder von dort entlassen werden sollen. Nach dem bisherigen Wortlaut war dies nur für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 5 möglich. Nach dem geänderten Wortlaut ist dies jetzt auch für die Jahrgangsstufen 1 bis 4 möglich, wenn „die schriftliche Einverständniserklärung der Eltern“ eingeholt wurde. Generell muss die zur Aufsicht verpflichtete Person „die Entscheidung mit der erforderlichen Sorgfalt treffen und die damit verbundenen Gefahren für die Schülerinnen und Schüler abwägen.“ Die jetzt vom Ordnungsgeber eingeräumte Möglichkeit, die Schülerinnen und Schüler aller Jahrgänge bei schulischen Veranstaltungen zu Sammelpunkten außerhalb des Schulgeländes zu bestellen oder von dort zu entlassen, lässt sich mit Blick auf eine zuerkannte Eigenverantwortung sinngemäß wohl auch auf Bushaltestellen übertragen. Es empfiehlt sich allerdings, dass Schulleitungen

- sich ein Bild von der Haltestelle machen,
- bei besonderen Gefahren (enge Fußwege, schnell fließender Verkehr o.ä.) den Träger des ÖPNV kontaktieren und ihn auffordern, diese Haltestelle zu sichern (Geländer, Geschwindigkeitsbegrenzungen, Fahrbahnschwellen o.ä.),

da auch die Aufsicht durch eine Person der Schule Unfälle kaum verhindern kann,

- die Schülerinnen und Schüler zu Beginn des Schuljahres in Absprache mit dem Träger des ÖPNV schriftlich und mündlich über korrektes Verhalten an der Haltestelle informieren und diese Information auch an die Eltern geben.

Auf Grund der Einwände des HPRL werden Haltestellen, die „unterirdisch angelegt sind oder nur mit gültigem Fahrtausweis betreten werden dürfen“, nicht mehr dem Schulbetrieb räumlich zugeordnet. Diese unterliegen nämlich tatsächlich und eindeutig dem Hausrecht und der Aufsicht des Verkehrsträgers, nicht der Schule.

Sicherheit gewährleisten

Nicht abgeändert wurde die Regelung in § 7 Abs. 2, nach der die Aufsicht gegebenenfalls „auch durch eine in der Nachbarklasse unterrichtende Person wahrgenommen werden“ kann. § 14 Abs. 2 sieht vor, dass der „Erziehung der Schülerinnen und Schüler zur Selbständigkeit (...) auch in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern dem Alter und der Entwicklung entsprechend ein hoher Stellenwert einzuräumen“ ist. Doch die „Erziehung zur Selbständigkeit“ macht gerade bei Schülerversuchen eine maximale Gruppengröße von 16 Schülerinnen und Schüler nicht überflüssig, wie sie in der Anlage 2 zur Aufsichtsverordnung vom 28. März 1985 deziert ausgewiesen war. Für den Fall, dass eine Gruppe „aus pädagogischen Gründen“ geteilt wird, muss nach einer neuen Formulierung in § 7 Abs. 3

„eine Aufsicht sichergestellt sein, die dem Alter und der Entwicklung der Schülerinnen und Schüler sowie dem Gesundheits- und Sachschadensrisiko des jeweiligen Arbeitsauftrages angepasst ist“.

Diese Formulierung ist allerdings keine ausreichende Antwort auf die Forderung von GEW und HPRL, die maximale Gruppengröße von 16 Schülerinnen und Schülern bei praktischen Arbeiten im naturwissenschaftlichen und technischen Unterricht wiederher-

zustellen. Die Zusage der Behörde, die Rahmenbedingungen erlasslich zu regeln, wurde (noch?) nicht erfüllt. Der Hinweis auf die Richtlinien zur Sicherheit im Unterricht (§ 13 Abs. 2) ist auf jeden Fall nicht ausreichend.

Dass nach § 15 Abs. 1 in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern ausschließlich fachkundige Lehrkräfte einschließlich der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst eingesetzt werden dürfen, ist unabdingbar. Fachkunde setzt aus Sicht der GEW und des HPRL das Zweite Staatsexamen oder entsprechende Zusatzqualifikationen voraus. Dies gilt insbesondere im Experimentalunterricht, da der Umgang mit den dort entstehenden Problemen erst in der zweiten Phase der Lehrerausbildung vermittelt wird.

Leider sieht die Verordnung weiterhin vor, dass die Schulleitung Lehrkräfte im naturwissenschaftlichen und technischen Unterricht mit deren Einverständnis „in Ausnahmefällen“ auch „fachfremd“ einsetzen darf. Nicht einmal die Forderung des HPRL, dass fachfremd eingesetzte Lehrkräfte über die Richtlinien zur Sicherheit im Unterricht und über technische Sicherheitsbestimmungen in Kenntnis gesetzt werden müssen, wurde bei der Änderung der Verordnung berücksichtigt. Nach § 17 Abs. 3 der Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter und sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann keine Lehrkraft zum fachfremden Einsatz in Fächern mit besonderen Unfallgefahren verpflichtet werden. Deshalb ist jedem Kollegen und jeder Kollegin nur abzuraten, sich bei fehlender Fachkenntnis „freiwillig“ auf einen solchen Unterrichtseinsatz einzulassen.

Bei den Bestimmungen für den Sportunterricht wurde die Regelung in § 18 Abs. 2 gestrichen, nach der aus Sicherheitsgründen abgelegte Gegenstände „von der zur Aufsicht verpflichteten Person sicher zu verwahren“ sind. Dies hätte letztlich Haftungsansprüche gegenüber den Lehrkräften begründet. Für die Aufsicht im Schwimmunterricht wird jetzt zwischen den „zur Aufsicht verpflichteten Personen“, die weiter „schwimm- und rettungsfähig“ sein müssen, und Hilfskräften unterschieden, die schwimmfähig sein müssen. Die Rettungsfähigkeit wird in der Regel durch das Deutsche Rettungsschwimmabzeichen in Bronze nachgewiesen. Sie ist nach jeweils spätestens fünf Jahren erneut nachzuweisen. Eine



neue Übergangsregelung in § 27 Abs. 2 sieht vor, dass ältere Nachweise bis zum 31. 7. 2015 erneuert werden müssen.

Für den Nachweis der Rettungsfähigkeit und die für Lehrkräfte in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern und im Sportunterricht vorgeschriebene **Ersthelferausbildung** (§ 5 Abs. 4), die ebenfalls alle fünf Jahre zu erneuern ist, forderte der HPRL zusätzliche Fortbildungsangebote, um die Lehrkräfte möglichst schnell ver-

ordnungskonform zu qualifizieren. Die Kosten dafür dürfen nicht den Lehrkräften aufgebürdet werden, die notwendigen Kurse müssen zusätzlich finanziert werden, nicht aus den Mitteln der Schulen. Die Dienststelle gab in der Erörterung mit dem HPRL zu Protokoll, dass es weiterhin möglich ist, dass Berufsschullehrkräfte mit Übungsleiterschein fachfremd Sportunterricht erteilen können. **Christoph Baumann, Harald Freiling und Kathrin Kummer**

Altes Besoldungsrecht rechtswidrig

Nach der Pressemitteilung Nr. 65/2014 hat das Bundesverwaltungsgericht am 30. Oktober 2014 bestätigt, dass das altersabhängige Besoldungssystem des Bundesbesoldungsgesetzes alter Fassung, das auch in Hessen bis Ende Februar 2014 angewandt wurde, sowohl gegen europäisches Recht als auch gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verstößt. Dies begründe jedoch keinen Anspruch auf eine höhere Besoldung. Vielmehr käme lediglich ein Entschädigungsanspruch nach dem AGG in Betracht. Eine Aussage dazu, unter welchen genauen Voraussetzungen und in welcher Höhe Beamtinnen und Beamte einen solchen Anspruch haben können, kann erst nach Veröffentlichung der Ur-

teilsgründe erfolgen. Maximal können nach Aussage des Gerichts Ansprüche ab August 2006 bis zum Inkrafttreten eines neuen, diskriminierungsfreien Besoldungssystems bestehen. Den Klägerinnen und Klägern wurden Zahlungsansprüche zwischen 50 und 5.000 Euro zuerkannt.

Wer bereits einen Antrag gestellt hat, kann auf weitere Informationen warten. Wer noch keinen Antrag gestellt hat, kann dies noch vorsorglich tun. Einen Musterantrag haben wir im Mitgliederbereich eingestellt: www.gew-hessen.de > Service Recht > Stichwort „Besoldung“ (Stand Dezember 2013).

• www.bverwg.de > Presse > Nr. 65/2014

Wir gratulieren im Dezember ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Elke Aulmann, Darmstadt
 Karl Bachsleitner, Kassel
 Angelika Bärwinkel, Neuhof
 Hildegunt Bausch, Bad Vilbel
 Michael Bayer, Friedberg
 Roland Benner, Eppstein
 Manfred Bernhardt, Braunfels
 Katharina Bettermann, Ober-Mörlen
 Margarete Bickel, Frankfurt
 Hans Böhme-Gingold, Melsungen
 Herbert Bohr, Wiesbaden
 Monika Brauer, Nidda
 Helene Cürten, Taunusstein
 Gerhard Dietrich, Frankfurt
 Karin Dymale-Eckert,
 Hochheim am Main
 Anita Feldmann, Wetzlar
 Gerhard Gerlach, Hungen
 Wilhelm Goebel, Lahntal
 Brigitte Gröver, Bad Wildungen
 Willi Grün, Seligenstadt
 Dorothee Hantschel, Frankfurt
 Otfried Helbing, Gießen
 Rosemarie Heußner-Kahnt, Bensheim
 Detmar Höhle, Lich
 Gerhard Ihle, Wetzlar
 Susanne Ihle, Wetzlar
 Alexandrine Jahn-Aulepp, Büdingen
 Michael Joost, Fulda
 Cornelia Jördens, Ortenberg
 Sieglinde Jung-Keil, Gießen
 Heinrich Kaulen, Wiesbaden
 Gunda Klöne, Gießen
 Heinz Knieling, Neustadt
 Carmen Lange, Grünberg
 Manfred Lange, Marburg
 Volker Lorenzen, Ronneburg
 Claudia Meibaum, Baunatal
 Dietmar Neugebauer, Karben
 Brigitte Nickel, Schöneck
 Marina Rieseberg, Gründau
 Hans-Otto Röber,
 Guxhagen-Ellenberg
 Sigrid Saina, Darmstadt
 Dagmar Schmitt, Darmstadt
 Erland Schneck-Holze, Hanau
 Anna-Katharina Schoneweg-Merk,
 Frankfurt
 Ursula Schorge-Weckend,
 Lohra-Altenvers
 Gerhard Schultes, Frankfurt
 Seyfettin Tüfekci, Kassel
 Silke Weis, Höchst
 Peter Babel, Kassel

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Günter Baumann, Trebur
 Klaus Landwehr, Hohenstein
 Margit Rauch, Buseck

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Hans-Peter Viemann, Hemsbach

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Hans-Martin Breckner,
 Alsbach-Hähnlein

... zum 75. Geburtstag:

Heinz Hildebrandt, Jesberg
 Richard Hirn, Hammersbach
 Dieter Hofmann,
 Wiesbaden-Medenbach
 Gudrun Jennings, Bad Homburg
 Kurt Koch, Frankenberg
 Heiko Musche, Alsfeld-Altenburg
 Peter Neubauer, Dreieich
 Christa Schönwetter, Marburg
 Heinz Uhlendorf, Frankfurt
 Ulrich Westphal, Frankfurt
 Eckart Wilkesmann, Marburg

... zum 80. Geburtstag:

Lothar Baumgarten, Aarbergen
 Helga Briede, Kassel
 Christa Gabler, Limburg
 Gisela Schulze, Kassel
 Christel Strecker, Darmstadt
 Norbert Vernaleken, Eiterfeld

... zum 85. Geburtstag:

Helga Eysel, Frankfurt

... zum 90. Geburtstag:

Gottfried Ebersbach, Lichtenfels

... zum 91. Geburtstag:

Helene Koch, Laubach
 Rudolf Schnitzspan,
 Bad Soden am Taunus

... zum 92. Geburtstag:

Eleonore Schmidt, Fritzlara

... zum 93. Geburtstag:

Ruth Hierse, Bad Nauheim

... zum 94. Geburtstag:

Ilse Bachtik, Eschwege

... zum 99. Geburtstag:

Irmgard Dobislav, Bad Vilbel

Spenden für Gesundheitszentrum

Beim Gesundheitszentrum (Centro de Salud) in San Juan del Sur in Nicaragua besteht ein dringlicher Bedarf an einem Ultraschallgerät und Defibrillator. Ein entsprechender Hilferuf aus San Juan del Sur veranlasste die Partnerschaftsvereine der Stadt Gießen und der Gesamtschule Busecker Tal zu einem Spendenaufruf an die Bevölkerung, um die noch benötigten 5.000 Euro zu sammeln. Der Arzt *Markus Arhold*, Mitglied im Schulpartnerschaftsverein, wird noch im November nach Nicaragua fliegen, um die Anschaffung der benötigten medizinischen Geräte vorzubereiten und die Mediziner im Centro de Salud an den Geräten zu schulen. Zurzeit sind schwangere Frauen darauf angewiesen, Ultraschalluntersuchungen für bis zu 50 US-Dollar bei Privatärzten durchführen zu lassen.

- *Freunde von Nicaragua Buseck* IBAN DE73513500250246013125
- *Städtepartnerschaftsverein gipanic Gießen* IBAN DE52513500250200590731

Wettbewerb „Die Gelbe Hand“

Bis zum 16. Januar 2015 können noch Beiträge zum Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ eingereicht werden, die „ein kreatives Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander setzen“. Beteiligen können sich Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen und alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer beruflichen Ausbildung befinden sowie Auszubildende und Beschäftigte aus Betrieben und Verwaltungen.

Zu gewinnen gibt es 1.000 Euro für den ersten Preis, 500 Euro für den zweiten Preis und 300 Euro für den dritten Preis.

- *Alle Infos:* www.gelbehand.de

Computerkurse für Senioren

Der GEW-Bezirksverband Mittelhessen bietet im ver.di-Bildungszentrum in Gladenbach weitere EDV-Seminare unter Leitung von *Uli Stahl* (für GEW-Mitglieder kostenlos). Am Samstag, dem 13. Dezember, geht es um das Internet und die Möglichkeiten der weltweiten Kommunikation (E-Mail, Skype und Apps).

- *Anmeldung:* GEW Mittelhessen, Tel. 06421-952395, E-Mail: BV-GEW-Mittelhessen@t-online.de

Funkkolleg Philosophie

Am 3. November startete das hr-iNFO-Funkkolleg „Philosophie“. Es ist vom Landesschulamt als Fortbildungsveranstaltung für Lehrkräfte anerkannt (12 Fortbildungstage). Die nächsten Sendungen behandeln folgende Themen:

- Treiben uns die Neurowissenschaften die Freiheit aus? (15.12.)
- Ist Moral eine Frage des Gefühls? (12.1.2015)
- Ist Sterben Privatsache? (19.1.2015)

Sendetermine in hr-iNFO: Montag, 20.35 Uhr, Wiederholungen: Samstag, 11.35 Uhr, Sonntag 8.35 Uhr und 20.35 Uhr; Anmeldung und alle weiteren Infos: <http://funkkolleg-philosophie.de>

„Meine Ausbildung“ im hr

„Meine Ausbildung – Du führst Regie“ heißt ein Videowettbewerb des Hessischen Rundfunks für Jugendliche ab der achten Klasse mit Geld- und Sachpreise im Wert von über 15.000 Euro. Die Siegerbeiträge aus dem diesjährigen Wettbewerb wiederholt das *hr fernsehen* am 8., 9. und 10.12. von 11 bis 11.30 Uhr. Das „Dossier Ausbildung“ gibt es um 11 Uhr am 11. und 12.12..

- Anmeldungen bis zum 19.12., Einsendeschluss ist am 15. April 2015. Weitere Infos: www.meineausbildung.hr.de

Gesellschaft Bildung und Wissen „Die Akademisierung der Berufe“

Die Gesellschaft Bildung und Wissen (GBW) veranstaltet am 23. und 24. Januar an der Goethe-Universität Frankfurt einen Kongress unter dem Titel „Die Akademisierung der Berufe als wahnhaftes Programm und als Realität“. Die Tagung beginnt am 23. Januar 2015 um 19 Uhr mit einer Begrüßung durch Prof. Dr. Andreas Gruschka (Frankfurt) und einem Vortrag von Prof. Dr. Ulrich Oevermann (Frankfurt). Über „Bildungsexpansion“ und „Akademisierungswahn“ diskutieren am Samstag, dem 24. Januar, Jürgen Kaube (FAZ), die Professoren Karl Otto Edel (FH Brandenburg), Günter Kut-scha (Duisburg-Essen) und Konrad P. Liessmann (Wien), Mathias Brodtkorb (Kultus- und Wissenschaftsminister Mecklenburg-Vorpommern) und der frühere Kulturminister Nida-Rümelin.

- Teilnahmegebühr 20 Euro, für Studierende 10 Euro. Programm und Anmeldung: <http://bildung-wissen.eu>

Konrad Macholdt 1987 – 2014

Seine Freundinnen und Freunde und politischen Mitstreiterinnen und Mitstreiter verabschiedeten Konrad Macholdt „als liebevollen Menschen und überzeugten radikaldemokratischen Kommunisten“ und wählten für ihren Nachruf ein Zitat von Karl Marx: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“ (Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte)

Konrad war in den Jahren von 2003 bis 2007, als er auch der GEW beitrug, in der Landesschülervertretung Hessen und im Stadtschülerrat Darmstadt aktiv. Für ihn bedeutete Schülervertretung, sich einen Ort der Selbstermächtigung in einem Schulsystem der strukturellen Unzulänglichkeiten zu



erkämpfen. An der Universität saß er für die Demokratische Linke im Studierendenparlament und stritt für eine emanzipatorische Umgestaltung der Gesellschaft.

Das Foto zeigt Konrad im Griff der Polizei bei der Räumung des Casinos der Goethe-Universität 2009.

GEW Offenbach-Stadt

Im Rahmen eines Kabarettabends mit der Theatergruppe „Zwischenspiel“ ehrte der GEW-Kreisverband Offenbach-Stadt zahlreiche Jubilare für ihre langjährige Mitgliedschaft. Ausgezeichnet wurden für 40-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit Waltraud Frank, Willi Grün, Gertrud Helduser, Barbara Krämer-van de Loo, Heribert Neuhaus und Baysal Önal, für 55-jährige Mitgliedschaft wurde Rainer Matern geehrt.



Auf dem Foto von links: Michael Köditz (Vorsitzendenteam), Willi Grün, Gerda Günther (Vorsitzendenteam), Rainer Matern, Gertrud Helduser, Heribert Neuhaus, Baysal Önal, Waltraud Frank und Barbara Krämer-van de Loo.

GEW-Kreisverband Oberlahn

Im Rahmen seiner Jahreshauptversammlung ehrte der GEW-Kreisverband Oberlahn seine langjährigen Mitglieder. Der 89-jährige Kurt Engelman (Foto: rechts) nahm den Dank der GEW-Kreisvorsitzenden Antje Barth und Heidrun Klapper (Foto: links) für 65-jährige Mitgliedschaft persönlich entgegen und erinnerte mit launigen Worten und witzigen Anekdoten an die Gründerjahre 1949 und die Arbeit in den folgenden Jahrzehnten, in denen er auch lange Jahre die GEW-Kasse führte.

Für 60 Jahre GEW-Mitgliedschaft wurde Richard Michler geehrt, der wie einige andere Pensionäre aus Krankheitsgründen nicht teilnehmen konnte.



50 Jahre GEW-Mitglied sind Karl-Peter Schulz, in den 70er Jahren selbst Kreisvorsitzender, Wilfried Böhm, Kurt-Werner Feldhofer und Barbara Krause-Rüdiger. Seit 40 Jahren sind Barbara Jost, Jürgen Röglin, Helmut Löhn und Richard-Friedrich Gottschling sowie Susanne und Walter Wicke Mitglieder der GEW Oberlahn.

- Bericht und Foto: Jürgen Weil

Beamendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
 Extra günstig vom Spezialisten
 Umschuldung: Raten bis 50% senken
 Baufinanzierungen günstig bis 120%
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
 Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
3,95% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 96 Monate, 3,95% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,88% p.a., Rate 365,- €, Gesamtkosten 34.928,25 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 179190-25
 Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte & D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 €, effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stillte Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate
 Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.

Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendthol - Prallat-Röing-Str. 19 - 46325 Borken

Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30

Klinik am Leisberg
 BADEN-BADEN

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom
Kostenübernahme: Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**
 Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatklinik für psychologische Medizin
 Mit Fachabteilung für Essstörungen

Freizeit Aktiv
 Klassenfahrten

Barcelona ab **185€ p.P.**
 4 Tage Flugreise inkl. 3x ÜN/Frühstück
www.freizeit-aktiv.de 06257-998190

Diese Kleinanzeige kostet nur 33,75 EUR zzgl. MwSt.

terre des hommes
 Hilfe für Kinder in Not

Spuren...

... hinterlässt jeder Krieg bei den Menschen.
 Kinder sind die Hauptleidtragenden: Sie erleben Trennung und Flucht, Angst und Gewalt. Auch wenn sie dem Krieg entkommen sind, tragen sie schwer an seinem Erbe.
 Unterstützen Sie diese Kinder auf dem Weg in den Frieden!

www.tdh.de

Für Segelfahrten in Holland schauen Sie ...

Für Klubs, Schul-/Jugendgruppen, Incentives oder Einzelteilnehmer

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND
 Geewukade 9, 8651 AA IJLST
 tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

www.segeln.nl

Private Akutklinik für Psychologische Medizin

Mit Fachabteilung für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

Info-Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
 Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

Freizeit Aktiv
 Klassenfahrten

Berlin ab **129€ p.P.**
 4 Tage Busreise inkl. 3x ÜN/Frühstück
www.freizeit-aktiv.de 06257-998190



Die nächste Hessische Lehrerzeitung erscheint
am 8. Januar 2015:
Bitte beachten Sie den Anzeigenschluss am 11. Dezember 2014.

Freizeit Aktiv
Klassenfahrten

Rom ab 189 € p.P.

4 Tage Flugreise inkl. 3 x ÜN/Frühstück

www.freizeit-aktiv.de 06257-998190

Ihre Imagebroschüren, Jubiläumsbücher:
Mit uns kostengünstig realisieren!

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft,
Postfach 1944, 61289 Bad Homburg,
Email: mlverlag@wsth.de, Tel. 06172-95830 (Herr Vollrath)

Soeben neu erschienen: Das Standardwerk im Schulbereich!



SO ODER SO



Hiermit bestelle ich gegen Rechnung ___ Expl. Dienst- u. Schulrecht für Hessen

- DuS-Loseblattwerk, 2 Ordner **oder** DuS-CD
 zum Preis von 38,00 EUR GEW-Mitglieds-Sonderpreis 28,00 EUR

- Senden Sie mir auch die Aktualisierungen
zum Seitenpreis von nur 0,12 EUR (0,09 EUR für GEW-Mitglieder)
Alle Preise zzgl. Versandkosten.

ANTWORT

**Mensch und Leben
Verlagsgesellschaft mbH**

Postfach 1944

61289 Bad Homburg v.d.H.

Name und ggf. GEW-Mitgliedsnr.

Straße / Nr.

PLZ / Ort

Email

Datum / Unterschrift



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

Digitale Fotografie an der Ostsee | 05-01 bis 09-01-2015, Dierhagen |

Einführung Deutsch als Zweitsprache (DaZ) | 12-01-2015, Offenbach |

Förderung der Rechtschreibkompetenz | 15-01-2015, Darmstadt |

Astronomie unterrichten in der Grundschule | 20-01-2015, Frankfurt |

Elterngespräche | 20-01-2015, Offenbach |

Hispanics in America | 21-01-2015, Darmstadt |

Stopp-Strategien im Unterricht | 21-01-2015, Gießen |

Streiten will gelernt sein - Spiele zum Umgang mit Aggressionen | 22-01-2015, Frankfurt |

Wie sag ich's meinen Eltern? | 22-01-2015, Marburg |

Sounds & Grooves mit Stift & Co | 23-01-2015, Frankfurt |

Palästina / Israel - Wie können Europäer zu einem gerechten Frieden beitragen? | 03-02-2015, Frankfurt |

Schriftspracherwerb im 2. Schuljahr | 04-02-2015, Marburg |

Vom Umgang mit Schadstoffbelastungen an Schulen | 05-02-2015, Gießen |

Gedächtnistraining und Konzentration | 12-02-2015, Kassel |

Das Kapital im 21. Jahrhundert - Eine Kritik an Piketty | 12-02-2015, Frankfurt |

Hundgestützte Sprach- und Leseförderung | 19-02-2015, Bad Camberg |

Fachtagung: Islam zwischen Selbstbild und Zuschreibung | 23-02-2015, Frankfurt |

Rechtsfragen für Personalräte II (Beamtenrecht) | 23-02-2015, Kassel |

Das vollständige Programm unter www.lea-bildung.de

www.lea-bildung.de

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main